

H. Eccl.

1136

r

H. coll. 1136^r

Layton

Tessin, Puschlav und Brüs

im Verband

mit

den lombardischen Diöcesen Mailand und Como,

die

Bestrebungen

um Lostrennung von denselben

und deren

Anschluss an ein schweizerisches Bisthum.

Ein Beitrag zur Beleuchtung der Trennungsfrage.

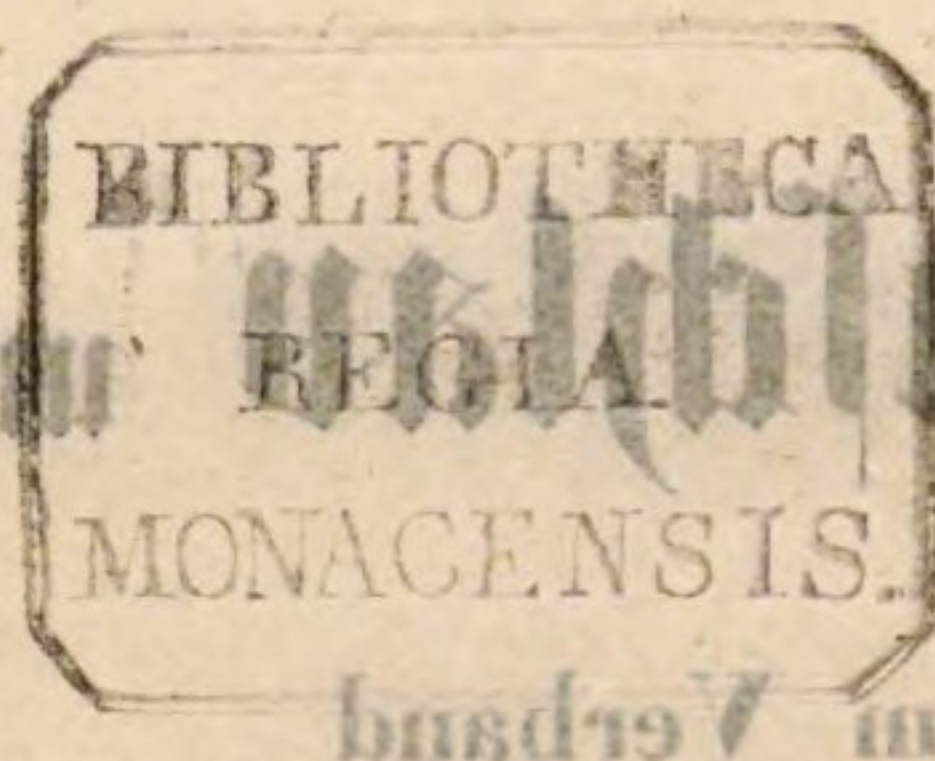
ST. GALLEN.

Scheitlin und Zollikofer.

1861.

116-Bg.

Erwin, Julius und Fritz



mit

den lombardischen Diözesen Mailand und Como

die

Bestrebungen

am Losreißung von denselben

und deren

Anschluss an ein schweizerisches Bisthum.

Ein Beitrag zur Beleuchtung der Trennungsfrage.

ST. GALLEN.

Scherer und Zollikofer

1861.



Seit Jahren bemühten sich die tessinischen Behörden, den Kanton von dem kirchlichen Verbande mit den lombardischen Bisthümern Mailand und Como loszutrennen und mit einem der bestehenden schweizerischen Bisthümer zu vereinigen.

Das gleiche Bestreben gab sich kund im Kanton Graubünden bezüglich der zum Bisthum Como gehörigen Pfarrgemeinden Puschlav und Brüs. Die Vereinigung dieser Gemeinden mit dem Bisthum Chur wird von Graubünden seit mehreren Jahren ebenfalls gewünscht.

Als mannigfaltige und wiederholte Schritte der Regierung und der Geistlichkeit von Tessin zu Erzielung dieser Lostrennung bei dem heiligen Stuhl fruchtlos geblieben waren, sahen sich die tessinischen Behörden in die Nothwendigkeit versetzt, die Intervention der eidgenössischen Bundesbehörden anzurufen. Gleiches that auch zu endlichem Anschluss von Puschlav und Brüs an das Bisthum Chur die Regierung von Graubünden im besondern Auftrag des dortigen Grossen Rathes.

Der schweizerische Bundesrath erachtete es in seiner Befugniss, wie in seiner Pflicht, dem Interventionsgesuch der beiden Kantonsregierungen Folge zu geben und die Angelegenheit wegen «ihres hohen staatspolitischen Charakters» sofort an die Hand zu nehmen. Derselbe gab sich zunächst alle Mühe, behufs Erzielung der verlangten Trennung eine Vereinbarung mit dem heiligen Stuhl einzuleiten, um hernach, wenn die Trennung erzielt wäre, mit der zuständigen weltlichen Regierung der Lombardei, soweit diese bei der mit der Dismembration zu-

sammenhängenden Temporalienfrage betheiligt erschiene, die erforderlichen Verhandlungen zu pflegen.

Zu Erreichung des ersten und nächsten Zwecks der Lostrennung genannter schweizerischer Gebietstheile von dem auswärtigen Bisthumsverband trat dann der Bundesrath am 19. März 1856 mit dem päpstlichen Herrn Geschäftsträger in der Schweiz in Korrespondenz. Seine diplomatischen Verwendungen blieben jedoch ohne Erfolg. Der Bundesregierung ward von Rom aus beharrlich die Antwort, der päpstliche Stuhl werde sich so lange weigern, zu den gewünschten Trennungsunterhandlungen Hand zu bieten, bis der Kanton Tessin eine Anzahl angeblich kirchenfeindlicher Gesetze, namentlich das Gesetz über die Rechte des Staates in kirchlichen Dingen vom 24. Mai 1855 zurückgenommen, beziehungsweise deren Vollzug suspendirt habe.

Als jahrelange Verwendungen zu nichts führten, sah sich der Bundesrath gezwungen, die Angelegenheit vor die gesetzgebenden Räthe der Eidgenossenschaft zu bringen. Er legte mit Botschaft vom 15. Juni 1859 der Bundesversammlung einen Beschlussesentwurf vor, gemäss welchem die Lostrennung schweizerischer Landestheile von auswärtigen Bisthumsverbänden, oder, um uns des österreichischen Kanzleiausdrucks zu bedienen, die Purifikation des schweizerischen Gebiets von auswärtiger Jurisdiktion, im Grundsatz ausgesprochen werden sollte. Die Bundesversammlung ging in den Vorschlag des Bundesrathes ein und erliess unterm 15/22. Heumonats 1859 folgenden Bundesbeschluss:

«Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft,

Nach Einsicht einer Botschaft und eines Antrages des schweizerischen Bundesrathes vom 15. Brachmonat 1859,

b e s c h l i e s s t :

1. Jede auswärtige Episkopaljurisdiktion auf Schweizergebiet ist aufgehoben.

2. Der Bundesrath ist mit den Verhandlungen beauftragt, welche bezüglich einstweiliger Vikariate, sowie des künftigen Bisthumsverbandes der betreffenden schweizerischen Gebiets-theile und der Bereinigung der Temporalien erforderlich sind.

Die den künftigen Bisthumsverband und die Temporalien beschlagenden Uebereinkünfte sind der Ratifikation der Bundesversammlung zu unterstellen.

3. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.

Also beschlossen u. s. w.»

In Vollziehung dieses Beschlusses wandte sich der Bundesrath neuerdings an den päpstlichen Stuhl und suchte um endliche Handbietung zu den jahrelang vergeblich verlangten Los-trennungsunterhandlungen nach. Als wieder ein weiteres ganzes Jahr verstrich, ohne dass von Seite des heiligen Stuhls dem Gesuche entsprochen wurde, glaubte die tessinische Regierung zu nothwehrlicher Verfügung schreiten zu dürfen. Sie beschloss, dem Bischof von Como so lange von den Einkünften der im Kanton Tessin liegenden Tafelgüter einen Theil zu retiniren, bis endlich von Seite der Kirche Hand zu den Unterhandlungen geboten werde.

Sei es nun, dass dieses ernste Einschreiten von Einfluss war, oder sei es, dass überhaupt der heilige Stuhl zu milderer Gesinnungen gegen den Kanton Tessin zurückkehrte, genug, der päpstliche Herr Geschäftsträger erklärte hierauf dem Bundesrath mit Note vom 11. September 1860, dass er bereit sei, an den schweizerischer Seits gewünschten Unterhandlungen Theil zu nehmen. So viel man vernimmt, werden diese Unterhandlungen am 5. November nächstkünftig in der Bundesstadt eröffnet werden.

Wenn wir nun am Vorabende dieser wichtigen Unterhand-

lungen es unternehmen, Auszüge aus einer die wesentlichen Materien derselben behandelnden Schrift zu veröffentlichen, welche bereits vor mehr als zwei Jahren zu dem Zwecke verfasst worden war, um die längst im Wurf liegende Trennungsfrage geschichtlich, staats- und kirchenrechtlich zu beleuchten und namentlich auf die Unerspriesslichkeit des Zwitterzustandes aufmerksam zu machen, in welchem sich der Kanton Tessin in Betreff seines bishümlichen Verbandes mit dem Auslande befindet, — so glauben wir für diese Veröffentlichung keiner besonderen Rechtfertigung zu bedürfen. Dieselbe wird unter Anderm, wie wir hoffen, auch den Nachweis leisten, wie übel begründet die Behauptung derjenigen erscheint, welche in dem Bundesbeschluss vom 15/22. Juli 1859 einen Eingriff in die päpstlichen Primatialrechte und in die Souveränität der Kantone erblicken.

Erste Abtheilung.

Das Geschichtliche.

Wir behandeln das geschichtliche Moment der tessinischen Trennungsfrage am besten in zwei Hauptperioden, die erste vom Jahr 374 unserer Zeitrechnung bis 1798, die zweite von 1798 bis zur Gegenwart. In den beiden Perioden werden wir die sachbezüglichen historischen Notizen, welche die graubündner'schen Kirchgemeinden Puschlav und Brüs betreffen, einschlägigen Orts besonders anführen.

I. Periode vom Jahre 374 bis 1798.

Wir halten es keineswegs für überflüssig, in wenigen geschichtlichen Zügen auf die politischen Grundlagen hinzuweisen, nach welchen die kirchliche Diöcesaneintheilung im Allgemeinen und diejenige insbesondere, zu der die Bis-

thümer Mailand und Como gehören, uranfänglich festgestellt und im Verlauf der Zeit wiederholt abgeändert worden ist. In letzterer Beziehung ist aber nicht nur die Veränderung und Dismembrirung der Bisthümer als solcher, sondern auch diejenige der betreffenden Metropolitandiöcesen mit ihren Suffraganen ins Auge zu fassen.

§. 1. Die ältere Zeit bis zum Jahre 1516, in welchem der ganze heutige Kanton Tessin schweizerisch war.

Zehn Jahre vor der Theilung des Römerreichs in das morgen- und abendländische und hundert Jahre bevor das abendländische Reich durch die bleibende italische Ansiedelung der von Odoaker befehligten Söldlinge der barbarischen, meist deutschen, Völkerstämme in der Reichsarmee in Trümmer zerfiel, ward Ambrosius, bisher kaiserlicher Statthalter der Provinzen zwischen den Alpen, dem mittelländischen Meere, Toskana, der Athesis und dem adriatischen Meere, von den Arianern und Katholiken einstimmig in der Kirche von Mediolanum zum Bischof der mailändischen Diöcese ausgerufen (374 n. Chr.). Die Sanftmuth, Weisheit und Gelehrsamkeit des neuen Bischofs, — des zwölften der mailändischen Kirche — verlieh derselben noch höhern Glanz und erhob ihren Episkopat zum einfluss- und ehrenreichsten in Insubrien, Ligurien und beiden Rhätien.

Die geschichtliche Sage lässt darum auch Felix, den ersten Bischof von Comum (Como), vom heiligen Ambrosius konsekriert werden (390 n. Chr.).

Die politische Eintheilung des römischen Reichs in Vikariate, Diöcesen und Provinzen diente den Nachfolgern der Apostel bei Errichtung der Bisthümer (kirchlichen Diöcesen) zur Grundlage.

In den Städten, wo der höchste Civilsenat mit dem Statt-

halter oder Präfekt sich befand, ward auch der bischöfliche Metropolitansitz, in den kleineren Städten aber, die einen untergeordneten Magistrat hatten, ein einfacher bischöflicher Sitz errichtet.

Wenn aus dem ersten, zweiten und dritten Jahrhundert der christlichen Zeitrechnung auch mehrere bischöfliche Kirchen bekannt sind, so erscheinen dieselben doch erst im vierten Jahrhundert nach der neuen politischen Diöcesan- und Provinzialeintheilung des Kaisers Constantin, welcher die christliche Religion zur Staatsreligion erhob, sowie nach dem ersten, allgemeinen Concilium von Nicäa in planmässiger Organisation geschichtlich beurkundet.

Constantin der Grosse hatte das römische Reich in vier Vikariate (Statthalterschaften, Prätorialpräfekturen) und diese in Diöcesen (Verwaltungsbezirke) und die Diöcesen in Provinzen eingetheilt. Diese Konstantin'schen Vikariate mit ihren Diöcesen waren:

Das Vikariat des Morgenlandes mit den fünf Diöcesen Orient, Aegypten, Asien, Pontus und Thracien.

Das Vikariat Illyrien mit den zwei Diöcesen Macedonien und Dacien.

Das Vikariat Italien mit den drei Diöcesen Italien und Illyrien im engeren Sinn und Afrika, und endlich

Das Vikariat Gallien mit den drei Diöcesen Spanien, Gallien inbegrifflich Germanien *) und Britannien **).

*) Gleichwie der Herzog (dux transrhenani limitis) des römischen Grenzlandes (Oberdeutschland) in Mainz residirte und regierte, so regierten seine Legaten zu Worms, Speier, Strassburg, Basel-Augst und Windisch einzelne Bezirke. Man muss mit Mene dieses annehmen, weil die nachmaligen Bisthümer jener Städte auf beiden Ufern des Rheins lagen. Die rheinischen Bisthümer folgten in ihrer Begrenzung den römischen Bezirken. Die Gleichheit des Berufes mit dem Herzog forderte, dass die römischen Kommandanten zu Worms, Strassburg, Augst und Windisch eben so weit auf dem rechten Rheinufer den Befehl führten, als die nachherigen bischöflichen Diöcesen reichten. Es standen diese Bischöfe unter Mainz, wie die römischen Befehlshaber jener Städte. Ein deutlicher Beweis dieser Eintheilung ist das alte Bisthum Basel. Es gehörte nicht zu Mainz, sondern zu Besançon, hatte daher auf dem rechten

Die Civildiöcese Italien, welche aus sieben Provinzen bestand, hatte zwei Statthalter. Der Vicarius Italiae regierte über die sieben Provinzen: Venetien und Istrien, Lombardien, Ligurien, March Ancona mit Flaminia, die cottischen Alpen (Savoyen), Rhätia prima oder major (Cisalpinien, Tessin, Graubünden, Churwalen) und Rhätia secunda oder minor (Transalpinien, Augusta Vindelicorum, Augusta Quintanorum [Kuntzen], Ratisbona, Augusta Prætorica [Aosta] und Brescia [Brixen]).

Der Vicarius Urbis hatte zehn Provinzen unter sich, die wir hier, weil sie mit dem Gegenstand, den wir behandeln, nicht in unmittelbarem Zusammenhange stehen, nicht speziell aufführen.

Nach dieser politischen Landeseintheilung richtete sich im Allgemeinen die kirchliche Diöcesaneintheilung. Wir führen dieses als zur Sache gehörig ausdrücklich an und erlauben uns es zu betonen; die Folgerung daraus für den Zweck unserer Erörterung wird sich von selber ergeben.

Es war auch anfangs in jeder der beiden Civildiöcesen Italiens nur Ein Metropolit. Für die unter dem Vicarius Urbis stehenden zehn Provinzen war Rom, für die unter dem Vicarius Italiae stehenden sieben Provinzen galt Mailand als Metropolitansitz. Allein später erhoben sich in den eben genannten sieben Provinzen zwei neue Metropolitansitze — Aquileja nämlich und Ravenna.

In der Synode, welche im Jahre 381 zu Aquileja gehalten wurde, war Rheinufers kein Gebiet, so dass Klein-Basel zum Bisthum Constanz gehörte. Das Bisthum Constanz zerfiel in grössere Bezirke, denen Archidiaconen vorstanden. Diese Eintheilung hieng mit der politischen in Gaue zusammen. V. Blumer's Staats- und Rechtsgeschichte etc. I. B. p. 14 u. 148.

**) M. s. Em. v. Schelstrate (Antiquitates eccles. illustrat.), Baronius, Morinus, Theod. Meyer, Bingham, Binterim u. A. Vergl. auch Eichhorn deutsche Staats- und Rechtsgeschichte B. I. p. 96 folg.

wurde, erscheint selbst der dortige Bischof Valerian sowohl in der Aufschrift der Konzilienakten, als am Ende in den Unterschriften dem h. Ambrosius, Bischof von Mailand, vorgesetzt, woraus wenigstens auf Gleichheit der Würde geschlossen werden kann. Diese beiden Bischöfe hatten auch das Recht, sich untereinander die bischöfliche Consekration zu ertheilen.

Cantù, der Geschichtschreiber von Como, behauptet, dass sich der Vorstand des Bisthums Aquileja bis in das Jahr 557, und derjenige des Bisthums Mailand bis 777 einfach «Episcopus» geheissen haben. Erst in Folge des durch das fünfte ökumenische Concilium von Constantinopel (553) um der bekannten «drei Kapitel» willen veranlassten Schisma *), schreibt Cantù **), wären einige Bischöfe jener Provinzen bemüht gewesen, der römischen Mitra eine andere Mitra entgegenzusetzen. So habe der Bischof von Aquileja den Titel Patriarch angenommen, während die Bischöfe, welche sich als Suffragane an den bischöflichen Stuhl in Mailand angelehnt, fortan auch den mailändischen Bischof Metropoliteten betitelt hätten. Nach Aufhebung des Schisma unter Pabst Sergius I (698) sei dem ersten der Titel Patriarch, dem zweiten derjenige eines Erzbischofs (Metropoliteten) geblieben.

Unter dem Patriarchen von Aquileja stunden die Landschaften der Provinz Venetia und Istria mit den Suffraganen von Padua, Torcellum, Altinum, Acesum, Tarvisium, Matrianum, Verona, Grado, Nova, Capriola, Tridentum, Feltria, Ceneta, Bellunum, Sabiona, Opitergium, Celine und nach Can-

*) Die Erbitterung gegen den römischen Stuhl Seitens mehrerer Bischöfe war so gross, dass z. B. Agrippinus, der Bischof von Como, an den von Bregenz an die Ufer des Larius gekommenen Missionär Columban, Stifter des Klosters Bobio, eine Epistel erliess, in welcher er ihn dringend aufforderte, von der, durch die Nestorianische Ketzerei angesteckten, römischen Kirche abzufallen.

**) Storia della città e della diocesi di Como. Firenze 1856. Vol. I.

tù's Behauptung, von Anbeginn an auch der Bischof von Comum.

Unter dem Metropoliten von Mailand stunden:

In Ligurien die Suffraganbischöfe von Vercelli, Novara, Eporedia (Ivrea), Ticinum oder Pavia, Laus Pompeji (Lodi), Cremona, Brixia oder Bresnia und Bergamo;

In den cottischen Alpen, d. h. einem Theil von Piemont, Montferrat, Genua und Mailand die Suffraganbischöfe von Turin, Asti, Tortona, Alba Pompeja, Acqui (aquæ statiellæ), Albiganum oder Albenga, Viginti Millium (Ventimiglia), Bobium, Genova, Savona und Nizza.

In dem ersten Rhätien (Rhætia prima oder major) stand nur der Bischof von Chur (Curiensis) als Suffragan unter Mailand. Aus diesem Grunde liess Asimon, Episcopus Curiensis, im Jahr 452 das Synodalschreiben des Metropoliten Eusebius von Mailand durch seinen Stellvertreter Abundantius (Abundio), Bischof von Como, unterschreiben *).

In dem zweiten Rhätien (Rhætia secunda, Transalpinien) stunden unter Mailand die Suffraganbischöfe von Augusta Vindelicorum, Augusta Quintanorum (Kuntzen), Ratisbona und nach Einigen auch Augusta Prætoriana (Aosta) und Brescia (Brixen).

Von wem und von wo aus die Land- und Thalschaften, welche heute den Kanton Tessin bilden, zum Christenthum bekehrt worden sind, kann historisch nicht ausgemittelt werden. Wahrscheinlich ist es, dass durch die benachbarten Missionäre und Bischöfe von Novara, Vercelli und Bobio (h. Columban), namentlich auch von Mailand und Como aus den Tessinern das Evangelium zuerst verkündet worden ist.

Die kurze Herrschaft des Herulers Odoaker in Oberita-

*) Tom. I Concil. Harduin. Col. 1782.

lien (von 476 bis 493), die vierundsechzigjährige der Ostgothen von Theodorich bis Teya, welche zugleich von den Rhätischen und einigen Illyrischen Ländern Besitz genommen (von 489 bis 553), so wie die zweihundertundsechsjährige der Langobarden von Alboin bis Didier (568 bis 774), hatte in die oben beschriebene kirchliche Diöcesaneinrichtung Oberitaliens und der beiden Rhätien im Ganzen keine bedeutende Veränderungen gebracht.

Nicht das Gleiche kann gesagt werden von der Herrschaft der Franken, welche (773) dem langobardischen Königreich von Pavia ein Ende machten. Zu «Schirmvögten der Kirche» erklärt, bewirkten Karl der Grosse und seine nächsten Nachfolger, gleich wie früher schon die Pipine, wesentliche Aenderungen in der kirchlichen Diöcesaneinrichtung. Solche traten wieder meist in Folge von politischen Territorialveränderungen ein. So war die im August 843 bei Anlass des Friedens zu Verdun zwischen den Brüdern Lothar I, Ludwig II und Karl II erfolgte Theilung des Reichs ihres Vaters, Kaiser Ludwig des Frommen, Ursache, dass in den beiden Rhätien grosse Neuerungen in den Diöcesanverhältnissen erfolgten. Ludwig II erhielt mit Deutschland die beiden Rhätien und diese sollten nun auch kirchlich von Italien getrennt und dem neuen deutschen Königreich einverleibt werden.

Es wurden auch wirklich in Transalpinien (Rhætia secunda) sofort mehrere Bisthümer von dem ursprünglichen Metropolitanverband mit Aquileja abgelöst. In Folge dessen gelangte der Bischof von Augsburg (Augustanus in Vindelicia) unter den Metropolitanverband des Erzbischofs von Mainz und die Bischöfe von Regensburg (Ratisbonensis), von Trient (Tridentinus) und von Brixen (Brixiensis) wurden Suffragane des Metropoliten und Erzbischofs von Salzburg (Juvavensis).

Im ersten Rhätien löste Ludwig II das Bisthum Chur

von dem Mailänder Metropolitanverband ab, um es demjenigen von Mainz einzuverleiben. Verendar II war der letzte Bischof von Chur, der als Suffragan unter Mailand stand. Wohl einer der letzten Akte, die Verendarius in dieser Eigenschaft unterzeichnet hat, ist das von dem Erzbischof Angelbert von Mailand und dessen übrigen Suffraganen i. J. 842 promulgirte Synodaldekret bezüglich der Immunität des von dem Bischof Rambert zu Brixen erbauten Klosters der hh. Faustin und Jovita *).

Karl der Grosse starb im Jahre 814 und seine Dynastie behielt nur dreiundsiebenzig Jahre lang die von ihm gegründete Monarchie. Unter seinen letzten Nachfolgern traten keine grossen Veränderungen in der Diöcesaneinrichtung Oberitaliens ein. Diese Karolinger alle — von Lothar II bis Karl dem Dicken (879) — hatten sich gezwungen gesehen, den Beistand ihrer Unterthanen durch Concessionen zu erkaufen, welche das königliche Ansehen zernichteten. Mit der Vertheidigung gegen äussere Feinde beschäftigt oder durch innere Kriege geschwächt, hatten sie in alle Hoheitsrechte Eingriffe thun lassen und kaum fanden sich in ihrem weiten Gebiete mehr Städte, Schlösser und Burgen, die nicht einen andern Herrn über sich erkannten. Die Hauptstädte mit ihren Umgebungen hatten die Bischöfe, die Provinzen die Herzoge und Markgrafen an sich gerissen. Der König ward für nichts mehr geachtet **). Karl der Dicke, der letzte Karolinger, bereiste die cisalpinischen Städte, tagte in denselben und theilte «Freiheiten» aus. Unterm 17. April 882 vergabte er seiner Gemahlin Engelberge den Hof Lucarnum (Locarno). Damals gehörte Locarno zur Markgraf-

*) Pet. Berti de rebus germ. lib. II. cap. 2. Eichhorn, Episc. Cur. XXI. Mansi concil. I, 903.

**) Geschichte der italienischen Freistaaten im Mittelalter von J. C. L. Simon de Sismondi. Bd. I.

schaft Stazzona (Angera) und Balerna jenseits des Cenere nebst Mendrys zu der von Seprio. Man hat daraus schließen wollen, die genannten tessinischen Ortschaften hätten aus diesem Grunde zum Sprengel des Bisthums Mailand gehört. Dem ist aber nicht also; denn als die Gaugrafen (conti rurali) zu gebieten aufhörten, fielen Locarno, Mendrys und Balerna dem Bisthum Como wieder anheim.

Nach der Entthronung Karl des Dicken sah sich Italien aufs neue durch italienische Könige unter denen Berengar I, Herzog von Friaul (von 888 bis 924), Hugo, Herzog der Provence (von 926 bis 947) und Berengar VI, Markgraf von Ivrea, sich besonders bemerkbar machten, dreiundsiebenzig Jahre lang (von 888 bis 961) regiert.

Verheerender fast, als die in diese Perioden fallenden Invasionen der Hungarn und Sarazenen, war für die lombardischen Bisthümer und Abteien die Herrschaft des Königs Hugo. Die Bischöfe behandelte dieser Tyrann nicht besser als die Herzoge und Markgrafen; er verjagte von den bischöflichen Sitzen, wer ihm nicht gefiel und setzte Burgunder und Provençalen an die Stellen der Vertriebenen. Mehrere seiner Bastarden bemächtigten sich der kirchlichen Einkünfte oder wurden selbst mit den ersten Benefizien der Kirche belehnt. An seine Bubinnen verschenkte er Abteien und trieb mit den Kirchengütern, die er an sich gerissen, ein schändliches Gewerbe *).

Satt der Tyrannei der eigenen Könige, wandten sich die versammelten Stände an Otto den Grossen und setzten ihm 961 zu Pavia die lombardische Krone aufs Haupt. Also wurde die Lombardei mit Deutschland unter einem Scepter vereinigt. An das deutsche Reich durch den Lehensnexus gekettet, suchten sich nun die italienischen Herzogthümer, Markgrafschaften

*) Luitprandi Ticinensis Historia Lib. IV. cap. 3.

und Communen im steten Kampfe mit den römischen Kaisern ihre Unabhängigkeit zu erringen. Der Politik und Freigebigkeit der Ottone haben die cisalpinischen Städte ihre Munizipalverfassung und die ersten Keime republikanischen Lebens zu verdanken.

Der Investiturstreit zwischen Heinrich IV und Gregor VII, die Kämpfe Friedrich Barbarossas gegen den lombardischen Städtebund mit der denkwürdigen Schlacht (vom 29. Mai 1176) auf den Gefilden von Legnano, die Fehden unter Friedrich II zwischen den Gibellinen und Guelphen, zwischen Mailand und Como im zwölften und dreizehnten Jahrhundert übten geringen Einfluss auf die äussern Diöcesanverhältnisse von Mailand und Como aus. Como, häufig gibellinisch gesinnt, verdankte den Saliern und Hohenstaufen manche Vergünstigung. So machte König Heinrich (zwischen 1040 und 1054) an Benno, Bischof von Como, eine nicht unwichtige Schenkung damit, dass er ihn mit der Grafschaft Bellinzona, mit den Marktrechten von Lugano und mit den Fischenzen in allen Gewässern, welche in den Lago Maggiore fliessen, belehnte. Freilich müssen vier frühere, in P. L. Tatti's Annalen *) angeführte Schenkungen, wie namentlich diejenige der Grafschaft Misox zu Gunsten des Bischofs Albericus von Como durch König Conrad II im Jahre 1026, als auf unächtlichen Urkunden beruhend angesehen werden **).

Die Diöcese von Como hatte schon um diese Zeit eine bedeutende Ausdehnung. Sie erstreckte sich von den Ufern des Langensees bis zum Stilsfer Joch und von den Höhen des Splügen bis zu den Hügeln von Brianza. Dieselbe umfasste unter Anderm, was uns hier zunächst berührt, das Mendri-

*) Annali sacri della città di Como.

**) M. s. Saverio Quadrio dissertazioni critico-storiche und von Mohr Codex diplomaticus ad historiam Rheticam. Bd. I. p. 122.

sische, Luganesische, die Grafschaft Bellenz — mit Ausnahme der Pfarreien Gnoska, Molina und Prionzo, — das Lokarnesische — ohne Brissago — und das Maynthal, so wie Puschlav und Brüs nebst Veltlin, Worms und Kleven.

Der Pfarrsprengel Sessa mit Beridino, Suino, Bonzaglio, Lanera und Alla Costa in der Pieve (Landdekanei) Agno stund 1357 unter dem Bisthum Pesaro, 1358 unter demjenigen von Askoli und gelangte 1370 wieder unter das Bisthum Como.

II Diplome von Friedrich Barbarossa aus dem Jahre 1175 und von Heinrich VI sicherten der Stadt Como die Herrschaft über die ganze Diöcese und über Veltlin zu. Gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts hatte die weltliche Herrschaft der Bischöfe von Como so gut als aufgehört und sie übten nur noch einige Civiljurisdiktionsrechte über die Stadtgemeinde von Lugano aus, welche sie später ebenfalls einbüssten.

Für die zum comasker Sprengel gehörigen graubündner'schen Gemeinden Puschlav und Brüs ging die politische und kirchliche Abhängigkeit von Como gleichwie für die tessinischen Gebietstheile in der alten Zeit Hand in Hand. Die erste bekannte Urkunde, in der Puschlav's erwähnt wird, ist eine Urkunde vom 3. Januar 824. In derselben bestätigte Lothar I dem Bischof Leo von Como die Privilegien und Besitzungen seines Hochstifts und unter diesen auch die Kirche zu Puschlav*), — Besitzungen, welche schon Leo's Vorfahrern hinsichtlich der drei Taufkirchen von Mazzo, Bormio und Poschiavo (Amatia, Burmio et Postclave)

*) Böhmer Regest. Carolor. No. 507. . . . de rebus . . . quæ erant sitæ in Valle Tellina, in Ducatu Mediolanensi, ut sicut hactenus per confirmationes antecessorum Regum, easdem res, quas cumensis ecclesia tenuerat, ita et in futurum per ejus teneret confirmationem. Ipsæ vero res erant ecclesiæ baptismales, una in Amatia et altera in Burmis, tertia in Postclave et monasterium s. Fidelis pertinens ad Episcopatum Cumensem . . .

zugetheilt worden waren. Die Bischöfe von Como und Chur schlugen sich zur Zeit des Mittelalters um den Besitz der cisalpinischen Thäler und circumskribirten bisweilen mit der Lanze in der Hand, in Harnisch und Panzerhemd, ihre Diöcesen.

Die Puschlaver lebten ungerne unter dem comasker Krummstabe. Der Beweis liegt darin, dass sie 1247 mit den Wormsern die Comasker befehdeten und mit Gewalt zur Unterwerfung gezwungen werden mussten und dass sie 1373 abermals den Versuch wagten, sich von Como loszureissen und unter das Bisthum Chur zu gelangen. War es in Folge des Krieges, oder einer von dem Herzog M. Visconti 1404 gemachten Schenkung, oder aus welchem Grunde immer, Thatsache ist es, dass im genannten Jahre die Vorsteher von Puschlav Namens der Gemeinde dem Bischof Hartmann von Chur in Zozzio die Huldigung leisteten und dass die Puschlaver laut einer Urkunde vom 29. September, am St. Michaelstag des Jahres 1408, gegen Entrichtung einer jährlichen Gebühr und unter andern Bedingungen von Bischof Hartmann auf- und angenommen wurden. Diese Urkunde ist von Bedeutung, weil sie erhärtet, dass Puschlav und Brüs in uralter Zeit bereits zum Bisthum Chur gehört haben. Man liest unter Anderm wörtlich in derselben: . . . «aus vielfachen Zeugnissen und unumstösslichen Anzeigungen geht hervor, dass wir von Altem her der Kirche zu Chur angehörten und dass wir auch bis dahin dieser Kirche beständig unterworfen und dienstbar gewesen wären, wenn und insofern man uns nicht durch Gewalt oder Furcht von der Unterwürfigkeit unter jene Kirche abgezogen hätte *).» Man kann auch nicht einwenden, dass Puschlav und Brüs um diese Zeit bloss

*) „ . . . multiformis testimoniis et evidentissimis indiciis constat, quod ab antiquo ecclesiae Curiensi fuerimus subjecti et adhuc continue eidem Curiensi Ecclesiae subjecti et serviles essemus, si et in quantum, vi aut metu, a servitute ejusdem Ecclesiae retracti non fuisset. “ V. Urk. v. 29. Sept. 1408.

in den politischen und in den Lehenverband des Bisthums Chur aufgenommen worden seien, weil, laut den noch heute im Archiv von Puschlav vorhandenen, von dem Richter der Stadt und des Bisthums Como und den mailändischen Herzogen ausgestellten Akten, den Beamten von Veltlin befohlen wird, die Leute von Puschlav «*diocesis Curiensis*» — mit Getreide und Kastanien frei passiren zu lassen*). Wann beide Gemeinden wieder an Como gekommen seien, werden wir weiter unten berühren.

Die Circumskription der Erzdiöcese Mailand hat hier für uns nur insoweit Interesse, als sie Landestheile umfasst, die gegenwärtig zum Kanton Tessin gehören.

Das Livinerthal (Vallis Lepontina) bildete im dreizehnten Jahrhundert einen Theil des Bisthums Vercelli. Noch wird in einigen Kirchen dieses Thals das Gedächtniss des unter die Heiligen aufgenommenen Vercellischen Bischofs Eusebius in hohen Ehren gehalten. Auch in dem Bollenzer- (Blegno-) Thal besaßen die Bischöfe von Vercelli Jurisdiction und bedeutende Rechtsame. Im Jahr 1281 soll der Bischof Atto (Otto) von Vercelli auf einer Kirchenversammlung in Gegenwart des Pabsts Honorius den Domherren von Mailand das Livinerthal vergabt haben. So viel ist geschichtlich, dass um diese Zeit das Domkapitel von Mailand das Thal durch einen eigenen Podestà verwalten liess und dass seither das Liviner-, wie das Blegnothal kirchlich zum Erzbisthum Mailand gehören. Zu diesem gehören seit unvordenklicher Zeit im Weitern: das Rivierval (Riviera), die drei Pfarrgemeinden Gnosca, Molino und Prionzo im Bellinzonesischen; ferner im Luganesischen die Pieve Capriaska mit den Pfarreien und Benefizien von Tessarete, Bidogno, Origlio, Vaglio, Lopagno, Lugaggia, Rovaredo und Ponte; endlich im Lo-

*) V. Rapporto sulle relazioni dei Comuni di Poschiavo e Brusio ecc. del Presidente Prospero Albrici e del Attuario L. Zanetti dd. 28 febbrajo 1856.

carnesischen Brissago mit den Gemeinden Piodina, Ponte, Ficella, Tecello, Rondelo, Agaden, Cadogno, Rossorino, Cortagna, Porta, Caccio und Savedone.

Drei Kapitularen vom Domstift zu Mailand, welche den Titel «Grafen der drei Thäler» tragen, besaßen bis 1487 das Collaturrecht in Livinen, Blegno und Riviera. Im genannten Jahre sollen die Collaturen des Livinerthals von Pabst Innocenz VIII dem Stand Ury überlassen worden sein. So viel ist gewiss, dass in den drei Thälern die Bürgergemeinden (*assemblee patriziali o vicinanziali*) seit undenklichen Zeiten ihre Seelsorger selbst wählen*). Die Investitur ertheilten bis 1815 die drei erwähnten Domherren, seit 1815 aber das ganze Domkapitel.

In den ersten Jahrhunderten der christlichen Zeitrechnung wählte der Clerus mit dem Volk**) wie fast überall, so auch in Mailand und Como, die Bischöfe. Später, namentlich seit Justinian, eigneten sich vielen Orts die Regenten das Wahlrecht zu. Das Lateranische Concilium von 1215 schloss das Volk von der Befugniss aus, die Bischöfe zu wählen. Von da an ernannte das Cathedralkapitel, dessen kanonikatisches Zusammenleben unter Bischof Rainald († 1092) begonnen haben soll, mit den drei Aebten von St. Abondio, St. Carpophoro und Giu-

*) M. s. J. C. Fäsi's eidg. Staats- und Erdbeschreibung. Bd. II, S. 213.

**) Pabst Leo der Grosse sprach in seinen Briefen epist. 89 hinsichtlich der Wahl der Bischöfe den Grundsatz aus: „Qui praefuturus est omnibus, ab omnibus eligatur.“ So wurden auch die gallischen Bischöfe von Mans, Avignon, Autun, Soissons, Tours, Orléans, Clermont, Reims, Auxerre, Agen, Arles, Auch, Agde, Chalons, Metz, Verdun, Prange, Toul, Troyes, Angers, Vienne etc. in den ersten fünf Jahrhunderten von dem Volk, dem Magistrat und Clerus erwählt. In den Urkunden heist es: „Magno omnium consensu“, — „Urbis populo eligente“, „ab omni clero omnique populo electus“, — „Deo inspirante et populo eligente“, — „consentientibus civibus“, — „communi Omnium suffragio . . omnis clerus et ruralis plebs unanimes“ — etc. etc. Vid. Histoire du droit municipal en France sous la domination romaine et sous les trois dynasties. Par M. Raynouard. T. I. pag. 176 seqq.

liano den Bischof von Como. Wahlfähig waren alle Presbyter der Diöcese. Dass die Bischofswahl sehr häufig auf Bürger der Stadt Como oder des benachbarten Mailands fiel, kann nicht auffallen.

Was die Wahl des Erzbischofs von Mailand anbelangt, so reservirte sich dieselbe im Jahr 1251 Pabst Johann XXII, sowie diejenige des Patriarchen von Aquileja und der Erzbischöfe von Ravenna, Genua, Pisa und Neapel. Pabst Innocenz IV fand überhaupt für gut, die Collatur der Benefizien der Cathedralkapitel in der Lombardei und in der Trevisaner Mark sich selbst vorzubehalten.

§. 2. Die Herrschaft der regierenden Kantone in den ennetbirgischen Landestheilen der Schweiz von 1516 bis 1798.

Es war kein geringes Verdienst um den Bund der Eidgenossen, als im Jahre 1331, um die Bewohner des Urseren Thales gegen die Plackereien der, dem Domkapitel zu Mailand unterworfenen Liviner zu vertheidigen und die über das Gebirg nach der Lombardei reisenden schweizerischen Kaufleute zu schützen, die Männer von Ury mit Hülfe deren von Unterwalden ob dem Kernwald den grossen Pass in ihre Gewalt brachten, welcher über den St. Gotthard nach Italien führt. Es war dies der kleine Anfang der grossen, wichtigen ennetbirgischen Unternehmungen der Schweizer, welche die Gebirgspässe und Thäler des Adula mit der Landespforte Belinzona in ihre Hände gebracht haben.

Es kann natürlich nicht in der Aufgabe der gegenwärtigen geschichtlichen Darstellung liegen, zu erzählen, wie die Eidgenossen durch die Streif- und Feldzüge der Urner und Obwaldner und ihrer Verbündeten — von der Fehde wegen Beraubung ihres, nach Varese bestimmten, Marktviehs (1402) und der Schlacht von St. Paul (1422) an, bis zum ewigen Frieden

mit Franz I (27. Oktober 1516) — allmählig in den bleibenden Besitz des cisalpinischen Tessins — der schweizerischen Vor-mauer gegen Italien gelangt sind.

Für den vorliegenden Zweck mag die kurze Erinnerung genügen, dass die zwölf Orte Zürich, Bern, Luzern, Ury, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug, Freyburg, Solothurn, Basel und Schaffhausen, die vier tessinischen Landschaften Lauis, (Lugano), Mendrys (Mendrisio), Luggarus (Locarno) und Maynthal (Valmaggia) unter dem Titel von eben so viel Landvogteien, — die drei Orte Ury, Schwyz und Unterwalden mit dem Kernwald die drei Landvogteien Bellenz, das Rivier-Thal und das Bollenzerthal und endlich der Stand Ury allein das Livinerthal unter ihre Botmässigkeit aufgenommen und bis 1798 als Unterthanenlande verwaltet haben. Für jede Landvogtei wurde ein Commissar (Commissario, Landfogto) mit zweijähriger Amtsdauer aufgestellt. Der Landvogt von Lauis behielt den Titel «Capitano», den der frühere herzoglich mailändische Oberbeamte getragen hatte. Die Commissarien übten in ihren Landvogteien das «imperium merum et mixtum», d. h. die ganze Regierungsgewalt in weltlichen Dingen, wie circa sacra aus. Jeder der oberherrlichen Kantone schickte einmal im Jahr einen Gesandten dahin. Der Zusammentritt der zwölf Gesandten bildete das Syndikat. Dasselbe war die Rekursinstanz in staatsrechtlichen und staats-hoheitlichen Angelegenheiten, die Revisionsbehörde für die «hoheitlichen» Rechnungen und diejenigen der frommen und kirchlichen Stiftungen, sowie das Appellationsgericht in Civil- und Criminalsachen. Von den Syndikato-ren konnte in bestimmten Fällen noch an die Hoheit der zwölf Kantone (suprema superiorità) rekurrirt werden.

Auf ähnliche Weise wurden die drei unter Ury, Schwyz und Unterwalden stehenden Landvogteien Bellinzona, Val

Riviera und Val Blegno und das von Ury allein beherrschte Livinen verwaltet.

a. Diöcesan-Ereignisse.

Im Jahre 1582 trat eine höchst merkwürdige Veränderung in der Circumscription und Verwaltung der Diöcese Como ein. Das comasker Bisthum, an und für sich von bedeutendem Umfange, schien schon darum schwerer, als viele andere zu pastoren und zu verwalten, weil ein grosser Theil der Pfarreien auf hohen Bergen und in tiefen Gebirgsthälern weit zerstreut, nicht so leicht zugänglich und von der Residenz des Bischofs entfernt liegt. Diese Verhältnisse und die grosse Verwahrlosung der Diöcese überhaupt veranlassten Pabst Pius IV schon im Jahre 1569, den Bischof Bonomo als ausserordentlichen Bevollmächtigten in dieselbe abzusenden, um daselbst Ordnung zu schaffen und eine durchgreifende Kirchenvisitation vorzunehmen. Der damals im Amt stehende energische Bischof Johann Anton Volpi, welcher selbst die tessinischen Kirchen im elendesten Zustande, hier ohne Glocken, dort ohne Confessional, die Pfarrgüter theils dilapidirt, theils gefährdet, die Pfarrgemeinden sittlich verwahrlost angetroffen hatte, war alt geworden. Er konnte den Pflichten seines Hirtenamts, obgleich mit einem tüchtigen Generalvikar versehen, nicht mehr gehörig nachkommen und namentlich der Obliegenheit der Kirchenvisitation kein Genüge mehr leisten. Er schrieb darum auch an den Erzbischof Carl Borromeo: «Ich habe viele Beschlüsse des Conciliums von Trient in Uebung gebracht und werde so fortfahren; allein in dem Theil meiner Diöcese, der zur Schweiz und zu Graubünden gehört, hab' ich wenig Hoffnung Gutes wirken zu können *)!» Pabst Gregor XIII

*) Ho messo in pratica molti decreti del Concilio e così vo seguendo; ma nella parte della diocesi sottoposta alli Suizzeri e Grigioni ho poca speranza di far bene . . M. s. Storia di Como von Cantù. Vol. II. p. 142.

fand es daher im höchsten kirchlichen Interesse, wenigstens die Bezirke Locarno und Maynthal von dem comasker Bisthum zu trennen und der benachbarten Diöcese Novara einzuverleiben. Sixtus V liess diese Diöcesanveränderung während seines Pontificats fortdauern und der Bischof von Novara, Cäsar Speranza, verwaltete zur Zufriedenheit von Clerus und Volk die von Como abgelösten 61 Kirchgemeinden von Locarno und Valmaggia mit circa 25,000 Seelen. Der Nachfolger des Bischofs Volpi, Feliciano Ninguarda, welcher die 1582 bewerkstelligte Dismembration seines Bisthumssprengels als eine Schmälerung der Gewalt mit bösem Auge angesehen hatte, suchte Clemens VIII zu bewegen, auf die Trennung von 1582 zurückzukommen und die Landvogteien Locarno und Maynthal wieder mit dem Bisthum Como zu vereinigen. Pabst Clemens entsprach und die 61 Kirchgemeinden der genannten Vogteien wurden im Jahre 1592 von dem Bisthum Novara wieder abgetrennt und demjenigen von Como reintegrirt.

Obschon nun aber Bischof Ninguarda nach dieser Wiedervereinigung sich mehr als seine Vorfahren Mühe gab, auch die abgelegenen Pfarreien des Tessins pflichtgemässer zu pastoriren, sogar eine Kirchenvisitation vorzunehmen und über letztere, was früher niemals geschehen war, schriftliche Berichte zu verfassen, so hörten doch die altherkömmlichen Klagen über die nachlässige und beschwerliche Verwaltung der schweizerischen Gebietstheile des comasker Bisthums nicht auf. Dieselben nahmen vielmehr unter dem Hirtenstab der Bischöfe Philipp und Aurel Archinti und Desiderio Scaliga (dem nachherigen Pabst Urban VIII) in solchem Masse zu, dass die sieben katholischen Orte nicht mehr länger unthätig zusehen durften, sondern es in ihrer Pflicht erachteten, im Namen des tessinischen Volkes und seines Clerus Abhülfe der waltenden Uebelstände zu verlangen.

Unter Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse glaubten sie diese Abhülfe in der Errichtung eines Generalvikariats ausschliesslich für die schweizerischen Gebietstheile der Diöcese Como — zu finden. Sie verlangten daher durch Syndikatsbeschluss von 1630 die Aufstellung eines solchen Generalvikariats und rechtfertigten dieses Begehren in dem Beschwerdeschreiben *) an den hochw. Bischof wie folgt: «Eure Herrlichkeit beziehen ein grosses Einkommen aus dem Tessiner Lande, während die Unbequemlichkeit des Clerus und des Volks, sowie deren Armuth gross ist, indem diese in allen kirchlichen Angelegenheiten mit den grössten Auslagen sich nach Como wenden müssen, ohne die Geldmittel dazu zu besitzen. Aus diesem Grunde stellen sie das Begehren, dass von dem apostolischen Stuhl auf Rechnung des Einkommens, welches Ihrer Herrlichkeit aus den schweizerischen Landestheilen verabfolgt wird, ein selbständiger Generalvikar aufgestellt werde, der die dringenden Bedürfnisse in geistlicher und weltlicher Beziehung befriedige **).»

Die Antwort des Bischofs und Generalinquisitors Lazarus Carafino ging im Wesentlichen dahin, die Gebietstheile, für welche ein eignes unabhängiges Generalvikariat verlangt werde, hätten schon mehr als tausend Jahre zum Bisthum Como gehört und ohne ein solches Vikariat bestanden, sie werden wohl auch ferner so fortbestehen können.

*) Vid. Aggravi contro Monsignore Vescovo di Como.

**) Havendo SSia Illma entrata grandissima in questi nostri paesi e stando le molte incomodità de' sacerdoti et sudditi e povertà loro; dovendo essi venire a Como per le spedizioni occorrenti con grandissimo dispendio, nè avendo essi il modo, perciò si dimanda che a conto delle entrate ch'ella ricava in questi nostri paesi, sia costituito qua dalla Sta Sede Apa un Vicario generale indipendente per soddisfare e assistere alli bisogni urgenti spirituali e temporali. M. s. den Abschied von 1630.

Bei dieser Antwort liessen es aber die sieben katholischen Orte nicht bewenden; sie liessen vielmehr im Jahre 1631, «uss vorgemelten ursachen und damit der armen underthanen schaden möge gewendet werden, den Hern Bischof wiederholt pitten, by dem Hochwürdigsten H. Nuntio zu verschaffen, damit vom Päbstlichen stul ein Vicarius Generalis in dissern Vogteien verordnet werde, dass derselbige sowohl zu Lauwis als in andern Vogteyen residiren und den Unterthanen justitiam administriren, damit vilen Inconvenienzen vorkommen und dass deme von dem bischöflichen Ynkommen ein gebührendes Stipendium geschöpft werde, in ansehung, dass der Bischoff uss dessen Vogteyen ein grosses Ynkommen zücht, so sich über die 2000 Dukaturen belaußen thut und über das die Underthanen ein Jahr ins ander gerechnet, mehr dann 1000 Kronen verthun, wann sie solcher geschäften halber sich gen Chum begeben müssen, welches Ihnen zum höchsten schaden dienet *).»

Selbst diese zweimalige Zurückweisung des, wie sie glaubten, gerechten und wohlbegründeten Begehrens konnte die sieben katholischen Orte nicht abschrecken, im Jahre 1633 dasselbe neuerdings an den Bischof Carafino abgehen zu lassen. Leider abermals ohne günstigeres Ergebniss. 1635 wurde dann der Gegenstand in der Syndikatorenversammlung in Anwesenheit des bischöflichen Generalvikars verhandelt. Dieser versprach jetzt, Namens des Bischofs, — offenbar um der immer wiederkehrenden lästigen Reklamation los zu werden, — «alle Jahr ein Vicarium Generalem in disser Landtschafften abzuordnen, der underthanen beschwerden anzu-

*) M. s. Abschied fol. 46 und 47. Nach den aus der Zeit des Bischofs Philipp Archinti (1595—1621) datirten Visitationsberichten hatte die comasker Diöcese 300,000 Seelen, 28 Dekanate und 382 Pfarreien. Das Einkommen des Bischofs bestund nach Abzug der Passiven in 2000 Thalern.

hören, damit Sy sich in künfftigem nit zu erklagen haben, dass Sy umb ein jedere geringe Sach gen Como müssend und wann hier zwüschent sich schwere Händel wurdend zutragen, werde man uff begehren der Partheien zu Vermeydung Kostens einen abordnen *).»

Die verheissene «Abordnung des Vicarii Generalis in dissere Landschaften ward etliche Jahre lang praktizirt», fiel aber bald in Vergessenheit und die alten schreienden Missbräuche und Uebelstände, um welcher willen die regierenden katholischen Orte jahrelang so ernst und eindringlich ein selbstständiges Generalvikariat reklamirt hatten, kehrten zum schweren Nachtheil des tessinischen Volks und seines Clerus wieder zurück, wie solche vorher bestanden hatten.

Also endete die bei der bischöflichen Curia in Como, beziehungsweise bei dem apostolischen Stuhl um Errichtung eines tessinischen Generalvikariats geltend gemachte Reklamation der sieben katholischen Orte — eine Angelegenheit, welcher an Wichtigkeit keine von allen kirchlichen gleichkommt, die uns die tessinischen Annalen aus dem siebenzehnten und achtzehnten Jahrhundert aufgezeichnet haben. Die Rücksichtslosigkeit, mit der hier die tessinischen Kirchenverhältnisse behandelt wurden, erscheint um so auffallender, wenn man sie zusammenhält mit der rücksichtsvollen Behandlung, welche den kirchlichen Bedürfnissen des benachbarten sardinischen Volks im achtzehnten Jahrhundert zu Theil wurde. Es lohnt sich der Mühe, dieselbe hier in Parallele zu stellen.

Als in Folge der Verträge von Turin vom 8. November 1703, von Wien vom 18. November 1738, von Worms vom 13. September 1743 und von Aachen vom 18. Oktober 1748 verschie-

*) Abschied der sieben kath. Orte von 1635, fol. 13–17.

dene Gebietstheile, welche vom alten Herzogthum Mailand an Savoyen übergingen, einstweilen noch in geistlichen Dingen unter den Bischöfen von Mayland, Pavia und Piacenza verblieben, forderte Se. Majestät der König von Sardinien von diesen Bischöfen ausdrücklich, dass sie in den nun zu seinem Königreich gehörigen Sprengel-Theilen selbstständige Generalvikariate mit fester Residenz errichten, — also ganz das Gleiche, was die sieben schweizerischen katholischen Stände von dem Bischof von Como verlangt hatten. Die sardinische Majestät war aber mit ihrer Reklamation glücklicher als die «Beschützer und Beschirmer der Freiheit der katholischen Kirche.» Denn in der «Instruktion», welche Pabst Benedikt XIV, gestützt auf frühere Verfügungen seines Vorfahrers Benedikt XIII, unterm 6. Januar 1742 an die piemontesischen Bischöfe erlassen, ward diesen in Art. 1 «ausdrücklich befohlen, in den piemontesischen Gebietstheilen ihrer Diöcesen einen dem weltlichen Souverän genehmen Generalvikar zu bestellen.»

Nach dem Tode der beiden Johann Baptiste, Albrici der jüngere († 1764) und Muggiaska († 1789), Bischöfe von Como, trat eine neue Ordnung in der Wahlart der Bischöfe von Como und von Mailand ein. Kaiser Joseph II zog 1784 das Recht der Bischofswahl und die Collatur der übrigen geistlichen Benefizien in sämmtlichen Erbländern zu seinen und seiner Nachfolger Händen und ernannte fortan selbst nicht nur die Vorstände der Comasker und Mailänder Diöcese, sondern theilweise auch die Dignitare und Canoniker ihrer Domkapitel. Die Natur der Wahl brachte es mit sich, dass von nun an nur österreichische Unterthanen zu diesen kirchlichen Würden befördert wurden, während vorher und bis dahin auch Tessiner aus den schweizerischen Landvogteien nicht selten Glieder des Domkapitels in Como waren, ja sogar daselbst auf dem bischöflichen Stuhle sassen. So war der am 22. April 1760 verstor-

bene Bischof von Como Augustin Maria *) (Neuroni) ein Bürger von Lugano. Zwei seiner Vorfahren Heinrich II von Sessa, aus dem Thale Travaglia, gestorben 1391, und Bernhardin della Croce von Riva St. Vitale, welcher 1548 bis 1559 auf dem bischöflichen Stuhle von Como sass, waren ebenfalls Tessiner.

Wir dürfen hier die Veränderung nicht unerwähnt lassen, welche sich mit dem Bisthum Como in Bezug auf dessen Metropolitanverband in der zweiten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts ereignet hat. Bis zur Regierung des 1790 vom österreichischen Kaiser ernannten Bischofs Joseph Bertieri stand das Bisthum Como unter dem Patriarchen von Aquileja, beziehungsweise demjenigen Metropolit, welcher in die Rechte des aquilejischen Patriarchats eingetreten war. In Folge einer zwischen der Regierung der Kaiserin Maria Theresia und der Republik Venedig einer- und dem päpstlichen Stuhl anderseits abgeschlossenen Convention liess nämlich Pabst Benedikt XIV das Patriarchat von Aquileja im Jahre 1751 eingehen. Die Bestandtheile desselben wurden — die einen dem österreichischen Bisthum Görz, die andern dem venetianischen Bisthum Udine — zugeschieden und Beide zum Rang von Erzbisthümern erhoben. Von 1751 bis 1790 stand der Bischof von Como unter dem Metropolit von Görz; von 1790 an ward es aber von dem Erzbisthum Görz losgetrennt, indem Joseph II bei der Beförderung Joseph Bertieri's auf den bischöflichen Stuhl von Como einfach erklärte, derselbe soll fortan Suffragan des Erzbischofs von Mailand sein. Wir haben dieser Thatsache namentlich auch wegen der Abkurzung in temporalibus erwähnt, welche bei der Auflösung des Patriarchats von Aquileja zwischen der österreichischen und venetianischen Regierung getroffen worden ist, — Abkurzung, die wir hier vormerken und erst in einem spätern Abschnitt näher herühren werden.

*) Er ist bekannt durch seine letzten Worte: „Nudo uscii, nudo ritornerò!“

Noch sollen wir der Veränderungen erwähnen, die sich während dieses Zeitraums in kirchlicher Beziehung mit Puschlav und Brüs ergeben haben. Im Jahre 1537, den 25. Juli, löste Puschlav den an das Bisthum Chur schuldigen Feudalzins von jährlich dreiundfünfzig Gulden und fünf Batzen mit einer Kapitalzahlung von 1200 Goldgulden aus, welche Bezahlung zu Tilgung einer bischöflichen Schuld an Heinrich und Jakob, die Escher und Familie in Zürich, verwendet wurde. Dadurch sind die Puschlaver vermöge eines legitimen Aus- und Einkauftitels freie und ausgelöste Genossen des Churer Bisthums geworden. Diese Genossenschaft und die Angehörigkeit zum Gotthausbund wurde im Jahre 1487 von Ludwig Moro, Herzogen von Mailand, in dem mit den drei Bünden abgeschlossenen Frieden, in welchem er, um Veltlin und Cleven für 14,000 Gulden zurückzukaufen, Puschlav abtrat und den Graubündnern den freien Durchgang für ihre Kaufmannswaaren gestattete, in bester Form bestätigt. Von hier an theilte das Puschlaver Thal in Allem die Schicksale von Rhätien. Wie dasselbe dann aber kirchlich wieder an Como zurückgefallen, konnten wir urkundlich nicht ausmitteln. Laut einem im Puschlaver Archiv vorhandenen Manuskript soll Puschlav im Jahre 1622 kirchlich gegen Misox an Como überlassen worden sein. So viel ist gewiss, dass Puschlav und Brüs schon 1629 wieder als zur Diöcese Como gehörig betrachtet worden sind. Man liest nämlich in einem von dem comasker Bischof Lazzarus Carafino den Cardinälen im Conzilium von Trient erstatteten Bericht, dass derselbe im genannten Jahr zu Puschlav eine Kirchenvisitation vorgenommen und von Katholischen und Reformirten mit Bezug auf gewisse alte Feudalrechte, für welche die Investitur erst 1668 unter Bischof Turriano aufhörte, den Leheneid abgenommen habe. Puschlav und Brüs wurden hierauf mit der Erzpriesterei von Villa bei Tirano vereinigt und bildeten

endlich 1690 unter dem Bischof Carlo Ciceri eine eigene, der bischöflichen Curia in Como unmittelbar unterstellte Pfarrei.

Schliesslich müssen wir noch mit ein paar Worten der tessinischen Stiftung der Seminarien von Askona und Pollegio gedenken.

Zu dem Seminar von Askona legte Bartholome Pappi mit einem Legate von 25,000 Scudi d'oro im sechszehnten Jahrhundert den Grund. Die Einrichtung desselben und die Aufsicht darüber übergab Pabst Gregor XIII im Jahr 1582 dem Erzbischof Carlo Borromeo von Mailand. Im Laufe des siebenzehnten Jahrhunderts wurden Stiftung und Einrichtung namentlich durch den Erzbischof Friedrich Borromeo vermehrt und verbessert. Der Fundationsstatus dieser Stiftung soll weiter unten näher angegeben werden.

In Pasquei, eine halbe Stunde vom Kirchdorf Pollegio (Boleys) wurde im sechs- und siebenzehnten Jahrhundert das alte Frauenkloster St. Maria in ein Seminar für die Bewohner des Liviner- und Pollenzer Thals umgewandelt. Die Hauptstiftungsurkunde, von Friedrich Borromeo unterzeichnet, datirt vom 6. Juli 1622. In diesem Seminar wurde in der lateinischen Sprache und in den Humaniora Unterricht ertheilt. Aus demselben übergingen die Zöglinge auf die Universitäten und in das Seminarium grande von Mailand, woselbst das Livinerthal einige Alumnen unterzubringen das Recht erhielt. Der Rektor des Seminars war zugleich *Provisatore* (Quasi-Generalvikar) des Erzbischofs für die drei Thäler Livinen, Pollenz und Riviera. Als der Unterricht in diesem Seminar in der zweiten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts aufhörte, verlangte Ury die Wiedereröffnung desselben und schloss zu diesem Zweck unterm 24. November 1682 mit dem Erzbischof von Mailand Friedrich Viskonti eine Convention ab.

Ein ähnliches Convenium wurde zwischen den gleichen Autoritäten am 27. April 1796 getroffen, um die Anstalt wieder zu eröffnen, welche vom Jahre 1786 an abermals geschlossen war.

b. Ausübung der Hoheitsrechte des Staates in kirchlichen Dingen und staatliche Beaufsichtigung der Schulen während der Herrschaft der Eidgenossen.

Wir haben im Eingang erwähnt, dass der päpstliche Stuhl vor Allem die Suspension und Abolition der tessinischen Gesetzgebung über die Hoheitsrechte des Staates in kirchlichen Dingen gefordert habe, bevor derselbe zu irgend welchen Trennungsunterhandlungen Hand bieten werde. Die Grundsätze dieser Gesetzgebung wurden kirchenfeindliche, unerhörte Neuerungen genannt, wodurch die gesetzgebende Behörde den Kanton Tessin so zu sagen ausser das Gremium der Kirche gestellt hätte. Gegenwärtige geschichtliche Darstellung darf daher den Beweis nicht schuldig bleiben, dass diese in den Korrespondenzen des päpstlichen Herrn Geschäftsträgers so hart, so einseitig und schonungslos beurtheilte Gesetzgebung in manchen Punkten auf den gleichen Grundsätzen, Maximen und Uebungen beruht, welche die frommen, alten Eidgenossen Jahrhunderte vorher im Lande Tessin bekannt, gehandhabt und beobachtet haben.

In dieser Beziehung müssen zunächst zwei allgemeine Bemerkungen vorangeschickt werden. Die erste, dass die regierenden Orte in den tessinischen Landvogteien fast ohne Ausnahme jene Statute, Grundsätze und Uebungen in kirchlichen Dingen handhabten, welche die Eidgenossen seit dem Bunde der Stadt Zürich mit den Waldstätten 1351, dem Pfaffenbrief 1370 und dem Stanzerverkommniss 1481 bis zu den mannigfaltigen, die Jura circa Sacra beschlagenden Badischen und

Frauenfeldischen Abschieden des sechs-, sieben- und achtzehnten Jahrhunderts in ihren eigenen Kantonen gehandhabt, — die zweite, dass sie die Beschlüsse des Conciliums von Trient nur *quo ad dogmata et doctrinam*, nicht aber *quo ad disciplinaria* unbestritten angenommen und denselben auch in den ennetbirgischen Vogteien meist nur mit dieser Unterscheidung und Beschränkung Vollzug verschafft haben.

Die staatsrechtlichen Grundsätze, Gewohnheiten und Uebungen in Kirchensachen, welche unter der Herrschaft der regierenden Orte in Tessin gesetzliche Kraft und Geltung hatten, sind im Wesentlichen folgende *):

1. Die regierenden Orte widersetzten sich beharrlich den Eingriffen der geistlichen Jurisdiktion in die weltliche Gerichtsbarkeit.

Kein Unterthan durfte sich in weltlichen Sachen von dem geistlichen Richter, unter welchem Vorwand immer, weder citiren noch beeidigen lassen; kein Geistlicher durfte einen Weltlichen, kein Weltlicher einen Geistlichen, noch ein Laie den andern weder in Geldschulden, noch Schmähhändeln, weder um Lehen, Zehnten und Primizien, noch um Renten, Gülten, Zins, noch überhaupt um zeitliche oder weltliche Sachen vor ein geistliches Gericht laden. In dem Gesetzbuch der ennetbirgischen Herrschaften war die ausdrückliche Vorschrift enthalten: «Es ist in Kraft der von der hohen schweizerischen Republik von den ältesten Zeiten herstammenden Gesetze allerstrengstens verboten, dass irgend ein Stand oder eine Gemeinde oder ein Laie irgend einen andern Stand oder Gemeinde oder Laien selbst auch in einer kirchlichen Sache vor ein kirchliches Gericht rufe oder auch nur gestatte, dass irgend ein kirchliches Gericht (*tribunal ecclesiasticum*) in eine Sache unter irgend

*) M. vergl. J. J. Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte etc. II. Buch. Cap. 6. S. 361.

einem Vorwande (titulo) eintrete *).» In den häufig wiederkehrenden Streitigkeiten, in welche die regierenden Orte wegen der in den ennetbirgischen Landvogteien gelegenen bischöflich Como'schen Lehengütern mit dem Bischof von Como verwickelt wurden, beharrten desshalb die Eidgenossen — nicht anerkennend die einschlägige Jurisdiktionsvorschrift des Tridentinischen Conciliums und ungeachtet der den Partheien angedrohten Exkommunikation — fortwährend darauf, dass die Judikatur über diese geistlichen Lehen dem weltlichen Richter in den Vogteien nicht entzogen werde **). Im Jahre 1585 bedrohten sie Jeden, der es wage in solchen Streitigkeiten «frömbden Richter zu suchen angantz umb ein hundert kronen Buessen» und erklärten Alles, was durch «frömbden Richter erkennt für kraftlos in allwäg und nichtig.»

2. Gleichwie in den Kantonen, so duldeten die regierenden Orte auch keine Gerichte der «heil. Inquisition» in den ennetbirgischen Landvogteien.

Als die mailändischen Erzbischöfe und die Bischöfe von Como in der zweiten Hälfte des sechszehnten Jahrhunderts die im Mailändischen und auf dem comasker Gebiet bereits eingeführten Inquisitionsgerichte auch in den tessinischen Landvogteien einzuführen sich alle erdenkliche Mühe gaben, so verweigerten die regierenden Orte diese Einführung und antworteten 1582 dem diesfalls reklamirenden Bischof von Como: «Wir haben unsere Landvögte, und so einer unserer Unterthanen der Religion wegen fehlbar, oder in Verdacht kommen

*) „Quod vi Statutorum a suprema Helvetiorum Republica ab antiquissimo tempore latorum severissime prohibitum sit, ne communitas vel persona quaecunque laica aliam vel communitatem vel personam laicam in causa etiam ecclesiastica non solum ad tribunal ecclesiasticum non provocet, sed nec etiam ut sub quocunque titulo in causa interveniat, permittat.“

**) M. s. Abschiede aus den Jahren 1576, 1585, 1589, 1598, 1666, 1699, 1700, 1701, 1734.

sollte, werden sie selbigen schon zu der gebührenden Strafe ziehen lassen *).

3. Die regierenden Orte erkannten die Immunität des Klerus nicht an und übten das Recht, fehlbare Geistliche von ihren Pfründen zu entfernen.

Sie bestraften die fehlbaren Geistlichen in den tessinischen Landvogteien nicht nur wegen Delicten, sondern auch wegen Verbrechen, wenn sie auch häufig die Bestrafung der letztern dem geistlichen Richter überlassen, beziehungsweise diesem die Aburtheilung aufgetragen und befohlen haben. Als 1577 der Landvogt zu Lauis einen Kapuziner Guardian, der des Mordes beinzichtet war, zu Haft bringen und peinlich verhören liess, billigten Solches die regierenden Orte und beauftragten den Landvogt, mit dem geistlichen Inquisiten, falls er schuldig erfunden würde, nach Form Rechtens zu verfahren.

1583 «ist Priester Bernardo Sacchetto Pfarrer zu Rovio Syner Pfarrei von den HH. Ehrengesandten entsetzt worden, weilen er in der Bycht den armen Leuthen gelt abgenommen und sonst nit absolvieren wollte.»

1590 «waren strytigkeiten zwüschen zween Pröbsten von St. Antonio und ist die Sach mehrmalen von den HH. Ehrengesandten angehört und endlich dem Probst Aurelio Pocobello die Probstei genommen und befohlen worden, wann Er selbige nit rumen wolle, soll er gefänklich yngezogen werden.»

1586 «ist von den HH. Gesandten der Siben catholischen Orthen ein Brief an Hrn. Bischöffen zu Chum geschrieben worden, dass die Priesterschaft wider die gemachte Ordnungen die Rechtshändel wegen der Lehen und abstraffung Ihrer der Geistlichen fehlern sich understehe für dass Tribunal zu Como zu ziehen.» «Item ist Priester Andrea della Croce dess Hrn.

*) M. s. Abschied v. 1582.

bischoffen Vicarius (foraneus) in 24 Kronen gestrafft worden, dieweylen Er in Sachen die dem weltlichen Richter unterworffen, judiciren und das Recht bruchen wollen *).»

1598 erschien der Bevollmächtigte des Bischofs von Como, Domherr Dr. Julius Della Torre, vor der sieben katholischen Orten Rathsgesandten, anbringend, sie möchten «kein Ingriff an den geistlichen Freiheiten thun», indem sie nicht mächtig seien wider die Geistlichen zu prozediren, «sondern wann die gefelt, Ihrem Gnädigen Herrn allein zustande, selbige zu straffen.» Der Bischof Philipp Archinto schrieb ihnen: «Die Erkandtnuss der geistlichen Händlen und volgendtes dieselbige zu straffen, wo Sy dass durch begangne fehler verdient ist dermassen eigen der Bischoffen und Ihren Obern Herren, dass Ich niemahlen glaubt by so katholischen Herren die hierumb würdigklichen erlangt haben, den namen schirmer der geistlichen Libertät, man es in Zwyffel gesetzt hette.»

Die sieben katholischen Orte erledigten diese und ähnliche Einsprachen mit Hinweisung auf «ihre alten Freiheiten und Gerechtigkeiten» und liessen sachbezüglich folgenden Beschluss in den Abschied fallen: «Es haben unsser diess Befelchs Vorfahrende fehrn verabscheidet der Geistlichen halber, welche Ihr Gnäd. Herr Bischoff von Chum vermeint, umb Criminalische, wie auch malefizische Händel allein zu straffen habe; da wir Unss in Unsseren Instructionen und Befelch ersehen und Unss darüber abermalen im namen Unsser Gn. HH. und Obern erläutheret und Erkennt, lassen es gantzlichen by den alten hierüber gestellten Satzungen und Ordnungen verblyben, die vermögen, dass luth der alten Freyheiten und Gerechtigkeiten wolgemelt Unsser Gn. HH. und Obern mächtig und gwältig seint und solches Ihnen jeder Zeith vorbehalten, die geistlichen Per-

*) Abschied von 1583, 1586, 1590.

sonen, sowol umb Criminalische (alss auch maleficische Miss-handlungen nach Ihrem verdienen zu straffen und zu rechtfertigen.»

4. Die regierenden Orte hinderten den Missbrauch des Uebergangs von Liegenschaften in die todte Hand kirch- und klösterlicher Stiftungen.

Zu diesem Zweck wurde 1620 von ihnen für die Landvogtei Lausis verfügt: Wenn Leibeserben vorhanden sind, so kann der Testator nur den zehnten Theil seines Vermögens an kirchliche Institute zu todter Hand vermachen; sind keine Leibeserben vorhanden, ein Viertel. Besteht das Testirte in Liegenschaften, so müssen solche vor Abfluss eines Jahres wieder veräussert werden. Im Jahre 1732 wurden diese gesetzlichen Bestimmungen auch für Locarno erlassen. Von den drei regierenden Orten Ury, Schwyz und Unterwalden wurde 1774 für die Landvogteien Bellenz, Riviera und Blegno festgesetzt, dass ohne ausdrückliche Erlaubniss der Obrigkeit keine Vermächtnisse zu todter Hand an Klöster errichtet werden sollen.

5. Die regierenden Orte wahrten sich die Oberaufsicht über die Klöster, die Spitäler und frommen Stiftungen und reservirten der Staatshoheit die Prüfung der diesfälligen Rechnungen.

Jahr für Jahr mussten die Rechnungen der tessinischen Klöster dem Syndikat zur Prüfung und Passation vorgelegt werden. Hin und wieder wurden auch Inventarien über den Vermögensstand der Convente aufgenommen. Solche Vermögensinventarien sind noch aus den letzten Jahren der landvogteilichen Herrschaft von 1783 und 1786 vorhanden. Was die Aufsicht über die Spitalstiftungen betrifft, so führen wir von mehreren diesfalls erlassenen Beschlüssen beispielsweise einen aus dem Abschied des Jahres 1636 Fol. 73 wörtlich an: «Wir

die Gesandten der Siben Catholischen Orthen etc. Wiewohl Anno 1616 Unssere diss Befelchs Vorfahrende Ehrengesandten, den Verordneten Deputirten dess Spitals zu Lauwiss verboten haben dass Sy den Hochwürd. Herrn Bischoffen zu Como den Spitals Rechnungen nit bywohnen, selbige visitiren noch besichtigen lassen sollen und hiernach im verschieenenen 1634 Jahre ein solches glycher gestalt uff allhiesiger Jahrrechnung bestätigt worden, so hat Er doch vehrndrigen Jahres abermahlen begehrt, dass ess Ihme ald Syner allharo abordnendem Visitatoren Zugelassen werden solle, in Ansehung dass das Tridentinische Concilium solches vermöge und Etliche Syner Vorfahren selbige glychfalss visitirt haben. Wann nun wir den fehrndrigen Abscheid, wie auch die bevor von Unssern diss befelchs Vorfahreren Ehrengesandten Erkandtnussen ablesen lassen und Unss in Unsseren oberkeitlichen habenden Instruktionen ersehen; derowegen lassen wirs uss krafft dessen by dem obverlybten Abscheid und Erkandtnussen, die wir bestettiget, gänzlichen verblyben, Also und dergestalt dass Ihr Frstl. Gn. der herr bischoff zu Como sich dess allhiessigen spitals Sachen nützi beladen noch annehmen, sondern selbige von unssern diss Befelchs nachkommenden Ehrengesandten visitirt und yngenommen werden solle, in massen es von Unssern Gn. HH. und Obern ald der weltlichen Oberkeit gleicher Gestalt observiert und gebrucht wird.» 1675 wurde verfügt, dass die Spitalverwalter von Lauis unter einer Strafe von 500 Thalern Niemanden ausser den Syndikatore Rechnung ablegen sollen. Wesentlich gleich wurde es in Bezug auf das Spital von Lokarno gehalten.

6. Die regierenden Orte trafen Verfügungen in Bezug auf die kirchlichen Zufluchtsstätten, damit nicht die privilegia asyli für Verbrecher zum Nachtheil der Staatsjustizpflege missbraucht werden.

Dieselben verlangten wiederholt beim heil. Stuhl die Einschränkung dieser Privilegien, welche Pabst Benedict XIV dem Herzogthum Mailand bewilligt hatte, fest entschlossen, wenn nicht entsprochen werde, diesfalls waltenden Uebelständen von sich aus abzuhefen. Da der h. Vater durch Breve vom 18. Juni 1768 dem Verlangen der regierenden Orte entsprach und die Asylprivilegien für die tessinischen Landvogteien wesentlich beschränkte, beziehungsweise aufhob, so waren die Reklamanten dadurch der Nothwendigkeit eigener Remedurverfügungen enthoben.

7. Die regierenden Orte schützten die Kirchgemeinden in den ennetbirgischen Landvogteien bei ihrem uralten Kollaturrecht, und da, wo es Uebung war, bei dem Recht der Entlassung ihrer Pfrundgeistlichen.

Weitaus die meisten der 232 tessinischen Pfarrgemeinden hatten und haben von jeher das Recht, ihre Pfarrer, Vikare, Kapläne u. s. w. selbst zu wählen. Es gab nur wenige Pfründen von freier Verleihung (*liberæ collationis*), eine — die Erzpfründe von Balerna — stund dem Pabste, die andere — ebenfalls eine Archipreturpfründe — dem Bischof von Como zu, welcher letzterer die Wahl aus einem von dem betreffenden Capitel der Chorherren einzureichenden Dreiervorschlag vorzunehmen hatte. Es gab einige Erzpriester- und andere Pfründen, bei welchen der Inhaber einen Amtsgehülfen (*coadjutore*) mit dem Recht der künftigen Nachfolge wählen konnte. Neben diesen bestunden einige Familien- und Partikular-Collaturrechte (*Jura patronatus sensu stricto*). Es würde zu weit führen, wenn hier erzählt werden wollte, wie viel Mühe bisweilen die päpstlichen Nuntien und die Bischöfe von Mailand und von Como sich gegeben haben, um von den tessinischen Gemeinden, sei es durch freundliche Zuredede, sei es durch Androhung von

Kirchenstrafen die Collaturrechte zu Handen der geistlichen Gewalt abgetreten zu erhalten. Alle diese Bemühungen waren umsonst; nie mangelte den Patronatsgemeinden bei solchen Anfechtungen der Schutz der Obrigkeit.

Allein nicht nur das Recht, die Pfarrer selbst zu wählen, sondern dieselben auch nach eigenem Ermessen wieder zu entlassen, besaßen von Altem her mehrere tessinische Kirchgemeinden, namentlich jene des Maynthals. Solches geht aus einem Bericht des Landvogteiamtes von 1778 an das Syndicat hervor, in welchem gesagt ist, dass die dermaligen Seelsorger (Parroci Vicarj) «von den Gemeinden bestellt und von ihnen nach Gutdünken entsetzt werden können*»).»

8. Die regierenden Orte übten das Recht der Placetheilung bei Pfarr- und andern Pfrundwahlen aus und erhoben bei diesem Anlass eine Placet- oder Rekognitionssteuer.

In den Jahren 1585 und 1620 wurde ausdrücklich festgesetzt, «dass wenn ein Geistlicher oder Canoniker mit Tod abgehe oder dessen Benefizium sei es durch Verzichtleistung oder auf andere Weise einen Nachfolger erhalte, so müsse derselbe bei dem Landvogt das Placet nachsuchen und dafür eine Rekognitionsgebühr in Gemässheit bisheriger Uebung entrichten.» Im Jahre 1693 verfügte das Syndikat für Lauis, «dass keine Gemeinde, kein Privatkollator, wess Standes oder Ranges er sein möge, es wagen oder sich unterfangen soll, geistliche Pfründen in Besitz nehmen oder ihnen irgend welche Erträge oder Einkommen von solchen zukommen zu lassen, ehe und bevor die ernannten Benefiziaten Rücksicht auf die Hoheit des Staates und auf die Obrigkeit genommen und das vorge-

*) Vid. Sammlung der Abschiede Bd. VIII. Jahrgang 1778.

schriebene Placet erhalten haben. Alles unter einer Strafe von 200 Thaler für jede Darwiderhandlung.»

In den Vogteien Mendrys und Balerna bezahlte jeder Benefiziat für die Placetertheilung im ersten Jahre des Genusses der Pfründe den dritten Theil des Einkommens derselben.

In den Vogteien Lauis und Bellenz musste die Placettaxe ebenfalls entrichtet werden, der Betrag derselben war jedoch an das Ermessen des Benefiziaten gestellt.

In den Vogteien Lokarno und Maynthal *) war die Placetgebühr je nach Verhältniss des Benefizialeinkommens von einem Zechin bis fünfundsiebenzig Thaler festgesetzt.

In der Vogtei Riviera wurde die Placetgebühr ebenfalls entrichtet, es durfte jedoch der Betrag derselben zu Gunsten der alten Leutpriester- und Landdekaneikirche von Biaska verwendet werden.

In der Landvogtei Blegno erliess man die Entrichtung der Placettaxe dem landesbürgerlichen Benefiziaten und legte sie ausschliesslich dem fremden Geistlichen auf, welcher zu einem Benefizium in diesem Thale gelangte.

Die Pfarrer und Kapläne der Landvogtei Livinen mussten sich vor dem Antritt einer Pfründe seit dem mit Waffengewalt unterdrückten Aufstand der Thalleute von 1755 nach Altdorf begeben und bei der Urner Regierung das Placet einholen. Nach Verhältniss des Pfrundeinkommens entrichtete dann der Placetirte ausser der gewohnten Sigill- und Kanzleitaxe an jedes Rathsmitglied, welches der sachbezüglichen Verhandlung beiwohnte, einen halben Thaler.

9. Hinwieder schützten die regierenden Orte die Priester des Landes gegen die Pensionen, gratiæ expectativæ, Wartbriefe und dergleichen, welche von Rom und Como

*) V. Abschiede der Vogtei Maynthal von 1780 u. f. als Beweis, dass die Placetgebühr bis in die letzten Jahre der Periode entrichtet wurde.

aus auf geistliche Benefizien in den Landvogteien nicht selten ertheilt wurden.

Als der Bischof von Como 1597 die Erzpriesterpfründe von Riva mit einer Pension von 100 Thalern belastete, so erklärte das Syndikat dieselbe einfach für null und nichtig und erliess, da der Missbrauch solcher Pfrundbelastungen nicht aufhörte, 1641 für die Vogteien Mendrys, Lokarno und Maynthal die Verfügung, dass Priester, welche dergleichen Pensionen von den Pfründen verabfolgen lassen, ihrer Benefizien entsetzt werden sollen. 1642 und später wurde die Verfügung erneuert öffentlich angeschlagen: «Dass man von den geistlichen Beneficiis und Pfründen den Frömbden keine Pensionen bezahlen soll.»

10. Interessant ist die Thatsache, dass die regierenden Orte auch dem Bischof von Como gegenüber das *jus regale placeti* ausgeübt haben.

Man liest im Protokoll der zu Lauis abgehaltenen Syndikatsversammlungen was folgt:

Vom Jahre 1663. «Unser Herr Ehrengesandter von Freyburg thut einen Anzug wegen des Placet, so der neue Bischof zu Como nach altem Brauch dem neuwen Landvogt zu geben schuldig ist, begert dass wann Er nit getreuwlich dasselbe abstaten und bezahlen wolle, dass man ein Sequester auf sein Einkommen anlegen und sich darauf wegen des Placets bezahlen möchte... Ist erkannt, dem Herrn Bischoff von Como ein freundliches schreiben zu übersenden und dessen, was seine schuldigkeit ausweise und ein altes Herkommen — das Placet abzustatten zu erinnern...»

Vom Jahre 1681. «Hochg. Herr Ehrengesandte von Freyburg bringt vor, was gestalten Herr Bischoff von Como viel Güter auf dem Mendryser Gebiet besitze und weilen er das Placetum Herrn Landvogt von Freyburg nit bezahlt habe,

Er befelch von seinen Gnädigen Herren das Placetum zu sollicitiren. Ist geordnet dass man Herrn Bischoffen zu Como deswegen bestermassen schreiben solle.»

Im Jahre 1696, als von den HH. Landvögten wegen hinterhaltener Verabfolgung der Placettaxe Sequester auf die bischöflichen Einkünfte gelegt worden war, verlangte der Generalvikar von Como Namens des Bischofs die Aufhebung des Sequesters, vorschützend, dass, wenn auch einzelne Bischöfe bisher die Placettaxe freiwillig bezahlt haben, daraus keine Zahlungspflicht für dieselben hergeleitet werden könne. Das Syndikat beschloss hierauf, den ohne sein Vorwissen gelegten landvöglichen Sequester zwar aufzuheben, aber gleichzeitig gegen Como die Erwartung auszusprechen: «Die bischöfliche Curia werde den Herren Landvögten auch mit etwas Recognition... begegnen.»

Nachdem man 1696 und 1697 vorgezogen hatte, von der Forderung einer Placettaxe als solcher zu abstrahiren und die Entrichtung einer diesfälligen Honoranz an die Landvögte dem jeweiligen neuerwählten Bischof anheimzustellen, eine solche Honoranz dann aber ungebührlich lange ausstund, kam das Syndikat, als ihm berichtet worden war, dass auch die HH. Bischöfe Torriano (1667) und Ciceri (1681) die Placettaxe bezahlt, und auch der Bischof Olgiati (1711) eine diesfällige Honoranz von je 24 Filippi an die Landvögte von Lauis und Mendrys entrichtet hatten, wieder auf den Gegenstand zurück. Dieses Zurückkommen war mit der Betrachtung motivirt, «dass die mehreren Herren Prälaten in der Eidgenossenschaft bei Antritt ihrer Regierungen gegen unsere Gnädigen Herren sich mit geziemender Erkenntlichkeit einstellen.»

Bei der «Jahresrechnung» von 1736 wurde das Placet in Anwesenheit des bischöflichen Bevollmächtigten Graf Johann Rudolph Riva wieder zur Sprache gebracht. Riva stützte die

Nichtschuldigkeit der Bezahlung auf den Umstand, dass der Bischof Alberico Simonetta unmittelbar vom Pabste gewählt worden sei und «Ihr Bisthum zu Como und nit in hiesiger (schweizerischer) Jurisdiktion gelegen . . .» Die katholischen Orte Luzern, Ury, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Solothurn erkannten dann per Majora, «dass Es schon eine ausgemachte sache seye, dass namblich Ihr Bischöffliche Gnaden nicht mehr als vierundzwanzig Filippo für die Honoranz zahlen und Herr Landvogt (von Lauis *) sich darmit befriedigen solle und hiermit lassen Sie es darbei bewenden und das kraft Protokoll de annis 1696 und 1711.» Die evangelischen Orte Zürich, Bern, Basel und Schaffhausen beharrten hingegen darauf, «dass die obrigkeitlichen Rechten und Regalien in kein Compromiss noch Mehren unterworfen sein sollen, widrigenfalls thun sie bestermassen darwider protestiren . . .» Der Abgeordnete von Glarus gab eine Mittelmeinung in Sachen ab. Ganz die gleiche Stellung nahmen die regierenden Orte fortan in den Jahren von 1737 bis 1766 in der Angelegenheit ein. Die katholischen Stände beharrten auf ihren Beschlüssen, die evangelischen auf ihrer abweichenden strengeren Ansicht, wiederholt behauptend, dass die Beschlüsse der Mehrheit der Rechtskraft auch deswegen entbehren, weil die diesfälligen Syndikatsconclusen von den h. Ständen nicht ratifizirt worden seien.

Thatsache ist und bleibt übrigens, dass auch der letzte während dieser Periode gewählte Bischof Rovelli im Jahr 1793 für das obrigkeitliche Placet die Taxe von 37½ spanischen Doppien jedem der beiden Landvögte von Lauis und Mendris nach altem Herkommen richtig bezahlt hat *).

*) Der Landvogt von Mendrys erhielt ebenfalls 24 Filippi. Conf. la Svizzera Italiana di St. Franscini Vol. II. Parte 2. p. 47.

**) M. s. die Abschiede von Lauis und Mendris von 1790 bis 1793. Vergl. „Amtliche Sammlung“, Band 8, S. 522 und 523, von G. Meier von Knonau.

11. Die regierenden Orte übten das Hoheitsrecht des Exequatur für Bullen und andere kirchliche Erlasse aus. Auch hier mag ein Beispiel aus den letzten Jahren ihrer Herrschaft genügen.

Im Flecken Riva war 1781 zwischen dem letztern, seinen Nebengemeinden und den Chorherren über «die Einkünfte des ersten Jahres» der dortigen Collegiatkirche Streit entstanden. Die Einkünfte wurden bis Austrag der Sache sequestrirt, weil die römische Curia und das Generalvikariat von Como den Handel, den die Obrigkeit als eine Civilsache vor ihr Forum zog, von sich aus erledigen wollten. Wir lesen nun diessfalls im Lauiser Abschied des Jahres 1787: «Lucern zeigt an, Deputirte von Riva wünschen einerseits, dass die Einkünfte der fraglichen Pfründe zum Besten des Fleckens verwendet werden möchten, anderseits melden sie, die Gemeinden Arzo, Besazio, Brusino und Tremona hätten schon eine diesfällige Bulle von Rom erhalten. Einmüthig trägt die Jahrrechnung dem Landvogt auf, die vier Gemeinden mit Riva zu vergleichen und unerhältlichen Falls in zwei oder drei Monaten rechtlich abzusprechen. Unterdessen soll das hoheitliche Placet der päbstlichen Bulle in suspenso gelassen werden und beiden Parteien verboten sein, an eine fremde Instanz zu rekurriren (§. 20)*.»

12. Die regierenden Orte hatten auch die Leitung und Oberaufsicht über das Unterrichts- und Erziehungswesen.

Obwohl namentlich das höhere Unterrichtswesen in den tessinischen Landvogteien so zu sagen ausschliesslich von den Klostergeistlichen, den Somaskern, Serviten u. A. besorgt wurde, so verfügte doch die weltliche Obrigkeit über die Ord-

*) M. s. Sammlung der Abschiede. 8. Bd. S. 548.

nung und den Gang der Studien und des Unterrichts in den Klöstern. Die Abschiede dieser Periode aus fast allen Landvogteien, wo sich dergleichen Anstalten befanden, enthaltend darüber geschichtliche Zeugnisse. Wir wollen uns bescheiden, nur eines derselben aus den letzten Jahren der zwölfortischen Herrschaft urkundlich anzuführen.

So lesen wir im Abschied der Landvogtei Mendris vom Jahre 1784 was folgt: Wegen des Gotteshauses der Servi di Maria (in Mendris) wird eine Kommission niedergesetzt, welche, die Aussage der Regenten (Gemeindsbeamten) bestätigend, berichtet, es befänden sich die dortigen Schulen nicht im besten Zustande, auch sei kaum vorzusehen, dass solche jemals auf bessern Fuss kommen werden, zumal nur vier Patres, die theils alt, theils kränklich seien, in dem Gotteshause leben. Man findet daher, der Prior möge bis auf Weiteres wohl an seiner Stelle verbleiben, aber keine Novizen annehmen, auch habe er die Schulen gehörig bedienen zu lassen und im Falle der Noth einen weltlichen Schullehrer anzustellen. Die Mehrzahl der Gesandtschaften nimmt dies ad ratificandum, die übrigen ad referendum (§. 3).

1785. Eine neuerdings niedergesetzte Kommission macht folgende Vorschläge: a. Der Pater-General soll sich verpflichten, stets zwei gute Subjekte in dem Kloster zu unterhalten, um Schüler aus Mendris oder andern Orten im Lesen, Schreiben, Rechnen, in den Anfangsgründen der lateinischen Sprache und in der sogenannten grössern und kleinern Grammatik unentgeltlich zu unterrichten und zwar während dritthalb Stunden sowohl Vor- als Nachmittags; b. sollen der Pater-General und die Patres für die Schulen die gehörigen Zimmer im Kloster einräumen und ohne Kosten des Publikums zur Schule läuten; c. sollen sie durch einen der Geistlichen Messe lesen und während derselben die Schüler beaufsichtigen lassen. Um vor-

genannten Pflichten genügen zu können, soll dem Kloster gestattet sein, Novizen anzunehmen, dem Flecken aber obliegen, zwei Deputirte zur Beaufsichtigung der Schulen und zur Beibehaltung der Examen zu erwählen, bei welcher letzteren auch der Landvogt anwesend sein muss, welcher der Jahrrechnung jährlich über den Zustand der Schulen Bericht zu erstatten hat (§. 3). 1786. Obiges ist von den Hoheiten genehmigt worden *).

II. Periode von der helvetischen Revolution bis zur Gegenwart oder von 1798 bis 1858.

Sogleich mit dem Anschluss der tessinischen Landvogteien als Republik an die schweizerischen Freistaaten machte sich das entschiedene Bestreben der Tessiner nach Trennung ihrer Landestheile von den auswärtigen, lombardischen Diöcesen geltend und erhielt sich, immer wachsend und intensiver werdend, durch die verschiedenen Epochen dieser zweiten Periode bis auf den heutigen Tag.

§. 1. Unter der helvetischen Verfassung.

Nach Eroberung der Lombardei durch die Truppen der französischen Republik gelangten auch die Angehörigen der tessinischen Landvogteien zur Freiheit und staatlichen Selbstständigkeit. Am 15. Februar 1798 wählten dieselben eine provisorische Regierung und empfangen nacheinander die Verzichtleistung auf die alten Herrschaftsrechte Seitens der sie beherrschenden schweizerischen Kantone.

Bei der am 12. April darauf erfolgenden Constituirung der Einen und untheilbaren helvetischen Republik war die italienische Schweiz als integrierender Bestandtheil derselben aufgenommen. Von den achtzehn Departementen oder Kantonen, in welche die Republik getheilt wurde, bildete Tessin zwei Kan-

*) Sammlung der Abschiede. Bd. 8. S. 562.

tone: Bellinzona mit der Landschaft gleichen Namens und mit den drei Thälern Riviera, Blenio und Livinen; Lugano mit Mendrisio, Locarno und Maynthal. Bellinzona sandte zwei Mitglieder in den helvetischen Senat, Lugano vier. Unter den beiden Kantonen vertheilten sich sechszehn Stellen in den aus 144 Mitgliedern bestehenden helvetischen Grossen Rath. In jedem der beiden Kantone übte ein Regierungsstatthalter die exekutive und eine Verwaltungskammer die administrative Gewalt.

Diese Aushebungen mögen genügen, um die wenigen mit der im Wurf liegenden Frage mehr und minder zusammenhängenden staats- und kirchenrechtlichen Momente, die sich im Tessin an die helvetische Periode knüpfen, zu besserem Verständniss zu bringen.

a. Diöcesan-Ereignisse.

Erwähnenswerth aus dieser Epoche ist die bisher wenig bekannt gewordene Thatsache, dass der Bischof Carl Rovelli von Como Ende 1798 den Entschluss gefasst hatte, Como zu verlassen und seine Residenz in Lugano zu nehmen. Durch diese Uebersiedelung wäre dem Wunsche der tessinischen Bevölkerung für ein eigenes Generalvikariat oder für Trennung von den lombardischen Diöcesen in anderer Weise ebenfalls entsprochen worden. Am 29. Dezember 1798 schrieb der helvetische Regierungsstatthalter von Lugano (Buonvicini) an den Minister der Wissenschaften Stapfer hierüber was folgt: «... Bezüglich des Bischofs von Como — kann ich Ihnen die Versicherung geben, dass derselbe nichts Besseres verlangt, als fortan auf dem italienischen Gebiet der helvetischen Republik sich niederzulassen und ich habe Grund anzunehmen, dass er den Vorschlag dazu, wenn nicht offiziell, doch konfidentiell bereits gemacht hat... Freilich begehrt er gleichzeitig, dass

ihm die auf helvetischem Gebiet liegenden Einkünfte im Betrag von jährlich circa 20,000 mailändischen Liren von Beginn der Revolution an verabfolgt werden. Nun weiss ich aber nicht, ob der Staat um so hohen Preis einen eigenen Bischof will. Ich bin übrigens der Erste, diesem würdigen Prälaten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und glaube mit Ihnen, dass wenn der bischöfliche Sitz von Como nach Lugano verlegt würde, sowohl für Helvetien im Allgemeinen, als für unsere italienischen Landsleute insbesondere moralische und politische Vortheile daraus erwachsen würden *).

Unterm 30. Dezember 1798 schrieb der gleiche Regierungsstatthalter in Bezug auf diesen Gegenstand an den helvetischen Minister des Aeussern: «Die gute Meinung, welche Sie von dem Bischof von Como haben, beweist deutlich genug, dass sein Verdienst Ihnen bekannt ist. Seine Wissenschaft, seine Moralität, seine republikanischen Tugenden lassen die ganze Bevölkerung beider italienischen Kantone lebhaft wünschen, dass dieser würdige Diener der Kirche seine Residenz im Lande nehme. Derselbe wird sich aber schwer entschliessen können, sein Vaterland zu verlassen, bevor er weiss, wie durch ein künftiges Gesetz sein Einkommen fixirt werde. Es ist übrigens gewiss, dass er unter gleichen Bedingungen die Residenz in Helvetien derjenigen in Cisalpinien vorziehen wird, was für unser Land in mehrfacher Beziehung bedeutende Vortheile brächte.»

Wenn in Folge der bald darauf eintretenden Wirren in Helvetien und der blutigen Auftritte in Lugano (29. April 1799) das Projekt der Verlegung des comasker Bischofssitzes nach dem eben genannten Hauptort des Kantons gleichen Namens auf sich beruhen blieb, so mag dieses um so weniger befrem-

*) M. s. Helvet. Archiv, Manual des Ministers des Auswärtigen. Bd. 3275.

den, als später auch die Auslösung der Zehenten und der übrigen Feudalrechte erfolgte und die bischöfliche Mensa in Como dann statt des Zehenten in natura die Zinse des, in die Staatskasse versirten Auslösungskapitals, so wie die andern Einkünfte auf tessinischem Gebiet fortan regelmässig bezog.

Zu Puschlav wurde am 11. Februar 1798 in der Versammlung der Katholischen von Probst Dorizzi, einem würdigen und allgemein geachteten Geistlichen, die Frage gestellt: «ob nicht der ehrwürdige Klerus und das Puschlaver Volk von dem comasker Bisthum sich trennen und an dasjenige von Chur sich anschliessen wollen?» Bei der Ungewissheit und der Unbeständigkeit der politischen Zustände beschloss — so lautet das Protokoll — die Versammlung, den Entscheid über die Frage zu verschieben.

b. Ausübung der Hoheitsrechte des Staates in kirchlichen Dingen.

Eines der ersten Gesetze, welche die gesetzgebenden Räte der helvetischen Republik in politisch-kirchlichen Angelegenheiten erliessen, war dasjenige vom 31. August 1798, durch welches die Immunität der Geistlichen aufgehoben wurde.

Darauf erfolgten die Beschlüsse des Vollziehungsdirektoriums vom 3. Januar und 2. Februar 1799, welchen gemäss die vermöge des Jus patronatus gewählten und der Benefizialeinkünfte vorübergehend beraubten Geistlichen («Religionsdiener») einstweilen und vorschussweise aus der Nationalkasse durch die Verwaltungskammern entschädigt und die Collaturrechte fortan von den letztern ausgeübt werden sollten.

Die Regierungsstatthalter der Kantone Bellinzona und Lugano theilten diese Erlasse den Diöcesanvorständen von Como und Mailand pflichtgemäss mit. In dem Schreiben vom 3. März

1799, in welchem der Bischof von Como, Msgr. Carl Rovelli, die Mittheilung der Direktorialerlasse bescheinigte, erklärte derselbe, dass er sich den mit der katholischen Religion verträglichen, höhern Regierungsverordnungen niemals widersetzen werde und dass er auch überzeugt sei, es werde die Verwaltungskammer, von gleichen Gesinnungen beseelt, keine andern als solche Priester auf die vakanten Pfründen erwählen, denen er mit Beruhigung die kanonische Institution ertheilen könne. Seiner Bisthums-Geistlichkeit empfahl der würdige Prälat Sanftmuth und Toleranz (*tolleranza e mansuetudine*).

Durch das Dekret des Vollziehungsausschusses vom 22. Januar 1800 über die Ausübung des Collaturrechts wurden die eben angeführten legislativen Erlasse theils erweitert, theils modifizirt. Zunächst wurde in demselben (Art. 3) festgesetzt, «dass die Verwaltungskammern an die Stelle der Behörden der alten Ordnung der Dinge treten, um alle diejenigen Rechte, die jenen Behörden in kirchlichen Angelegenheiten sowohl über Personen als Sachen zugekommen sind, auszuüben.»

Die Verwaltungskammern wurden insbesondere berechtigt und verpflichtet: «die Wahlen der Bischöfe, Kapitel und anderer kirchlichen Behörden zu bestätigen» — beziehungsweise zu placetiren.

Die Collaturen anbelangend sollten fortan «die Gemeinden an den Orten, wo sie einigen Einfluss auf die Erwählung ihrer Pfarrer hatten, denselben unter den nämlichen Bedingungen und unter Beobachtung der gleichen Formen, an welche die andern Collaturen gebunden sind, beibehalten.»

Am 5. Februar darauf (1800) erliess der vollziehende Ausschuss das wichtige Dekret über die Nothwendigkeit des obrigkeitlichen Exequatur (*Placetum*) für kirchliche

Erlasse. Durch dieses Dekret wurde in Erwägung, dass auch die alten Regierungen ein solches Prüfungsrecht ausgeübt haben und dass es sich eben so wohl mit der religiösen Freiheit vertrage, als es den Polizeipflichten angemessen sei, die wesentlich zu den Verpflichtungen einer guten Regierung gehören, — verfügt: «Es haben (Art. 1) die Bischöfe, bischöflichen Kommissärs, Kommissärs des Nuntius vom apostolischen Stuhle, Dekane und Kirchenräthe, bevor sie ihre Hirtenbriefe, Kreis- und Pastoral schreiben, religiöse Ermahnungen und andere Schriften dieser Art bekannt machen, dieselben den Regierungsstatthaltern in denjenigen Kantonen mitzutheilen, in denen sie Umlauf erhalten sollen.»

«Wofern (Art. 2) ein Regierungsstatthalter nicht glaube, einer Zuschrift freien Lauf lassen zu können, so werde er hierüber die vollziehende Gewalt benachrichtigen und die Gründe seiner Verweigerung mit den Beleuchtungen, die er vorher von dem Verfasser der Schrift werde begehrt haben und mit einem Gutachten der Geistlichkeit des Hauptortes begleiten.»

«Wofern die Zuschrift für mehr als einen Kanton bestimmt sei (Art. 3), so soll sie dem Minister des öffentlichen Unterrichts, der im zweifelhaften Falle sich an die vollziehende Gewalt zu wenden hat, vorgelegt werden.»

Ein von dem Vollziehungsausschuss am 26. Februar genehmigtes Cirkularreskript des Ministers des öffentlichen Cultus vom 4. März 1800 erläuterte das obige Dekret dahin, dass unter den des obrigkeitlichen Placets bedürftigen kirchlichen Erlassen nur solche verstanden seien, welche die Bestimmung haben von der Kanzel verlesen oder an öffentlichen Orten angeschlagen zu werden.

Durch Beschluss vom 20. Januar 1801 wurden die Pfarrgeistlichen aufgefordert, die Geburts-, Ehe- und Sterberegister wie bis anhin unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit fortzu-

führen. Die von den Pfarrgeistlichen geführten Register werden wie bis dahin über den bürgerlichen Stand völlige Beweiskraft haben.

Unterm 2. August 1798 hoben die gesetzgebenden Räthe der helvetischen Republik alle Gesetze der vormaligen schweizerischen Regierungen auf, welche die Ehe zwischen ungleichen Religionsverwandten verboten oder auch nur erschwert haben. Unterm 27. Juli 1799 dispensirten sie von der Beibringung eines Verkündungsscheines aus der Heimat eines in einem andern Kanton schon lange niedergelassenen Schweizerbürgers und übertrugen 1801 diese Dispensationsbefugniss dem Kleinen Rath. Ferners dispensirten sie mehrmals bei Verehlichungen in verbotenen Verwandtschaftsgraden.

Dieses sind im Wesentlichen die Gesetze und Dekrete circa Sacra und in Matrimonialsachen, welche in den Kantonen Bellinzona und Lugano während der Herrschaft der helvetischen Republik in Kraft und Anwendung getreten waren.

§. 2. Unter der Mediationsverfassung.

Bei dem Uebergang in die Mediationsverfassung im Jahre 1803, nach welcher der neuentstandene Kanton Tessin, zum ersten Mal die acht alten Vogteien in ein Ganzes vereinigend, den achtzehnten Freistaat in der Reihenfolge der Kantone der schweizerischen Eidgenossenschaft bildete, wurden die frühern, vor der Revolution gültigen Gesetze, Statute, Uebungen und Gewohnheiten, also auch diejenigen in kirchlichen Dingen durch Dekret des Grossen Rathes vom 16. Juni 1803 einstweilen und bis zu gesetzlicher Abänderung beibehalten und in Kraft bestehend erklärt.

Die Regierung des neuen Freistaates war indessen innigst überzeugt, dass, wenn ein von Natur aus begabtes, braves und frommes, aber durch ein dreihundertjähriges Landvogteiregi-

ment politisch und ökonomisch verwahrlostes, sowie durch ausländische, unter monarchischen Einflüssen ernannte und in gleichem Geiste wirkende Kirchenvorstände nachlässig pastoriertes Volk — gehoben und zu einem schweizerisch republikanischen umgestaltet und erzogen werden soll, solches nur Hand in Hand mit der Kirche und einer, selbst in republikanischem Geist erzogenen und unter einem einheimischen, vaterländisch gesinnten Bischof stehenden Landesgeistlichkeit geschehen könne. Sie liess daher schon an der Tagsatzung vom Dezember 1803 durch den Landammann der Schweiz den dringenden Wunsch für Lostrennung des Tessins von den Diöcesen Como und Mailand aussprechen *).

Die Tagsatzung erachtete sich pflichtig und kompetent, die Frage der Reorganisation der schweizerischen Bisthumsverhältnisse an die Hand zu nehmen. Eine solche war schon in Folge des Regensburger Hauptdeputationsschlusses vom 25. Februar 1803 (Art. 5) wegen der Territorialveränderungen, welche sich in den Besitzungen der Bisthümer Basel, Constanz und Chur ergeben hatten, schlechterdings nothwendig geworden. Die Tagsatzung setzte zu diesem Zwecke am 15. Juli eine Kommission nieder, die schon unterm 7. September ihren Bericht erstattete. In Bezug auf die von der tessinischen Gesandtschaft angeregte Trennungsfrage wurde in diesem Kommissionsbericht speziell und wörtlich bemerkt: «dass ein Theil von Tessin und ein kleiner Theil des Kantons Graubünden in die Diocese des Erzbischofs von Mailand und des Bischofs von Como ge-

*) Das Königreich Italien bestand aus dem Mailändischen, dem Venetianischen, dem Herzogthum Mantua und den römischen Legationen.

Rom mit dem so geheissenen Patrimonium St. Petri, Toskana, Lucca, Parma, Genua und Piemont gehörten zum französischen Kaiserreich.

Das Königreich Neapel war an Murat gefallen und die Inseln Sardinien und Sizilien waren im Besitz ihrer legitimen Herrscher geblieben.

hören. Wenn, wie es allerdings nothwendig zu sein scheint, eine neue Diöcesaneintheilung in der Schweiz gemacht werden soll, so wäre sehr zu wünschen, dass auch auf diesen Umstand besondere Rücksicht genommen werde.»

Die Berathung über die Regulirung der schweizerischen Bisthumsverhältnisse in der Tagsatzung von 1803 führte zu einer Einladung an die Kantone, ihren Gesandtschaften auf das nachfolgende Jahr angemessene Instruktion zu ertheilen. Die katholischen Stände wurden insbesondere ersucht, sich vor Allem unter einander über den Gegenstand freundschaftlich vorzuberathen, der Landammann der Schweiz selbst aber ward angewiesen, auf Alles, was in Hinsicht der kirchlichen Einrichtungen und in Hinsicht eines Konkordats mit dem römischen Stuhle vorgehe, ein wachsames Auge zu haben und die Kantone von Allem, was sie interessiren möchte, unterrichtet zu erhalten.

Die Tagsatzung von 1804 lud hierauf am 10. Juli die Gesandtschaften der katholischen Stände ein, über die Reorganisation und Errichtung der schweizerischen Bisthümer in besondere Berathung zu treten. Als aber die katholischen und paritätischen Stände fanden, dass der Augenblick für die Behandlung dieser Angelegenheit nicht günstig und dass es zweckmässiger sei, die neuen Diöcesaneinrichtungen in Deutschland abzuwarten, beschloss die Tagsatzung am 13. Juli 1804, den Gegenstand einstweilen auf sich beruhen zu lassen.

Der neue Landammann der Schweiz Glutz-Ruchti von Solothurn liess jedoch die Sache nicht ruhen. Mit Kreisschreiben vom 12. Februar 1805 beregte er sie von Neuem und frug die Stände an, ob nicht in Betreff einer zweckmässigen Eintheilung der bischöflichen Sprengel ein vortheilhaftes Einverständniss unter den Kantonen erzielt werden könne und ob eine solche Eintheilung nicht vor Allem auf dem Grundsatz

einer vollkommenen Unabhängigkeit der Schweiz von aller auswärtigen bischöflichen und erzbischoflichen Gewalt beruhen sollte.

Wieder war es der Kanton Tessin, der dieser neuen Anregung sofort Folge gab. Schon am 18. März machte die Regierung dem Grossen Rath die nöthigen Vorlagen und dieser fasste dann am 20. Mai 1805 den Beschluss:

«§. 1. Der Kanton Tessin bietet Hand zu Vereinbarung eines Konkordats mit dem heil. Stuhl zu dem Zwecke, um die schweizerische katholische Kirche jeder fremden geistlichen Gerichtsbarkeit zu entziehen.

§. 2. Es soll zu diesem Behufe der gegenwärtige sehr günstige Augenblick benutzt werden.

§. 3. Der Kanton Tessin gedenkt ein eigenes Bisthum mit eigenem Bischof und Priesterseminar zu errichten.»

«Lostrennung des Kantons von den ausländischen Diöcesen, also heisst es im tessinischen Grossrathsdekret vom 20. Mai 1805, das ist der einstimmige Wunsch aller Volksvertreter, sowie des Volkes selbst, denn die natürlichen, politischen und moralischen Bedürfnisse des Landes heischen gebieterisch, dass die Landesgrenzen auch die Grenzen der geistlichen Gerichtsbarkeit bilden.»

Die Tagsatzung von 1805 wies hierauf die Angelegenheit neuerdings an eine Conferenz der katholischen und paritätischen Kantone zur Vorprüfung. Auf den Antrag derselben wurde am 13. Juli der Landammann der Schweiz angewiesen, in schicklichem Zeitpunkt sowohl mit dem päpstlichen Stuhle, als mit den auswärtigen Bischöfen, welche über Theile der Schweiz die Seelsorge ausüben, Unterhandlungen über Diöcesanverhältnisse anzuknüpfen und nach angeknüpfter Unterhandlung durch einen Kongress der Abgeordneten sämtlicher Diöcesanstände

auf das Fundament der Trennung von der auswärtigen bischöflichen Jurisdiktion den Entwurf zu einem Konkordat unter diesen Kantonen über eine zweckmässigere Eintheilung und Dotation der Bisthümer in der Schweiz, den Rechten der übrigen Kantone unbeschadet, — abzufassen. Der Landammann der Schweiz würde den erwähnten Kongress selbst präsidiren oder dann im Verhinderungsfall durch einen unter den gewählten Deputirten bezeichneten Stellvertreter präsidiren lassen.

Durch ein vom 14. April 1806 datirtes Kreisschreiben zeigte der Landammann der Schweiz den Ständen an, jeder Schritt zur Anbahnung einer Unterhandlung mit dem apostolischen Stuhl wegen der beabsichtigten neuen Eintheilung der bischöflichen Sprengel in der Schweiz sei unter den obwaltenden Umständen unmöglich und ohne ein besonderes Ansuchen von Seite des einen oder andern betheiligten Kantons werde dieser wichtige Gegenstand daher schwerlich längere Verhandlungen der Tagsatzung veranlassen.

Unter solchen Umständen wagte es Tessin nicht, seine Trennungsfrage vor der Hand weiter im Schoosse der Tagsatzung zur Sprache zu bringen. In der That war auch die Zeit der Napoleonischen Kirchensynoden von Lyon und Paris und der Gefangenhaltung des Papstes in letzterer Stadt nicht sehr zu Unterhandlungen mit dem römischen Stuhl über schweizerische Bisthumsverhältnisse geeignet. Die Tagsatzung musste sich daher während der ganzen übrigen Dauer der Mediationsperiode darauf beschränken, in einer Reihe von Verhandlungen über die im Ausland liegenden Güter und Kapitalien, welche schweizerischen Stiftungen, Klöstern oder Korporationen angehörten und von auswärtigen Regierungen sequestrirt oder inkamerirt worden waren, den Art. 5 des Regensburger

Reichsdeputationsrecesses in Ausführung zu bringen. Da diese Verhandlungen ein lehrreiches Interesse für die im Wurf liegende Frage gewähren, so werden wir weiter unten auf dieselben zurückkommen.

Aus dieser Epoche erwähnen wir nur noch des tessinischen Gesetzes vom 21. Mai 1810 über die Placetirung der Pfarrwahlen. Nach diesem Gesetz konnte kein Erzpriester, Probst, Chorherr, Pfarrer oder ein anderer die Seelsorge ausübender Benefiziat seine Pfründe antreten, ohne vorher das Placet der Regierung erhalten zu haben. Für die Ausfertigung des Placet musste eine Kanzleitaxe nach vorgeschriebenem Tarif entrichtet werden.

§. 3. Unter der Bundesakte von 1815.

«Eine veränderte Haltung nahm die Tagsatzung der Restaurationsperiode in den schweizerischen Bisthumsfragen ein. Während in der Mediationszeit die Bisthumsangelegenheit als eine gemeineidgenössische an die Hand genommen ward, wurde mit dem Eintritte der Restauration der entgegengesetzte Pfad eingeschlagen. Die Kantone traten diesfalls in direkte Unterhandlungen sowohl unter sich, als mit dem päpstlichen Nuntius und dem heiligen Stuhle ein. Die Folge war eine bedauerliche Rivalität unter den Kantonen in Beziehung auf die Bischofssitze und ein Verschwinden jeder gemeinsamen Bestrebung und Haltung gegenüber der Kirchengewalt. Die Idee eines einheitlichen Nationalbisthums wurde von einigen Kantonen noch eine Zeit lang festgehalten, gieng aber durch das Vorschreiten der andern in der Gründung oder Duldung von Separatbisthümern bald unter *).»

Was blieb unter solchen Verhältnissen dem Kanton Tessin Anderes übrig, als sich mit seiner Trennungsangelegenheit unmittelbar nach Rom zu wenden. Die tessinische Regierung,

*) M. s. Amtsbericht des Bundesrathes über das Jahr 1856.

die Beförderung des Bischofs Rovelli von Como auf den erzbischöflichen Stuhl von Mailand benützend, that dieses mittelst ehrerbietiger Zuschrift an den h. Vater Pabst Pius VII, datirt Bellinzona, 24. Nov. 1815. Sie rechtfertigte das Trennungsgesuch mit der starken Bevölkerung des Kantons, seinen weitgesprengten Grenzen, der Schwierigkeit und Kostspieligkeit der Reisen der tessinischen Bisthumsangehörigen nach Mailand und nach Como in kirchlichen Angelegenheiten u. s. w. Wenn die Regierung auch diesmal die Absicht äusserte, ein eigenes Bisthum zu errichten, so ging sie, wie früher, von der Voraussetzung aus, dass alle Güter, Paläste und Einkünfte, welche der Bischof von Como im Kanton Tessin besitzt, ausschliesslich zur Dotirung des neuen tessinischen Bisthums verwendet werden können *).

Als Cardinal Mattei den Empfang dieser Zuschrift unterm 5. Dezember 1815 zwar mit der Versicherung bescheinigte, der h. Vater habe das Gesuch nicht nur sehr wohlwollend aufgenommen, sondern ihn auch angewiesen, den Gesuchstellern mitzutheilen, dass dasselbe in gebührende Erwägung gezogen werden soll, — eine einlässliche Antwort in Sachen aber nicht erfolgen wollte, so brachte die tessinische Regierung mittelst Zuschriften vom 4. August und 27. Oktober 1819 ihr Gesuch zu Rom in Erinnerung. Es geschah dies um so eher, als inzwischen der Bischof Rovelli, welcher die Wahl zum Erzbischof in Mailand ausgeschlagen, auf das Bisthum Como resignirt hatte. Die Regierung wendete sich aber auch gleichzeitig (27. Oktober) an den Vorort und bat denselben um geeignete Verwendungen in Rom und Wien behufs Dotirung eines neuen

*) „I mezzi non mancheranno, mentre si potrebbero applicare al nuovo vescovato i beni di cospicuo valore, e considerevole rendita situati nel Cantone insieme con alcuni Palazzi per l'abitazione ed in oggi adetti alla Mensa vescovile di Como.“

tessinischen Bisthums aus den dem Bischof von Como zuständigen Gütern im Kanton Tessin.

Um den damals sich erneuernden schrankenlosen Begehrlichkeiten des Klerus für Wiederherstellung der geistlichen Immunitäten, der Beseitigung aller und jeder Staatsaufsicht in kirchlichen Dingen — entgegenzutreten, legte der Staatsrath mit Botschaft vom 4. Juli 1819 dem Grossen Rathe den Entwurf eines Gesetzes über die Rechte des Staates in kirchlichen Dingen vor. Verfasser des Entwurfs war der bekannte, allgemein verehrte D'Alberti von Olivone, damals Staatsschreiber und bis 1835 Mitglied des tessinischen Staatsraths. Unter der Erklärung, man wolle über die im Gesetzesentwurf angeregten Punkte mit dem päpstlichen Stuhl ein Konkordat abschliessen und um in die begonnene Verhandlung für Trennung des Kantons von dem lombardischen Bisthum keine Störung zu bringen, wurde in die Berathung jenes Gesetzesentwurfs nicht eingetreten *).

Bei der im Laufe des Jahres 1819 erfolgten Sedisvakanz des Bisthums Como ordnete die Tessiner Regierung zugleich eine Interimsverwaltung über die in ihrem Kanton liegenden bischöflichen Güter an. Sie ahmte hierin nur das Recht und die Uebung mancher Staaten, namentlich der Regierung des benachbarten Königreichs Sardinien nach, welche seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, so oft die, — Sprengel- und Vermögens- theile in Piemont besitzenden Bisthümer Mailand, Pavia und Piacenza, sei es durch Tod oder Resignation, ledig wurden, die Güter und Einkünfte derselben während der ganzen Sedisvakanz unter eigene, sardinische Verwaltung (*economato generale*) stellte **).

*) M. s. Svizzera Italiana Vol. II. P. 2. p. 51 ff.

**) Vacando pertanto o per morte o per rassegna alcuno dei suddetti Benefizi (vescovili di Milano, Pavia e Piacenza) aventi beni e rendite nelle terre smembrate, l'Economato generale (di Torino) ne prende immediato possesso,

Auffallender Weise führte das mailändische Gubernium Beschwerde über die tessinische Interimsverwaltung in Wien, was eine Note des Fürsten Metternich an den schweizerischen Vorort zur Folge hatte, worin die unverweilte Aufhebung der von Tessin eingesetzten Zwischenverwaltung der bischöflich Como'schen Güter unter Verwahrung gegen jeden Schaden verlangt ward.

Auf die Erlasse der tessinischen Regierung vom 4. August und 27. Oktober antwortete der Vorort, dass, so sehr er gewünscht hätte, dem Stande Tessin in dieser Angelegenheit behülflich zu sein, es ihm darum nicht möglich erscheine, weil die Unterstützung dieser tessinischen Ansprüche ihn in den Fall setzen würde, gegen den k. k. Hof gerade das Gegentheil derjenigen Grundsätze aufzustellen, die in dem Inkamerationsgeschäfte zwischen dem Bisthum Chur und dem k. k. Hofe schweizerischer Seits fortdauernd verfochten worden seien. Eine vorgreifliche Verwendung des schweizerischen Geschäftsträgers in Wien, an den sich Tessin ebenfalls und zwar unmittelbar gewendet hatte, wurde desshalb vom Vororte desavouirt.

Der vorörtlichen Antwort folgte diejenige des Kardinals Consalvi vom 1. Dezember 1819 nach. In dieser bemerkte der päpstliche Staatssekretär, der h. Vater sei fortwährend günstig für Errichtung eines tessinischen Bisthums gestimmt; allein der Kanton habe vor Allem auf eine angemessene Dotation der bischöflichen Mensa, des Domkapitels und eines Priesterseminars Bedacht zu nehmen, und zwar ohne allzu empfindliche

li amministra e consegna al Successore integralmente i frutti tutti percetti durante la vacanza, dedotte solo le spese di amministrazione, semprecchè il provisto faccia constare di aver preso il debito possesso del suo beneficio ed ottenga dall' Ecconomo generale di Torino il Decreto di rilascio e di amozione della mano Regia.“ M. s. Dispaccio del Ministero degli Affari esteri di S. M. del Rè di Sardegna in Data 6 febbrajo 1856.

Beeinträchtigung der Temporalien der Diöcesen Mailand und Como, deren Vorstände durch die Ablösung Tessins von ihren Sprengeln ohnehin an Gebiet und geistlicher Jurisdiktion einbüßen werden. Bei der Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhls von Como werde übrigens der h. Vater im Hinblick auf das pendente Trennungsgesuch von Tessin diejenigen Vorbehalte, die er für zweckmässig erachte, anzubringen besorgt sein *). Se. Heiligkeit nehme mit Wohlwollen das Anerbieten Tessins, mit dem päpstlichen Stuhl in Unterhandlung zu treten, an und sie habe bereits ihren Nuntius in der Schweiz, Msgr. Nasalli, mit Führung desselben beauftragt.

Im Verlauf der zwischen dem Vorort und Oesterreich gepflogenen Korrespondenz, in Folge welcher auffallender Weise Tessin seine interimistische Verwaltung rückgängig zu machen genöthigt wurde, berichtete der schweizerische Geschäftsträger in Wien dem Vorort am 8. Juni 1820 unter Anderm, was folgt:

«Was.. den von Tessin geäußerten Wunsch, ein eigenes Kantonalbisthum zu errichten und zu dessen Dotirung die dem Bisthum von Como gehörigen, in dem Kanton gelegenen Güter zu verwenden, betreffe, so gehe der deswegen von der obersten Hofkanzlei an Se. Majestät erstattete Vortrag dahin: dass zwar nach den aufgestellten Grundsätzen dem Wunsche des Kantons Tessin, sich in Hinsicht der geistlichen Jurisdiktion von dem Einflusse eines in einem fremden Staate residirenden Bischofs zu purifiziren, nichts entgegen-

*) „Voglio sperare che la dilazione non sia per essere ben lunga, ma se mai in questo frattempo si dovesse procedere alla nuova provvista della Chiesa di Como, sarà cura del Santo Padre il cautelarsi con quelle riserve che giudicherà convenienti.“

stehe, wie solches auch schon von Seite mehrerer Nachbarstaaten geschehen sei. Was aber die Abtretung der dem Bisthum Como kanonisch zugewiesenen Güter betreffe, so könne auf selbe um so weniger eingegangen werden, als in allen jenen Fällen, wo die bischöfliche Jurisdiktion österreichischer Bischöfe in fremden Staaten aufgehoben und dortländischen Bischöfen zugewiesen worden sei, jederzeit durch Staatsverträge das kanonische Eigenthum der vorigen Diöcesanen diesen vorbehalten und zugesichert worden sei, welcher Grundsatz noch neuerlich durch die Verhandlungen bestätigt wurde, die hinsichtlich der Jurisdiktion des Bisthums Pavia auf abgerissene Theile der königlich sardinischen Staaten gepflogen worden seien, worin die dem Bischöfe von Pavia zuständigen, in den sardinischen Staaten gelegenen Güter frei vorbehalten werden.»

Am 25. Oktober 1820 berichtete der schweizerische Geschäftsträger neuerdings an den Vorort, er habe von der Direktion der Hof- und Staatskanzlei die Anzeige erhalten: «dass, da jeder freie Staat das Recht habe, sein Gebiet einer auswärtigen Episkopaljurisdiktion zu entziehen, S. M. der Kaiser weit entfernt sei, der Regierung von Tessin das Recht, ein neues Bisthum zu errichten, streitig zu machen; was aber die Einkünfte des Bisthums Como, im Kanton Tessin gelegen, betreffe, so liege in den allgemein anerkannten staatsrechtlichen Grundsätzen, dass bei Abtretung von Diöcesanparzellen die betreffenden Bisthümer, Kapitel, geistlichen Korporationen und Stiftungen fortwährend in vollem Besitz und Eigenthumsrecht, sowie im Genuss der daher fließenden Einkünfte, in dem abgetretenen Theile liegend, verbleiben.»

Bei der Mittheilung dieses Schreibens an die Regierung von Tessin bemerkte der Vorort: «er beschränke sich hinsicht-

lich der darin ausgesprochenen ganz ungewöhnlichen Rechtsansichten auf die Bemerkung, dass es wenigstens schwer wäre, ein dieselben bestätigendes Beispiel aufzufinden, während hinwieder gerade das Gegentheil beweisende Beispiele zur Genüge vorhanden seien.»

Der Nachfolger des Bischofs Rovelli, Johann Baptist Castelnovo, gewählt am 8. April und inthronisirt am 13. Mai 1821, erlebte indessen keine Dismembrirung seiner Diöcese. Während seiner ganzen Regierung that die Trennungsfrage keinen Schritt vorwärts. Erst nach dem Tode Castelnovo's, der am 23. Dezember 1831 erfolgte, setzte die tessinische Regierung, — diesmal wesentlich auf Antrieb der Geistlichkeit, ihre Verwendungen um Lostrennung Tessins von den Diöcesen Mailand und Como fort. Eine von einem tessinischen Geistlichen mit grosser Sachkenntniss geschriebene und 1832 veröffentlichte Schrift: «Al Clero Ticinese per l'elezione del Vescovo Diocesano» — gerichtet — unterstützte kräftig die neuen sachbezüglichen Beschlüsse und Verwendungen des Grossen und des Staatsraths. Bei der Wiederwahl des Msgr. Romanò zum Bischof von Como wurde zwar in der betreffenden Bulle der Vorbehalt wegen Abtrennung der tessinischen Gebietstheile erneuert, Weiteres aber nicht erzielt. Die tessinische Geistlichkeit glaubte nun im Jahre 1833 durch eine direkte Abordnung aus ihrer Mitte nach Rom die Angelegenheit dem lang ersehnten Ziele näher führen zu können. Den guten mündlichen Verheissungen, welche die mit Vollmachten der Regierung versehenen Abgeordneten dort erhielten, folgte am 21. September des Jahres die an den Vortort gerichtete schriftliche Mittheilung des Staatssekretärs Cardinal Bernetti, dahingehend: Se. Heiligkeit, die von Pius VII für Bildung eines tessinischen Bisthums gegebenen Zusicherungen bestätigend und nur eine genügende Dotirung desselben verlangend, habe dem Staatssekretär befohlen, der k. k. Ge-

sandtschaft in Rom seine Geneigtheit, das Gesuch der h. Regierung von Tessin unter genannter Bedingung günstig aufzunehmen, zu erkennen zu geben. In Erwiderung auf diese Mittheilung habe der Hr. Gesandte im Namen seines k. k. Hofes erklärt, dass nach der Ansicht Sr. k. k. apostolischen Majestät es im Interesse Tessins selbst liegen dürfte, in kirchlicher Beziehung mit den Sprengeln Mailand und Como verbunden zu bleiben, dass aber Se. Majestät dessenungeachtet dieses gänzlich der Weisheit der tessinischen Regierung überlassen zu müssen glaube, hiebei jedoch darauf aufmerksam mache, dass die den Bisthümern, Kapiteln und andern religiösen Korporationen zustehenden Güter und Einkünfte Eigenthum dieser Besitzer bleiben müssen, wenn sie schon in den loszutrennenden Theilen der Sprengel gelegen seien.

Eine Beschwerdeschrift, welche die Regierung von Tessin am 28. November 1833 an den k. k. Staatskanzler betreffend den Ausschluss tessinischer Geistlicher von den kirchlichen Dignitäten und Benefizien in den Bisthümern Mailand und Como überlassen hatte, beantwortete der k. k. Gesandte in der Schweiz unter Rechtfertigung des diesfälligen Verfahrens neben Anderm damit, dass auch tessinische Geistliche in dem Sprengel von Como angestellt werden können, wenn sie durch zehnjährigen Aufenthalt im Königreich oder durch die Gnade seiner Majestät nach den kaiserlichen Dekreten von 1710, 1771 und 1795 das österreichische Indigenat erworben haben.

Im Jahre 1841 beschloss zwar der Grosse Rath des Kantons Tessin abermals die Betreibung der Lostrennung; allein die bald darauf erfolgenden Parteireibungen im Kanton, die Kriegereignisse im Vaterland und in Italien, sowie deren Rückwirkungen auf Tessin, erlaubten um so weniger ein kräftiges Vorschreiten in der Trennungsangelegenheit, als gegenüber den vom römischen Hof an die Errichtung eines eignen

Bisthums geknüpften Bedingungen einer-, und den von Oesterreich für die Abkurung hinsichtlich der Temporalien aufgestellten Grundsätzen anderseits, die Ueberzeugung, dass Tessin kein eigenes Bisthum zu errichten im Stande, vielmehr genöthigt sein werde, sich an ein schon bestehendes schweizerisches Bisthum anzuschliessen, von Jahr zu Jahr allgemeiner wurde.

§. 4. Unter der Bundesverfassung von 1848.

Bevor wir die Schritte berühren, welche von den tessinischen Behörden unter der Herrschaft der neuen Bundesverfassung für die Trennung gethan worden, sollen wir der Adresse erwähnen, welche die HH. Erzpriester Luigi Amadio und Pfarrer P. J. Maria Bossi, als Bevollmächtigte des tessinischen Klerus nach Rom abgeordnet, unterm 16. September 1853 an den h. Vater erlassen haben. In derselben verlangen die Abgeordneten die Trennung, weil Oesterreich die alten Bande, welche Tessin mit dem Bisthum Como vereinigte, gelöst habe, indem: a) keine tessinischen Priester mehr zu den kirchlichen Benefizien in der Lombardei zugelassen, b) dieselben von den verschiedenen Dignitäten des General-Vikariats, des Kanonikats u. s. w. ausgeschlossen seien und also c) noch viel weniger zur Würde des Bischofs, wie früher, gelangen könnten. Es beehrten die Petenten sofort, bis diese Trennung ausgesprochen und durchgeführt sei: 1) Wiedereinsetzung der tessinischen Priester in das alte Recht des Empfangs und Besitzes von Pfründen in der ganzen Diöcese von Como, inbegriffen die Dignitäten und Benefizien des Domkapitels und der bischöflichen Curia; 2) die Administration sämmtlicher zur Dotation der bischöflichen Mensa gehörigen im Kanton Tessin liegenden Güter während der Sedisvakanz und 3) das passive Wahlrecht für den tessinischen Klerus bei Bischofsernennungen nach Inhalt der von der Kantonsregierung an den Fürsten Staatskanzler von Metternich gerichteten Note vom 3. Juli 1833.

Am 3. März 1855 erklärte der tessinische Grosse Rath durch Beschluss: 1) Es sei sein fester Wille, den Kanton Tessin von den Diöcesen Mailand und Como zu trennen und mit einem der schweizerischen Bisthümer Chur oder Solothurn zu vereinigen. 2) Der Staatsrath sei beauftragt, die nöthigen Schritte zu thun sowohl bei dem h. Stuhl, als bei dem kaiserlich österreichischen Hofe in Bezug auf die Güter der bischöflichen Tafel und bei einem der schweizerischen Bischöfe in Beziehung auf die Vereinigung des Kantons Tessin mit seiner Diöcese.

Im Mai darauf (24.) erliess der Grosse Rath ein Gesetz über die Rechte des Staates in kirchlichen Dingen, gestützt auf einen Entwurf, wie solcher in der Wesenheit schon vom Staatsrath des Jahres 1819 dem Grossen Rathe vorgelegt, aber nicht durchberathen worden war. In diesem Gesetz werden unter Anderm der Staatshoheit das Exequatur für kirchliche Erlasse, das Placet bei Pfarrwahlen und die Suspension, beziehungsweise die Zurückziehung des Placet, sowie den Pfarrgemeinden die Collatur ihrer Pfründen, und das Recht der Entlassung ihrer Geistlichen unter gewissen gesetzlichen Bedingungen zugesichert. Gegen dieses Gesetz reichten Delegirte der Geistlichkeit Vorstellungen bei dem Grossen Rathe ein. Dieser liess dieselben durch eine Kommission prüfen und schritt am 16. Juni darüber zur Tagesordnung. Am 3. September erneuerte eine Abordnung von Geistlichen beim Staatsrath das Gesuch um Suspendirung des Gesetzes, und verband damit die Bitte um Abschliessung eines Konkordates mit dem h. Stuhl sowie um Anbahnung von Unterhandlungen in Betreff der Errichtung eines tessinischen Bisthums. Die Behörde erledigte diese erneuerte Petition am 27. Mai 1856 mit 74 gegen 12 Stimmen mit dem Beschluss: «Jede Berathung über die Petition der Geistlichkeit vom 3. September v. J. wird so

lange versagt, bis die Trennung von den lombardischen Diöcesen eine Thatsache ist.»

In Vollziehung des grossrätlichen Märzbeschlusses richtete der tessinische Staatsrath am 21. Dezember 1855 an den schweizerischen Bundesrath eine Denkschrift, in welcher er die Veranlassung und Gründe der Schlussnahme auseinandersetzte und die Bundesbehörde um die Anhandnahme der geeigneten Unterhandlungen ersuchte. Eingaben vom 21. Februar und 3. März 1856, im Namen «der tessinischen Geistlichkeit» an den Bundesrath gesendet, wiederholten im Wesentlichen die an den tessinischen Grossen Rath gemachten Vorstellungen und suchten darzuthun, dass Volk und Geistlichkeit im Kanton Tessin für ein eigenes Bisthum und gegen den Anschluss Tessins an eine schweizerische Diöcese sich aussprechen. Diesen Behauptungen trat der Staatsrath in seiner Zuschrift an den Bundesrath vom 12. April 1856 einlässlich entgegen.

Mittelst Zuschrift vom 4. Januar 1856 wandte sich auch der Kleine Rath des Kantons Graubünden an den Bundesrath und gab Kenntniss von seinen bisherigen Schritten um Lostrennung seiner Gemeinden Puschlav und Brüs von dem comasker Bisthumsverbande, wozu der Grosse Rath bereits im Jahr 1853 den Auftrag ertheilt hatte, die Erklärung abgebend, dass er sich in Bezug auf sein Gebiet den Bestrebungen des Kantons Tessin vollständig anschliesse.

Der Bundesrath hielt sich für verpflichtet, wie berechtigt, die wichtige Angelegenheit an die Hand zu nehmen. Derselbe suchte zuerst in einer Note an den päpstlichen Geschäftsträger in der Schweiz vom 19. März 1856 den Versuch einer Vereinbarung mit dem heiligen Stuhl einzuleiten, um, wenn dieser gelungen, dann auch mit der lombardischen Regierung, so weit diese in Beziehung auf die Temporalien bei der Frage betheiligt erscheint, in Verhandlungen zu treten.

In der eben erwähnten Note bemerkt unter Anderm der Bundesrath: «Im Hinblicke auf die schon mehr als fünfzig Jahre unerfüllt gebliebenen Wünsche des Kantons Tessin, und da voraussichtlich die gewünschten Unterhandlungen wieder längere Zeit in Anspruch nehmen werden, weil bei wiederbesetztem bischöflichen Stuhle die Verhandlungen sich nur schwieriger gestalten, dürfte es, nach der Ansicht des Bundesraths, am zweckmässigsten sein, wenn schon jetzt der Kanton Tessin von den bisherigen Diöcesen losgetrennt und unter ein Generalvikariat gestellt würde. Es könnte alsdann die Vereinigung jener Gebietstheile mit einem bischöflichen Sprengel mit Musse erdauert, es könnte namentlich auch die Verlegung eines bischöflichen Seminars nach Polleggio oder Askona in Erwägung gezogen werden, wodurch dann die bisherigen Reklamationen in Beziehung auf jene Institute gleichfalls ihre befriedigende Erledigung finden würden; es könnten endlich während des Generalvikariats auch die übrigen Punkte, die sich namentlich auf die Temporalien beziehen, zum Abschlusse gebracht werden.» Schliesslich ward die Hoffnung ausgesprochen, dass das Gesuch um Aufstellung eines Generalvikariats für Tessin und die Anhandnahme von Unterhandlungen für Lostrennung desselben vom lombardischen Bisthumsverband bei dem hl. Stuhle eine gute Aufnahme finden möge, «indem sonst durch ein entgegenstehendes Verfahren die schweizerischen Behörden genöthigt würden, die Frage in ernstliche Erwägung zu ziehen, ob nicht faktisch die Lostrennung aller schweizerischen Gebietstheile von der auswärtigen bischöflichen Jurisdiktion ausgesprochen werden soll.»

Hierauf antwortete der päpstliche Geschäftsträger vorläufig unterm 31. März und nach in Rom eingeholten Instruktionen unterm 11. Juli 1856 im Wesentlichen, was folgt:

Der heil. Stuhl habe sich dem mehrmals wiederholten

Gesuch um Trennung des Kantons Tessin von den Diöcesen Mailand und Como stets geneigt und willfährig gezeigt in der Voraussetzung, dass vor aller Eröffnung diesfälliger Unterhandlungen die von demselben aufgestellten nothwendigen Bedingungen vorläufig erfüllt werden. Diese Bedingungen bestünden darin, dass die der Kirche gegenüber in permanenter Feindschaft befindliche Regierung des Kantons Tessin, wenn sie wolle, dass förmliche Unterhandlungen zum Zweck der Trennung angebahnt werden, nothwendig und vor Allem ihren guten Willen gegen die katholische Kirche an den Tag lege. Dieses geschehe, wenn sie wenigstens die der Kirche feindseligen Gesetze suspendire, die unbotmässigen Priester zum kirchlichen Gehorsam zurückzukehren veranlasse und endlich diejenigen Geistlichen, welche in ihren kirchlichen Verrichtungen eingestellt worden seien, ihrer freien Wirksamkeit wieder zurückgebe. Im Uebrigen beharre der hl. Stuhl auf der Errichtung eines tessinischen Bisthums und könne zu einem Anschlusse Tessins an ein benachbartes schweizerisches Bisthum seine Genehmigung nicht geben. Was die Ablösung von Puschlav und Brüs von Como und deren Vereinigung mit dem Bisthum Chur anbelange, so seien die genannten Kirchgemeinden der von der graubündner'schen Regierung verlangten Trennung abgeneigt. Hier könnten daher nur entschiedene, die Nachtheile der Separation ausgleichende Vortheile, sowie die Einwilligung der zunächst Betheiligten den heil. Stuhl bewegen, die begehrte Lostrennung zu genehmigen.

Der Bundesrath theilte diese Antworten den Regierungen von Tessin und Graubünden mit, um ihre weitem Erklärungen entgegenzunehmen. Der Staatsrath von Tessin erwiderte am 15. April und 29. Juli, unter Zurückweisung der ihm von dem päpstlichen Geschäftsträger gemachten Zulagen wegen kirchen-

feindlicher Tendenzen, mit der Erklärung, dass, sei einmal die Trennung ausgesprochen — er nicht unabgeneigt sei, zu etwelchen die tessinische Gesetzgebung circa sacra betreffenden Abänderungen Hand zu bieten, und schloss mit dem Verlangen, «dass nunmehr durch ein Bundesgesetz bestimmt werden möge: alle Gerichtsbarkeit ausländischer Bischöfe habe von nun an auf dem ganzen Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft aufzuhören.

Die Bundesversammlung selbst beschloss am 25. Juli 1856 bei Anlass der Prüfung des bundesrätlichen Geschäftsberichts über das Jahr 1855: «Der Bundesrath ist eingeladen, die auf Lostrennung der Kantone Graubünden und Tessin von den Diöcesen Como und Mailand gerichteten Bestrebungen der betreffenden Kantonalbehörden, soweit an ihm, bestmöglich zu unterstützen.»

Eine sich so heissende Centralkommission der tessinischen Geistlichkeit, fürchtend, dass nun die von Tessin so lange angestrebte Trennung durch die gesetzgebenden Räte der Eidgenossenschaft ohne Begrüssung und Zustimmung des päpstlichen Stuhls erkannt und dadurch Veranlassung zu einem Schisma gegeben werde, liess im September 1856 von den Mitgliedern der verschiedenen Landkapitel eine Petition an den Bundesrath mit dem Gesuch unterschreiben, es möchte ja nicht ohne Rom in Sachen vorgeschritten werden.

Als sich im Frühjahr 1857 das Gerücht verbreitete, S. M. der Kaiser von Oesterreich werde nächstens die Wahl des neuen Bischofs von Como vornehmen, verlangte der Bundesrath durch Note vom 15. April vom päpstlichen Geschäftsträger, es möchte der hl. Stuhl die Besetzung des bischöflichen Sitzes von Como verschieben, eventuell aber den ausdrücklichen Vorbehalt der Lostrennung des Kantons Tessin vom comasker Sprengel in die Nominationsbulle aufnehmen. In der Antwort

vom 24. April bestätigte der Hr. Geschäftsträger in scharfer Weise Alles, was er über die Nothwendigkeit der Erfüllung gewisser Vorbedingungen von Seite des Kantons Tessin, namentlich der Suspendirung bestehender Gesetze, in seiner Note vom 11. Juli 1856 geschrieben hatte, im Uebrigen bemerkend, er werde seines Orts das Gesuch um Verschiebung der Wahl des Bischofs von Como, beziehungsweise die Aufnahme eines Vorbehalts in die Ernennungsbulle bei Sr. Heiligkeit angelegentlich befürworten.

Die Regierung von Tessin, welcher der Bundesrath auch von dieser Antwort Kenntniss gegeben hatte, glaubte sich verpflichtet, sich gegen Ton und Inhalt derselben noch energischer aussprechen zu müssen, als sie solches mit Schreiben vom 29. Juli 1856 in Bezug auf die Note des Herrn Geschäftsträgers vom 11. Juli gleichen Jahres gethan hatte.

Die Kommission des Nationalraths, welche 1857 mit Prüfung der bundesräthlichen Amtsverwaltung für das Jahr 1856 beauftragt war, liess über diese Trennungsangelegenheit folgende Stelle in ihren Rapport und zu Protokoll fallen: «Die Kommission, gleichwie sie von der hohen Wichtigkeit der in Frage liegenden Unterhandlungen überzeugt ist, erwartet mit der gleichen Zuversicht, dass der Bundesrath diese Unterhandlungen, namentlich auch in Bezug auf die Temporalien, mit Oesterreich und dem päpstlichen Stuhle eben so umsichtig als energisch fortsetzen und bei diesem Anlasse in Bezug auf die auffallende Sprache, welche sich der päpstliche Geschäftsträger in seiner Antwortnote vom 11. Juli 1856 gegen eine schweizerische Kantonsregierung erlaubt hat, die Stellung der letztern gebührend zu wahren wissen werde. Eine Wiederholung des vorjährigen sachbezüglichen Postulatsbeschlusses der Bundesversammlung finde dieselbe aber um so überflüssiger, als der Bundesrath wohl nur durch die dazwischengetretenen Verwick-

lungen der Neuenburger Frage gehindert worden sei, dieser Angelegenheit im Laufe des Berichtsjahres die verheissene weitere, ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden . . .»

Hierauf liess es der Bundesrath nicht anstehen, die Korrespondenz mit dem päpstlichen Geschäftsträger in Sachen wieder aufzunehmen und brachte mit Note vom 9. Juli 1857, in welcher er die geschäftsträgerlichen Antwortsnoten vom 11. Juli 1856 und 24. April 1857 wiederholt angemessen würdigte und seine früheren Begehren in Erinnerung brachte, die Erwartung aussprechend, dass die Unterhandlung endlich beginnen und er in den Fall kommen möge, der Bundesversammlung über den günstigen Fortgang derselben Bericht zu erstatten. In dieser Note hob der Bundesrath besonders hervor, dass es eine starke Zumuthung an einen unabhängigen Staat sei, die Abänderung seiner Gesetzgebung zu verlangen, bevor man mit ihm in Unterhandlungen trete. Uebrigens habe Tessin erklärt, dass, wenn ihm die Suspension des Gesetzes von 1855 eine Unmöglichkeit sei, es Vorschläge über Modifikationen desselben, wenn solche nicht Hauptpunkte beschlagen, nicht von der Hand weisen werde *).

Nun gab der päpstliche Geschäftsträger unterm 8. August eine vorläufige, den Empfang bescheinigende Antwort und entschuldigte, als er mit Zuschrift des Bundesraths vom 16. Oktober an die Erledigung der Note vom 9. Juli erinnert wurde, das Ausbleiben derselben mit der längern Abwesenheit des hl. Vaters von Rom, insistirte aber in einer Interimsnote vom 27. Oktober auf der Erfüllung der gestellten Vorbedingungen, nament-

*) „Le Conseil fédéral adresse donc la demande pressante, que le S. Siège ne persiste pas à poser cette condition préalable, d'autant plus que le gouvernement du Canton du Tessin a déclaré, que s'il ne pouvait pas suspendre la loi ecclésiastique, il ne se refuserait pas à toute proposition de modification, qui ne porterait pas sur un point essentiel. Le gouvernement sait qu'une négociation entraîne toujours comme conséquence quelque concession, ce qui serait l'affaire des négociations mêmes.“

lich also darauf, dass der Bundesrath die Regierung von Tessin anhalte, die Freiheit der Kirche zu respektiren und das Gesetz über die Rechte des Staates in kirchlichen Dingen vom Mai 1855, wenn nicht förmlich zurückzunehmen, doch faktisch nicht in Vollzug zu setzen.

Hierauf erwiederte der Bundesrath dem Geschäftsträger mit Note vom 30. Oktober: er müsse um so eher auf baldige Erledigung der Sache im Sinne seiner frühern Noten dringen, als er beabsichtige die Angelegenheit mit umfassenden Anträgen an die Bundesversammlung zu bringen. Was die Zumuthung betreffe, dass der Bundesrath die Freiheit des Kultus im Kanton Tessin aufrecht erhalte, so müsse bemerkt werden, dass diese Freiheit, wie sie durch die Bundesverfassung gewährleistet sei, und soweit dieselbe innerhalb dieser Verfassung von Bundeswegen gewahrt werden müsse, wirklich im Kanton Tessin existire und ungestört fortbestehen werde. Wenn hinwieder unter jener Stelle der geschäftsträgerlichen Note gewisse Theile der tessinischen Gesetzgebung oder kirchlichen Disciplinarverhältnisse gemeint sein sollten, so müsse darauf bemerkt werden, dass es nicht in der verfassungsmässigen Stellung des Bundesrathes liege, sei es dem Kanton Tessin, sei es einem andern Kanton irgend welche Weisungen im angetragenen Sinne zugehen zu lassen.

Als das Jahr 1858 und die erste Hälfte des Jahres 1859 abermals in fruchtlosen Korrespondenzen verflossen waren, erliess die Bundesversammlung das bereits im Eingang erwähnte Dekret vom 15/22. Juli 1859 über die Purifikation des schweizerischen Gebiets von jeder auswärtigen kirchlichen Gerichtsbarkeit. Bei näherer Prüfung der sachbezüglichen Verhältnisse ergab es sich, dass dieses Dekret auch Anwendung finden müsse auf die Pfarrgemeinde St. Gingolph im Kanton Wallis, welche, anstatt unter dem Hirtenstabe des einheimischen Bischofs von

Sitten zu stehen, zur Stunde noch unter die auswärtige Jurisdiktion des Bischofs von Annecy gehöre.

Es lud hierauf der Bundesrath den hl. Stuhl neuerdings ein, die Trennungsunterhandlungen eröffnen zu wollen. Nach rascher Beendigung des rasch und Vielen unerwartet begonnenen Kriegs in Italien erfolgte der Allen unerwartete Frieden von Villafranka und die Abtretung der Lombardei mit den Bisthümern Mailand und Como an das Königreich Sardinien.

Schon am 20. November 1859 wandte sich der Bundesrath an den königlich sardinischen Geschäftsträger, um seiner Regierung, welche nun hinsichtlich der Trennungsfrage in die Fussstapfen der k. k. österreichischen getreten war, die Trennung zu empfehlen und dieselbe einzuladen, zu Unterhandlungen behufs Erledigung der Temporalienfrage freundnachbarliche Hand zu bieten.

Auf wiederholte Zuschriften des Bundesrathes antwortete der päpstliche Geschäftsträger endlich mit Note, datirt Luzern den 11. September 1860, im Wesentlichen: Se. Heiligkeit erlaube die Eröffnung von Unterhandlungen in der zuversichtlichen Erwartung, dass es den Bevollmächtigten gelingen werde, einerseits die schweren Hindernisse, welche bisher einem regelmässigen Gang der kirchlichen Verhältnisse im Kanton Tessin in den Weg getreten seien, zu beseitigen, und dass sie anderseits zu einem Uebereinkommen Hand bieten, durch welches alle religiösen Angelegenheiten des Kantons Tessin reglirt werden. Indessen — fügte der päpstliche Geschäftsträger bedenklich und für eine erfolgreiche, beförderliche Unterhandlung von schlimmster Vorbedeutung hinzu — möge der Bundesrath zuerst die Unterhandlungen hinsichtlich der Temporalien beginnen, indem die Liquidation der bisthümlichen Güter der Trennung und Aufstellung einer daherigen kirchlichen Administration vorangehen müsse.

Zweite Abtheilung.

Die Gründe der Trennung.

Wir werden hier zunächst die allgemeinen, hernach die besondern Gründe berühren, welche, einerseits von kirchlichem und kirchenrechtlichem, anderseits von politischem und staatsrechtlichem Gesichtspunkte aus die Trennung Tessins, Puschlavs und Brusios von den lombardischen Bisthümern nicht nur rechtfertigen, sondern als absolut nothwendig erscheinen lassen.

I. Allgemeine kirchenrechtliche Trennungsgründe.

§. 1. Geographische Lage und Ausdehnung der beiden Diöcesen.

In der ersten Abtheilung haben wir die weit gedehnten, umfangreichen Grenzen der Diöcesen Mailand und Como, mit ihren zum Theil auf den Bergen und in den Gebirgsthälern zerstreut liegenden Pfarreien, namentlich in den «ambrosianischen» und «römischen Theilen» des Kantons Tessin, in Kürze angedeutet. Diese eigenthümliche geographische Lage erschwert in ausserordentlicher Weise die oberhirtliche Pastoration und den Verkehr der Geistlichkeit mit den Kirchenvorständen und ihren Curien. Dazu kommt, dass die Priester, die Seminaristen, die Gläubigen von Tessin und des Puschlaver Thales, wenn sie in geistlichen Geschäften, wegen Benefizien, wegen Besuch des Seminars, wegen Dispens etc. nach Como oder Mailand zu reisen genöthigt sind, die erstern eine, die andern zwei Duanenlinien zu überschreiten haben und hier den Formalitäten und Gebühren der lombardischen Polizei und

Zollfinanz ausgesetzt sind. Ein solcher Zustand ist der kanonischen Vorschrift zuwider *).

§. 2. Bevölkerung und Anzahl der Pfarreien.

Zu dieser schwierigen geographischen Lage kömmt in der einen und andern Diöcese die überaus starke Bevölkerung und die grosse Anzahl von Pfarreien.

Die Metropolitan-Diöcese Mailand umfasst 724 Pfarreien mit einer Seelenzahl von 1,053,464; davon entfallen 54 Pfarreien mit 33,490 Seelen auf den Kanton Tessin. Letztere umfassen die 2 Landkapitel Biaska (3 Thäler), Capriaska und das Vikariat Brissago.

Im Jahre 1855 umfasste die comasker Diöcese:

	Pfarreien.	Seelen.	Priester.
In der lombard. Provinz Como	171	128,500	336
» » » » Sondrio	137	108,300	262
In dem Kanton Tessin	183	93,000	319
» » » Graubünden	2	3,200	10

Im Ganzen also 493 Pfarreien mit 333,000 Seelen und 927 Priester.

Die tessinische, unter Como stehende, Geistlichkeit ist in die 8 Landkapitel Mendris, Balerna, Viva S. Vitale, Lugano, Agno, Locarno, Ascona und Bellinzona getheilt.

Nach einer vorhandenen Kirchenvisitationstabelle vom Jahre 1633 waren im römischen Diöcesan-Theil von Tessin nur 52,913 Seelen zu pastoriren.

Von den sieben Suffragan-Bisthümern der Lombardei ist mit Ausnahme desjenigen von Brescia, das übrigens eine weit ebne, also günstigere geographische Lage besitzt, kein ein-

*) „Cavendum, ne sedes episcopales ita disjunctæ et diöceses adeo amplæ atque effusæ sint, ut omnes officii episcopalis partes rite exequi unus nequeat.“ Conf. Sauter fund. jur. eccles. Vol. I. §. 55. Dupin antiquit. eccles. discipl. Tom. I.

ziges so gross, wie das Bisthum Como. Von den eilf venetianischen Bisthümern zählt kein einziges so viele Pfarreien wie der comasker Sprengel. Das Bisthum Padua, welches die meisten Pfarreien umfasst, zählt doch nur 316 Pfarrgemeinden. Das Bisthum Adria hat 78, das von Belluno und Feltré 65, und dasjenige von Chioggia gar nur 43 Pfarreien.

Noch mehr: Von den vier und dreissig Bisthümern des benachbarten Königreichs Sardinien, die sieben Erzbisthümer nicht ausgenommen, zählt kein einziges so viele Pfarrgemeinden, wie das Bisthum Como. Das Bisthum Novara, welches die meisten Pfarreien in sich begreift, hat doch nur 371, (das französich gewordene) Annecy 292, Tortona 272 und die Erzdiöcese Turin nur 258; jedes der übrigen Bisthümer hat weniger Pfarreien. Selbst das Erzbisthum Sassari zählt bloss 33 Pfarreien, und von dessen Suffraganbischöfen hat derjenige von Alghero nur 26, der von Bisarcio 22, der von Rosa 20, der von Tempio 15 und derjenige von Ampurias gar nur 7 Pfarreien oberhirtlich zu verwalten.

Ist es sich zu verwundern, wenn bei solcher Ausdehnung und geographischer Lage, bei dieser Stärke der Bevölkerung und grossen Anzahl von Pfarreien des Bisthums Como seit Jahrhunderten schon ausserordentliche Massregeln für dessen oberhirtliche Pastoration ergriffen werden mussten, zu verwundern, wenn diese Pastoration, solcher Massregeln ungeachtet, in den schweizerischen Gebietstheilen durchschnittlich dennoch eine äusserst vernachlässigte war? Wir haben oben gesehen, wie im Jahre 1569 eine ausserordentliche Kirchenvisitation durch einen päbstlichen Legaten nothwendig erschien; wie von 1582 bis 1592 sogar die 61 Kirchgemeinden von Lokarno und Valmaggia von Como losgetrennt und dem Bisthum Novara behufs besserer Ueberwachung unterstellt wurden, und wie trotz dieser ausserordentlichen Massnahmen einer der thätigsten und

energischsten Bischöfe Como's die ehrliche und unumwundene Erklärung abzugeben sich veranlasst sah, «dass er in demjenigen Theil der Diöcese, welcher zur Schweiz und zu Graubünden gehöre, wenig Hoffnung habe, Gutes wirken zu können.» Diesen Verhältnissen ist es wohl wesentlich zuzuschreiben, wenn in den schweizerischen, fernab und zerstreut in den Gebirgen und Gebirgsthälern liegenden Theilen der beiden lombardischen Bisthümer das Oberhirtenamt im Ganzen nachlässiger verwaltet worden ist, als es unter andern günstigeren Verhältnissen verwaltet worden wäre. Man betrachte den kirchlichen Zustand der Pfarreien in den tessinischen Gemeinden, die Verwaltung der kirchlichen und Benefizialfonds, die zunächst unter geistlicher Controle stand, die durchschnittliche theologische Bildung der Geistlichen, ihre Leistungen auf der Kanzel, in der Schule, in Führung der Geburts-, Ehe- und Todtenregister u. s. w., und stelle Vergleichen mit dem an, was sich mit wenigen Ausnahmen in gleicher Richtung in den schweizerischen Bisthümern vorfindet, und man wird einen bedeutenden Unterschied zu Gunsten der letztern finden. Damit wollen wir der Frömmigkeit und dem Glaubenseifer der tessinischen Geistlichkeit, ihrer lobenswerthen Anhänglichkeit an die Kirche im Mindesten nicht zu nahe treten. Sie besass auch zu allen Zeiten viele Glieder, die durch Wissenschaft und Gelehrsamkeit hervorragten. Unser Tadel gilt wesentlich der Unnatur und Ungunst der sachlichen Verhältnisse, nicht den Personen.

Berühren wir die speziellen Gründe der Trennung weiter und zwar zunächst von dem kirchlichen und kirchenrechtlichen und dann von dem politischen und staatsrechtlichen Standpunkte aus.

II. Besondere Trennungsgründe vom kirchenrechtlichen Standpunkt.

Nachdem wir die allgemeinen Trennungsgründe berührt, so erlaube man uns einige spezielle von dem kirchenrechtlichen Standpunkte aus herauszuheben.

§. 1. Bischöfliche Kirchenvisitation.

Das Concilium von Trident schreibt den Bischöfen von zwei zu zwei Jahren eine Visitation sämtlicher Pfarreien in ihren Sprengeln vor; ja es sind alle und jede Exemtionen und Inhibitionen, die der Ausübung dieser Pflicht und dieses Rechts entgegenstehen oder hinderlich sein könnten, ausdrücklich aufgehoben *). Aus den wenigen Materialien, die wir beibringen konnten (die bischöflichen Archive von Como und Mailand stunden uns nicht zu Gebot), geht hervor, dass von 1569—1798 die Bischöfe Feliciano Ninguarda, Lazzaro Caraffino, Augustin Maria Neuron durchgängige Kirchenvisitationen in Tessin vorgenommen haben. Seit 1798 machten die Bischöfe von Como daselbst drei Generalvisitationen, die erste 1825, die zweite von 1837 bis 1839 und im Jahre 1850, in welchen Jahren auch die heilige Firmung gespendet wurde.

Noch seltener waren die Visitationen, seitdem sie der Erzbischof Carl Borromeo mit besonderm Eifer vorgenommen hat, in dem ambrosianischen Theil von Tessin. Im Laufe des gegenwärtigen Jahrhunderts nahmen die Erzbischöfe von Mailand 1810, 1833 und 1857 in den tessinischen Pfarrgemeinden ihres

*) M. s. Concil. Trident. Sess. XXIV. C. 3. de reform. „Patriarchæ, Prælati, Metropolitani et Episcopi propriam Diœcesin per se ipsos, aut, si legitime impediti fuerint per suum Generalem Vicarium aut Visitatorem si quotannis totam, propter ejus latitudinem, visitare non potuerunt, saltem majorem ejus partem, ita tamen, ut tota biennio per se, vel visitatores suos compleatur, visitare non prætermittant.“ Conf. Can. 4. 12. C. 10. Q. 1. C. 16. C. de off. jud. ord.

Sprengels Kirchenvisitationen vor und ertheilten gleichzeitig die heilige Firmung. Nichts desto weniger gibt es einzelne Gemeinden, welche seit neun und vierzig Jahren von den Oberhirten nie besucht worden sind. Die Klagen des Volks wegen zu seltener und verzögerter Firmelung sind nur zu häufig. Es dürfte vielleicht bezweifelt werden, ob überhaupt diese Oberhirten ihre Heerde im Tessin während eines Jahrhunderts drei Mal besucht hätten, wenn sie nicht wegen Ertheilung des heil. Sacraments der Firmung durch die Kirchengesetze dazu unausweichlich verpflichtet und gezwungen gewesen wären.

§. 2. Wahlrecht und Wahlfähigkeit der Geistlichen.

Die tessinische Geistlichkeit ist des ihr zustehenden aktiven und passiven Wahlrechts in den lombardischen Diöcesen beraubt. Seit 1766 besaßen Oesterreichs Souveräne das Recht, den Erzbischof von Mailand und den Bischof von Como zu wählen, — ein Recht, welches der österreichische Kaiser in dem neuesten Konkordat vom August 1855 keineswegs aufgegeben, sondern sich ausdrücklich vorbehalten hatte. Dadurch sind die Geistlichen der tessinischen Gebietstheile von jeder direkten oder indirekten Mitwirkung hinsichtlich der Wahl des eigenen Bischofs ausgeschlossen, von einem Recht, welches das Domkapitel, dessen Glieder früher ohne Unterschied aus beiden Gebieten genommen worden, im Namen der Geistlichkeit und des in alter Zeit dieses Recht mitbesitzenden Volkes ausgeübt hat.

Ebenso unbillig und uncanonisch war es, dass der tessinische Klerus von jedem Recht und jeder Hoffnung, zum Episkopat zu gelangen und in das Domkapitel gewählt zu werden (*vox passiva*), gänzlich ausgeschlossen wurde, indem sich kein Vorbehalt, keine Gewährleistung zu seinen Gunsten in den österreichischen Konkordaten vorfand. Es war auch nicht zu erwarten, dass der österreichische Kaiser aus einem fremden,

republikanischen Staate Bischöfe und Domherren für die Cathedralkapitel seiner Staaten nehme, selbst wenn das Gesetz bestanden hätte, nach welchem das österreichische Indigenat zur Ernennung für eine Pfründe nothwendig erscheint. Dieses Sachverhältniss hat sich dadurch, dass die beiden Bisthümer Como und Mailand unter sardinische Hoheit gekommen sind, im Wesentlichen nicht geändert.

Dem Gesagten zu Folge kann also kein tessinischer Priester als solcher und wäre er noch so würdig, noch so gelehrt, noch so ausgezeichnet in allen Beziehungen, Bischof, Generalvikar, Domtheolog, Domkustos, Domöconomus, überhaupt Domkapitular, nicht einmal Professor an einem Priesterseminar in den lombardischen Bisthümern werden, zu welchen der Kanton Tessin gehört. Sage man nicht, es hätten seit 1770 und gegenwärtig einzelne tessinische Geistliche Anstellungen in lombardischen Kapiteln, Seminarien und Pfarreien gefunden. Wo und wenn sie solche gefunden haben, fanden sie dieselben nur nach erworbenem Indigenat und hörten dann also auf, Tessiner und Schweizer zu sein. Fürwahr, in so rechtloser, fast kränkender Lage, wie der tessinische im Schosse der eigenen Diöcesen, findet sich wohl kein Klerus in der ganzen katholischen Christenheit!

§. 3. Unterricht und Instruction des Klerus.

Ueber die Heranbildung der Kleriker in den Seminarien und ihre Mitwirksamkeit in der Volksschule verfügt der auswärtige Bischof, ohne alle und jede Berücksichtigung der schweizerisch-tessinischen, beziehungsweise graubündnerischen Gesetzgebung und übrigen republikanischen Verhältnisse. Die Seminarordnung und der Unterrichtsplan nimmt keinen Bezug auf schweizerische Verhältnisse. Wer einigermaßen mit den Lehrgegenständen eines Seminars vertraut ist,

der weiss, dass ausser den eigentlichen theologischen, liturgischen und Pastoral-Fächern auch Unterricht in der Landesgesetzgebung, mit welcher der Pfarrgeistliche in so mannigfache Berührung kommt, ertheilt wird. In den Seminarien von Mailand und Como wird, weit entfernt, beim Unterricht der graubündnerischen und tessinischen Seminaristen auf eine über hunderttausend Seelen betragende republikanische Bevölkerung, ihre Gesetze, Sitten und Bräuche Rücksicht zu nehmen, lediglich in der einschlägigen lombardischen Gesetzgebung in ausschliesslich monarchischem Sinn unterrichtet. Auf gleiche Weise wird insbesondere mit der tessinischen Schulgesetzgebung und dem tessinischen Schulwesen verfahren.

Das Gleiche ist der Fall in Bezug auf Puschlav und Brüs. Ein Beispiel mag hier für viele gelten. Der Schulrath von Puschlav gab sich seit Jahren viele Mühe, im Frauenkloster der Augustinerinnen daselbst eine Mädchenschule einzurichten. Derselbe glaubte sich dabei auf eine alte Verpflichtung berufen zu dürfen, welche dem Kloster obliege, eine Mädchenschule zu halten. Die Schule wurde eingerichtet, ging aber, wegen ungenügender Leistungen des Klosters, namentlich in Bezug auf das Lehrpersonal und die Unterrichtslokalitäten, bald wieder ein. Der Schulrath klagte beim Erziehungsrath und der Regierung von Graubünden und verlangte, es möchte das Kloster zur Erfüllung seiner Pflicht angehalten werden. Der Generalvikar von Como nahm nun das Benehmen des Klosters in einer Eingabe an die Regierung von Graubünden dd. 9. Juli 1857 nicht nur in Schutz, sondern drohte am Schlusse derselben ganz unverblümt mit Anrufung und Massnahmen des Kaisers, falls das Kloster, dessen Glieder grossentheils österreichische Unterthaninnen seien, in seinen Rechten beeinträchtigt werden sollte.

Wie wenig die lombardischen Bischöfe in ihren Publikationen an den Klerus das Schulwesen, namentlich den religiö-

sen Schul-Unterricht, in den Kantonen Tessin und Graubünden berücksichtigen, beweist recht schlagend der Kirchenkalender des Bischofs von Como aus dem Jahre 1850 *). In einem an der Stirne des Direktoriums befindlichen Monitorialerlass vom 15. November 1849 werden die lombardischen Geistlichen ermahnt, der Volksschule ihre Aufmerksamkeit und Theilnahme zu schenken; der schweizerischen Geistlichkeit und der schweizerischen Schule in den Kantonen Graubünden und Tessin wird darin mit keiner Sylbe gedacht.

§. 4. Verwaltung der geistlichen Aemter und Gottesdienst.

Alles was auf die Verwaltung der geistlichen Aemter und den Gottesdienst Bezug hat, ferner über Abhaltung von Provinzialsynoden, über die Konkursprüfungen der Geistlichen, die Regelung der Gottesdienstordnung, die Taxen und Sporteln für Dispensen und geistliche Verrichtungen u. dgl. statuirten und verfügten die beiden lombardischen Bischöfe nach Massgabe der österreichischen Konkordate und Konkordatsausführungen und werden fortan nach sardinischen verfügen — ohne alle und jede Rücksichtnahme auf tessinisch-schweizerische Verhältnisse. Sie verfügen ohne vorherige Begrüssung oder Verständigung mit der Regierung des Kantons Tessin, beziehungsweise Graubünden, in Angelegenheiten gemischter Natur, —

*) *Calendarium Ecclesiae Novocomensis pro Anno 1850.* „Alli M. M. Signori Parrochi della Città e Diocesi posta negli Stati di S. M. I. R. apostolica. I. MM. RR. Parrochi di que' Comuni, ne' quali non sono attivate le Scuole Elementari vorranno adoperarsi con ogni zelo onde ottenerle; e tutti, ove esistono, le visiteranno, e le dirigeranno procurando ogni possibile buon successo di ogni ramo di istruzione, e massime nella Dottrina Cristiana, servendosi esclusivamente del Catechismo Diocesano, deposito prezioso, che abbiamo creditato da' benemeriti nostri antecessori. Con vera effusione di cuore compartiamo a tutti la nostra benedizione.“ Sig. Carlo Vescovo.

ja nicht selten mit Verletzung herwärtiger Gesetze und obrigkeitlicher Verordnungen. In den alljährlich erscheinenden Direktorien, in welchen die Ordnung des Kirchenjahres, die Feier der Sonn- und Festtage, der Doppelt-, wie der Halbfeste und Ferien etc. verzeichnet ist, erschienen die österreichisch-kaiserlichen Feste angegeben, von den schweizerischen Kirchen- und kirchlichen Nationalfesten Tessins und Graubündens war darin nicht die Rede.

§. 5. Geistliche Gerichtsbarkeit in ihrem Verhältniss zum Staat.

Nach dem neuesten österreichischen Konkordat vom 22. Aug. 1855 wurde den Bischöfen die alte Jurisdiktion sowohl hinsichtlich der sogenannten contentiösen Jurisdiktion in geistlichen Sachen, namentlich in Ehesachen rücksichtlich der Eheverlöbnisse und über das Patronatsrecht, als in Bezug auf die bischöfliche Disciplinar- und Strafgerichtsbarkeit gegen Geistliche und gegen Laien in kirchlichen Dingen — eingeräumt und gewährleistet. Wenn nun auch dieses Konkordat seit dem Uebergang der Lombardei an Sardinien seine formale Gültigkeit verloren hat, so sind darum die gerügten Uebelstände materiell mit wenigen Ausnahmen die gleichen geblieben und dürften, wenn die Trennung nicht erfolgt, auch fortan noch lange dieselben bleiben.

III. Trennungsgründe vom politischen und staatsrechtlichen Standpunkte.

Die Geschichte beweist, dass trotz der behaupteten Universalität des Charakters der katholischen Kirche und obgleich diese an und für sich an keine politischen Grenzen der Staaten gebunden ist, die Organisation der Bisthümer mit wenigen Ausnahmen nach der Civileintheilung der

Staaten erfolgt ist. So wurden die ersten Bisthümer nach der Provinzialeintheilung des römischen Reichs umschrieben; so beauftragte Pabst Gregor VI den nach Bayern abgesandten Martinian, dass er nach «der Begränzung der Herzogthümer» die neuen Bisthümer errichten soll *). Von dem gleichen Prinzip des Territorialsystems war in der Regel die hierarchische Unterordnung mehrerer Bisthümer unter ein Metropolitan- oder Erzbisthum beherrscht. So haben wir oben gesehen, dass vor der Theilung des fränkischen Reichs durch den Vertrag von Verdun das Bisthum Chur unter dem Metropoliten von Mailand stand, dass dasselbe aber, als es in Folge der eben erwähnten Theilung politisch an das deutsche Reich gefallen war, sofort auch unter den Erzbischof von Mainz gestellt wurde. Es wird darum das Verlangen der Kantone Graubünden und Tessin, beziehungsweise der Schweiz nach Trennung von den beiden lombardischen Diöcesen

§. 1. Durch das, bei Errichtung und Abänderung von Bisthümern in der Regel auch vom römischen Stuhl berücksichtigte, **Territorialprinzip** gerechtfertigt und begründet.

Da der Pabst durch das Organ des Cardinals Consalvi im Jahr 1819 erklärt hat, «dass er für die Trennung Tessins von Como und Mailand im Hinblick auf die Wohlfahrt so vieler Gläubigen und um der tessinischen Regierung einen Gefallen zu erweisen, ohne Rücksicht auf den Grundsatz, welchem gemäss die Grenzen der kirchlichen Jurisdiktion nach den Civil- und politischen Grenzen

*) „Ut consideratis locorum spatiis juxta gehennationem uniuscujusque ducis Episcopia disponatis et subjacentia singulis sedibus terminetis.“ Epist. ad Martinian. Tom. I. Concil. Germ. fol. 36.

geregelt werden sollen, — günstige Dispositionen hege*)», — so scheint es uns nicht überflüssig, durch geschichtliche Beispiele aus der neueren Zeit darzuthun, dass Rom das Territorialprinzip als Grund der Trennung bei Bisthumsreorganisationen innerhalb und ausserhalb der Schweiz vielfach anerkannt hat. Die Geschichte ist ein untrüglicher Spiegel, den man nicht leicht zu oft aufstellen kann, weil die Einen dieselbe nimmer verstehen, die Andern immer vergessen.

a. In der Schweiz.

Das Territorialsystem hat die römische Curia in der Schweiz feierlich anerkannt und angewendet:

1. In der Lostrennung der schweizerischen Landestheile vom Bisthum Constanz im Jahr 1815. Schon im Jahre 1812 schrieb der Nuntius Testaferrata an die Kantone wörtlich: «dass gleich wie die politische Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz auf ihrer vollkommenen Unabhängigkeit in politischen Dingen von andern Staaten beruhe, eben so die geistliche Gerichtsbarkeit von auswärtigen Bisthümern möglichst getrennt und von inländischen Prälaten verwaltet werden müsse; es sei daher rathsam, ein grosses schweizerisches Nationalbisthum zu errichten und die Schweiz vom Bisthum Constanz zu trennen.»

Die Kantone Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus und Zug eröffneten dann dem Pabst in ihrem Erlass vom 16. April 1814 den Wunsch, von Constanz losgetrennt und von einheimischen Bischöfen regiert zu werden. Sie beschränkten ihr Ansuchen aber dahin, «dass sie das, was ihnen nach reifer und sorgsamer Ueberlegung eben so passend als nöthig scheine, der

*) „non già dipendentemente dalla massima che i limiti civili e politici debbano regolare e circoscrivere quelli della ecclesiastica giurisdizione...“

«klugen Einsicht Sr. Heiligkeit vorlegen dürften, dann erst
«möchte Sie erklären, dass die Unterzeichneten vom Constanzi-
«schen Bisthum getrennt seien.»

Ohne diese Vorlagen der Kantone nur abzuwarten und
entgegen dem Protest des Constanzischen Domkapitels wider
eine solche Trennung, verkündete die römische Nuntiatur in
der Schweiz durch ein Cirkular am Neujahrstag 1815: «Die
«Trennung des bisthümlichen Verbandes mit Con-
«stanz sei bereits vollzogen und in dem Herrn Probst
«Göldlin von Tiefenau ein apostolischer Vikarius be-
«stellt.» Mit dem Tode des Herrn Göldlin im Jahre 1819
hatte das Provisorium noch kein Ende; durch ein päpstliches
Breve vom 9. Oktober desselben Jahres wurde die zeitliche
Administration der vom Bisthum Constanz getrennten Diöcesan-
stände an den Bischof von Chur übertragen, unbeschadet
der Fortsetzung angehobener oder der Eröffnung
neuer Unterhandlungen für die Gründung neuer
Bisthumssprengel. Diese päpstliche Verfügung theilte der
Nuntius am 20. Oktober und unterm 4. November auch der
Bischof von Chur, in eigenen Schreiben, allen Diöcesanständen
mit; zugleich erliess der Nuntius Cirkulare an die Geistlichkeit,
in welchen er sie ermahnte, sich dem Provisorium des Bischofs
von Chur zu unterwerfen. So entstand ein neues Provisorium
und unter diesem Churischen Provisorium befinden sich
noch jetzt seit jenem päpstlichen Breve Glarus, Appenzell
I. Rh., Uri, Unterwalden, Zürich und Schaffhausen.
Nur der Kanton Schwyz wurde 1824 definitiv mit dem Bis-
thum Chur vereinigt *).

*) Schon um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts richteten die fünf
alten kath. Orte an Pabst Julius III und wiederholt an Paul IV das Gesuch um
Trennung von Constanz, wozu die schlechte Verwaltung des Bisthums und

2. In der Lostrennung der mit dem Kanton Genf vereinigten ehemals savoyischen und französischen Pfarrgemeinden von dem Erzbisthum Chambéry.

Durch die Wiener Congressakte und den Vertrag von Turin von 1815 und 1816 waren die mit dem Kanton Genf vereinigten katholischen Pfarreien in ihrem bisherigen Diöcesanverband mit dem Erzbisthum Chambéry belassen worden. Ein von der Regierung von Genf veranlasstes päpstliches Breve vom 20. September 1819 trennte diese nebst den ehemals französischen Pfarreien von Chambéry und vereinigte sie mit dem Bisthum Lausanne. Die Regierung von Genf ertheilte diesem Breve am 1. November 1819 das Placet.

3. In der Lostrennung der mit dem Kanton St. Gallen vereinigten Sargansischen und Gaster'schen Pfarrgemeinden vom Bisthum Chur.

Im Jahre 1823 wurde der katholische Theil des Kantons St. Gallen zu einem eignen Bisthum erhoben, aber mit Chur unter dem Titel: «Bisthum Chur und St. Gallen» — vereinigt.

Schon vorher und noch unter der Constanzischen Verwaltung des Fürstbischofs Karl Theodor sind durch bischöflichen Erlass vom 24. August 1807 im Einverständniss mit der St. Gallischen Regierung «alle Pfarreien, Curatien und Kaplaneien der bisherigen Kapitel St. Gallen*), Wyl**) und Rapperswyl***), welche in den Kantonen Schwyz, Glarus,

die Inconvenienzen, welche die Abhängigkeit von einer fremden geistlichen Jurisdiktion mit sich führte, sowie politische Rücksichten die Veranlassung gegeben haben.

*) In archidiaconatu Turgoviæ, Capitulum San-Gallense, das von Altnau bis Appenzell und Montlingen und von St. Johann Höchst bis Bichwyl und Degersheim sich erstreckte.

**) Capitulum Wylense im gleichen Archidiaconat, von Lenggenwyl und Lommis bis Wildhaus sich ausdehnend.

***) In archidiaconatu Zurichoviæ, capitulum Rapperswylanum, von Baden bis Näfels und von Einsiedeln bis Eschenbach sich erstreckend.

Appenzell, Thurgau und in dem königlich bayerischen Gebiete gelegen, davon völlig getrennt und abgesondert» — worden.

So wurde mit gleicher Hintansetzung jeglichen frühern kirchlichen Jurisdiktionsverbandes lediglich nach der politischen Abgrenzung des Kantons St. Gallen das ganze Kapitel unter der Landquart (infra Langarum alias Helveticum), bestehend in den Pfarrgemeinden Bärschis mit Tscherlach, Flums, Gams, Mels mit Wangs, Murg, Pfäfers, Quarten, Ragaz, Sargans, Valens, St. Valentin (Rüti), Vättis, Vilters, Wallenstadt, Mols (Pars supra lacum), sowie Amden, Benken, Gommiswald, Rieden, Schänis, Weesen und Maseltrangen (Pars infra lacum) 1823 von dem Bisthum Chur abgetrennt, mit dem Kanton, beziehungsweise Bisthum, St. Gallen vereinigt und diese Abtrennung und Vereinigung in dem Konkordat vom 14. November 1845, Art. 1 und durch die Bulle vom 12. April 1847 feierlich bestätigt.

4. In der Bildung und Umschreibung des Bisthums Basel-Solothurn.

Die ehemaligen fürstbischöflich-basel'schen Lande waren zu Ende des vorigen Jahrhunderts dem französischen Reiche einverleibt und deshalb dann auch in kirchlicher Beziehung dem Bisthum Strasburg zugetheilt worden. Durch den Pariser Frieden vom 20. Mai 1814 wurde Frankreich in seine frühern Grenzen vom 1. Januar 1792 zurückgewiesen und dadurch auch das ehemals bischöflich-basel'sche Land von demselben getrennt. Der alte Fürstbischof von Basel, Herr von Neveu, erhielt durch ein päpstliches Breve vom 17. September 1814 sein früheres, während der französischen Herrschaft mit der Strasburger Diöcese vereinigtes Bisthum zurück. Dasselbe wurde in Folge einer Erklärung des Wiener Congresses über die Angelegen-

heiten der Schweiz vom 20. März 1815 (Art. IV. 6), mit Ausnahme des dem Kanton Basel einverleibten Bezirks Birseck, mit dem Kanton Bern vereinigt. Diese Erklärung enthielt zugleich die Bestimmung, dass «die schweizerische Tagsatzung entscheiden werde, ob es erforderlich sei, ein Bisthum in diesem Theile der Schweiz beizubehalten, oder ob dieses Bisthum mit demjenigen könne vereinigt werden, welches in Folge neuer Verfügungen aus den bis dahin zum Bisthum Constanz gehörigen Gebietstheilen gebildet werden soll...» Am 12. März 1827 wurde von den Regierungen der Kantone Bern, Luzern, Aargau und Solothurn das Konkordat mit dem päpstlichen Stuhl für Reorganisirung des basel'schen Bisthums abgeschlossen. Darauf erschien die päpstliche Bulle vom Mai 1828 und das Breve für die Vereinbarung der Kantone Aargau und Thurgau mit dem Bisthum Basel vom 23. März 1830 u. s. w.

Aus den Konkordaten und dieser Bulle geht hervor, dass bei Errichtung des Bisthums Basel-Solothurn von allen Kantonen an dem Territorialprinzip festgehalten und auch dessen Circumskription vom heil. Stuhl so ausgeführt wurde, dass die Ruralkapitel jedes Kantons ein mit den kantonalen Civilgrenzen zusammenfallendes eigenes Archidiakonats der gesamten Diöcese bilden.

5. In der Lostrennung des lombardischen Dorfes Cremenaga von der tessinischen Pfarrei Sessa.

Diese Trennung regte der Bischof von Como, Carl Romanò, mit Schreiben vom 27. August 1834 zuerst bei dem Probst und Pfarrer von Sessa an. Er berief sich auf ein Trennungsgesuch der Gemeinde Cremenaga, das am 2. August an die k. k. Regierung in Mailand eingereicht wurde. Der Inhalt des bischöflichen Schreibens, mit welchem die Trennung motivirt wird,

ist merkwürdig und findet Wort für Wort auch Anwendung auf die Frage der Trennung des ganzen Kantons Tessin von dem Bisthum Como *).

Als die Trennung nicht vor sich gehen wollte, schrieb der Herr Bischof am 29. März 1837 einen zweiten Brief an den Probst zu Sessa, in welchem er sich auf die Intervention nicht nur der Regierung, sondern des Vicekönigs und des Kaisers selbst beruft, und ihn auffordert, den Entscheid innert zehn Tagen abzugeben, hinzufügend, dass er (der Herr Bischof) wenn derselbe verneinend ausfallen sollte, die Auslosungssumme von Fr. 1500 an seine Verfügung stellen und die Angelegenheit als eine abgethane betrachten werde. Der Gegenstand fand im Jahre 1839 seine Erledigung dadurch, dass Cremenaga wirklich von Sessa kirchlich getrennt wurde.

Auffallend erscheint hier nur, dass der gleiche Herr Bischof Romanò, als man ihm zumuthete, er möchte die in der lombardischen Kirchgemeinde Lavena pfarrgenössige, zur tessinischen Gemeinde Caslano gehörige Ortschaft Torazza ebenfalls von Lavena abtrennen, diese Trennung verweigerte. Und doch mussten, — was den Cremenagesen nie begegnete — die Bewohner von Torazza oft mit Pässen sich versehen, um den Gottesdienst in ihrer eignen Pfarrkirche besuchen zu können. Ja, während der Zeit der österreichischen Sperre war ihnen der Besuch ihrer Pfarrkirche rein unmöglich und sie hätten faktisch im Interdikte leben müssen, wenn sich nicht Pfarrer und Pfarre von Coslano ihrer und ihrer Kinder erbarmt und

*) „... Non dubito punto ch'Ella sia per prestare il suo assenso a questo smembramento, perocchè è cosa evidentemente necessaria per quei terrieri non solo, ma anche per Lei. La diversità del Governo e quindi delle discipline esteriori, massime in materia di matrimonio, le obbligazioni differenti degli abitanti dei due stati, dovendo alcuni far delle vigilie e delle feste alle quali non sono tenuti gli altri, porta necessariamente una spiacevole diversità, che invece di fomentare toglie la carità, vincolo troppo necessario fra i parrochiani.“

denselben den Genuss des Gottesdienstes und des christlichen Unterrichts in der Kirche von Coslano vorübergehend hätten angedeihen lassen.

b. Ausserhalb der Schweiz.

Ebenso durchgreifend wurde unter Mitwirkung oder Bestimmung des heiligen Stuhls das Territorialprinzip bei der Umschreibung der Diöcesen in den monarchischen Staaten durchgeführt. Um dieses zu beweisen, mögen nachstehende Beispiele genügen.

1. Oesterreich. Nach dem Wiener Frieden errichtete Oesterreich dem Bedürfnisse seiner Staaten gemäss mehrere Bisthümer, restringirte alte, und trennte bestehende. Namentlich wurden Vorarlberg und Tyrol von den drei Bisthmern Chur, Augsburg und Constanz, denen die dortigen Pfarreien seit alter Zeit einverleibt waren, abgetrennt.

Chur zählte zu seinem Sprengel diesseits des Vorarlbergs das sogenannte Drusianische Kapitel (*Capitulum Drusianum*) mit 51 Pfarreien oder die Gerichtsbezirke: Neuburg, Rankwyl und Sulz, Feldkirch, Jagdberg, St. Herold, Damils, Blumenegg, Bludenz, Sonnenberg und Montafun; jenseits des Vorarlberges das Kapitel Tyrol (*Capitulum Tyrolese*) mit 35 Pfarreien.

Das Bisthum Augsburg erstreckte sich über das Civilgericht Tannberg und in Mittelberg über die Pfarrei Riezlern auf dem rechten Ufer der Breitenach, welche die Scheidegrenze bildete.

Das Bisthum Constanz umfasste den untern Landestheil von Vorarlberg, namentlich: die Herrschaft Hohenegg; die Gerichte Grünenbach, Simmerberg, Altenburg, Kellhöf, Sulzberg, Lingenau, Alberschwende, Hofsteg, Hofrieden; von Mittelberg die Pfarreien Mittelberg und Hirscheegg, dann Inner-

bregenzerwald, Dornbirn, Höchst und Fussach, Bregenz, den Reichshof Lustnau, die Grafschaft Hohenems bis an den kleinen Bach ausser dem Schwefelbad gegen Götzis. Schon 1783 wurde, neben andern Veränderungen in den Kapitelsumschreibungen, aus dem Gerichte Dornbirn, das sonst Lindau einverleibt war, mit den gräflich Emsischen Orten Hohenems, Ebnit und Lustnau, welche zum äussern, dann St. Johann Höchst, Gaissau und Fussach, die zum innern St. Galler Kapitel gehörten, das Dekanat Dornbirn gebildet.

«Diese kirchliche Zersplitterung griff manches Mal, — also schreibt ein würdiger katholischer Priester*), störend in die bürgerliche Verwaltung ein; andere Gesetze in Ehesachen; Feiertage auf der einen Seite, wenn andere Ortschaften in voller Arbeit begriffen waren; Fasttage, von denen man in der nächsten Gemeinde nichts wusste; Widerstand, wenn man eine Gleichförmigkeit einführen wollte u. s. w. gaben eben so viele Steine des Anstosses und führten zwischen der Regierung, den Ordinariaten und Unterthanen manchen Zwiespalt und unangenehme Auftritte herbei.»

Den ersten Schritt zu einer kirchlichen Vereinigung, die schon lange der einstimmige Wunsch auf den Landtagen und in den eingereichten Vorstellungen an die österreichische Regierung war, that Bayern, als es nach dem Frieden von Pressburg Herr des Landes wurde. Der churische Bisthumsantheil im obern Vorarlberg sollte unter Trient gestellt und die Geschäfte der Entfernung wegen einem bischöflichen Provikar, der bereits ernannt war, übertragen werden; allein die Verhandlungen führten nicht zum Ziele. Endlich wurde durch ein päpstliches Breve vom 7. September 1808 der obere

*) M. s. Vorarlberg, aus den Papieren des Franz Joseph Weizenegger, Pfarrer in Bregenz, bearbeitet von M. Merkle. I. Abth. S. 322. Innsbruck. 1839.

Landestheil dem Bisthum Brixen zugewiesen und dadurch wenigstens ein ausländisches Ordinariat beseitigt, für Vorarlberg aber nichts gewonnen, indem noch immer drei Bischöfe blieben. Mit den Dekanaten gab es insofern eine Aenderung, als die sieben bayerischen Landgerichte Weiler, Bregenz, Bregenzerwald, Dornbirn, Feldkirch, Sonnenberg und Montafun in eben so viele Landkapitel verwandelt wurden und wo möglich der Dekan zugleich Pfarrer in dem Orte des Landgerichts war.

Die gänzliche Vereinigung unter einem Landesbischof vollbrachte Oesterreich nach der Wiederbesitznahme von Tyrol und Vorarlberg. Die wenigen Pfarreien des Tannberges mit Riezlern wurden schon den 27. Januar 1816, die übrigen 1818 an Brixen gewiesen; länger dauerten die Unterhandlungen mit dem Constanzischen Theile, weil auch Bayern das Landgericht Weiler unter Augsburg zu stellen trachtete. Am 19. März 1819 wurden auch diese Bande gelöst.

So bilden nun die unter dem Bisthum Chur gestandenen 86 Pfarreien Tyrols und Vorarlbergs neben andern das Bisthum Brixen mit einem Weihbischof in Feldkirch für die Provinz Vorarlberg. Es war darum auch begreiflich, dass das Wiener Kabinet 1820 nicht wohl anders konnte, als in der Tessiner Trennungsfrage zu Handen des Vororts die positive Erklärung abzugeben: «dass nach den aufgestellten Grundsätzen dem Wunsche des Kantons Tessin, sich in Hinsicht der geistlichen Jurisdiktion von dem Einflusse eines in einem fremden Staate residirenden Bischofs zu purifiziren, nichts entgegenstehe, wie solches auch schon von Seite mehrerer Nachbarstaaten geschehen sei.»

2. Sardinien, Modena und Parma. Als 1802 Piemont mit Frankreich vereinigt wurde, fand in Ausführung des französischen Konkordats von 1801 und der von 1803 (tertio Calendas Junii) datirten Bulle Pabst Pius VII, sowie des Erlasses

vom Cardinal Caprara dd. 30. September 1803, eine Reorganisation der Diöcesen statt. In Folge dessen verloren die Bischöfe von Mailand, Pavia und Piacenza ihre Jurisdiktion in den von dem alten Herzogthum Mailand abgetrennten Gebiets-theilen, die dann in die Gerichtsbarkeit der Bischöfe von Vercelli, Alessandria, Acqui und Asti übergingen. So verlor der Bischof von Parma Msgr. d'Allegre allein über hundert Pfarreien, weil sie in den an Piemont abgetretenen Gebiets-theilen gelegen waren. Das obere und untere Gebiet von Novara, die Vigevanasker und Lumellinasker Territorien waren dem Königreich Italien einverleibt *).

Im Jahre 1817 wurden durch ein Konkordat und durch die Bulle vom 17. Juli die kirchlichen Verhältnisse wesentlich nach dem Territorialprinzip in Sardinien neu geordnet. Diese Bulle veränderte nicht nur den Metropolitanverband verschiedener Bisthümer im Königreiche selbst, sondern löste auch das Bisthum Nizza von dem französischen Erzbisthum Aix ab.

Canobio wurde im gleichen Jahre aus rein territorialen Rücksichten von dem Erzbisthum Mailand losgetrennt und dem sardinischen Bisthum von Novara einverleibt.

Nach dem gleichen Prinzip wurden im Mai 1854 eilf bis dahin zum sardinischen Bisthum Luni-Sarzana gehörige, aber im Herzogthum Modena liegende Pfarreien von dieser Diöcese abgetrennt und dem modenesischen Bisthum Massa

*) Man liest auch im Protokoll der Sitzung des Staatsraths des Königreichs Italien datirt Mailand 13. Mai 1805, welcher Kaiser Napoleon persönlich beiwohnte, was folgt: „S. M. aggiunge alcune osservazioni sulla necessità di stabilire, che nessuna parte del regno sià soggetta a prelati esteri e sulla convenienza di organizzare la diocesi di Verona, che dicesi nella più ampia parte appartenere al regno e che pel costante rifiuto del vescovo di residere nello stato, ove pure è cattedrale ed episcopio, può riguardarsi come vacante.“

einverleibt. Noch im August des Jahres 1857 sind die sieben bisher auch unter dem Bischof von Luni stehenden im Herzogthum Parma liegenden Pfarrgemeinden der parmesanischen Diöcese Pontremoli zugetheilt worden.

3. Frankreich. Nicht genug, dass Frankreich von jeher keinen Fuss breit seines Gebiets der Jurisdiktion eines auswärtigen Bischofs unterstellt liess, — es hat auch die Circumskription seiner einheimischen Bisthumssprengel mit den Provinzialgrenzen in Einklang gebracht. Als dasselbe 1789 eine neue Eintheilung des Landes in 83 Departemente zum Zwecke einer besseren Civiladministration vornahm, wurde im Jahre darauf nach dieser politischen Landeseintheilung auch eine neue Grenzbestimmung für die Diöcesen und Pfarreien dekretirt. Von 136 Bischöfen, die bisher in Frankreich ihre Sitze hatten, fielen 53 weg, weil das französische Reich nunmehr bloss 83 Civilverwaltungsdepartemente zählte.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes vom 18. Germinal, Jahr X, Art. 61, musste in jedem friedensrichterlichen Amtskreise (Kanton) wenigstens eine Pfarrei zweiter Klasse und eine dem Bedürfniss entsprechende Anzahl Succursalen sein. Die erste Circumskription der Pfarreien und Filialen bildete den Inhalt der Dekrete vom 11. Präréal, Jahr XII und vom 5. Pluviose, Jahr XIII. Dieselbe umfasste 24,000 Succursalfarreien für ganz Frankreich, zu welchen das Dekret vom 30. September 1807 noch 6000 hinzufügte.

Wenn auch der französische Klerus anfänglich gegen diese Reorganisation der Diöcesen nach den politischen Verwaltungsbezirken und der Circumskription der Pfarreien Einwand erhob, so blieb es doch bei den getroffenen Veränderungen, und der römische Stuhl gab dazu theils stillschweigend, theils durch konkludente Handlungen und Akte seine Zustimmung.

4. Belgien. Ohne in alle Veränderungen von Diöcesan-

Circumskriptionen einzutreten, welche hier in Folge der politischen Ereignisse seit dem Abschluss des französischen Konkordats von 1801 erfolgt sind, erwähnen wir nur der folgenden.

a) Das Dekret des Königs vom 14. September 1823 bewilligte den Vollzug des von seiner Regierung veranlassten päpstlichen Breve's vom 8. August 1822, durch welches in Berücksichtigung des Territorialprinzips das Grossherzogthum Luxemburg und die beiden bisher zum Bisthum Metz gehörigen Kantone Couvin und Philippeville unter die geistliche Jurisdiktion des einheimischen Bischofs von Namur gestellt wurden.

b) Das königliche Dekret vom 2. Oktober 1827 gestattete die Publikation der Bulle Pabst Leo's XII vom September gleichen Jahres, welche auf das zwischen dem König Wilhelm und dem päpstlichen Stuhl abgeschlossene Konkordat erlassen worden ist. In Folge dieses Konkordats und der Bulle wurden in Berücksichtigung des Territorialprinzips zu Bruges, Amsterdam und Bois-le-duc drei von dem Erzbisthum Mecheln abhängige Suffragan-Bisthümer errichtet.

c) Ein anderes von der Regierung genehmigtes päpstliches Breve vom 18. Mai 1842 veränderte die annoch mit den alten, französischen Departementen der Ourthe und der Sambre und Meuse harmonirende Circumskription der Diöcesen Lüttich und Namur dermassen, dass dieselben mit den Grenzen der gleichnamigen belgischen Civilprovinzen in Einklang gebracht wurden.

5. Die deutschen Staaten. Mit der Auflösung des deutschen Reichs und in Folge der französischen Revolution ward auch der Umsturz der ganzen Kirchenverfassung in Deutschland herbeigeführt.

Zu diesem Umsturze hatte zuerst Pius VII selbst Hand angelegt. Indem derselbe in seinem Konkordate mit Napoleon

vom 15. Julius 1801 das linke Rheinufer von der deutschen Kirche zu trennen und mit französischen Bisthümern ohne deutsches Diöcesangebiet zu verbinden übernahm und in seiner Bulle «Qui Christi domini vices» vom 29. November 1801 diese Zusage erfüllte, beschränkte er selbst die Diöcesen Trier, Mainz, Strassburg auf das linke Ufer, hob Speier und Worms ganz auf und gestaltete aus den linkrheinischen Diöcesantheilen von Köln ein neues französisches Bisthum Aachen. Durch den Luneviller Frieden vom Jahre 1801, welcher das linke Rheinufer mit Frankreich vereinigte und durch den Reichs-Deputations-Hauptschluss vom 25. Februar 1803 wurden alle geistlichen Fürstenthümer, wie alle Stifte und Klöster in Deutschland, mit Ausnahme der Gebietstheile des Churerzkanzlers Carl Theodor von Dalberg, säkularisirt und theils an Frankreich abgetreten, theils den weltlichen Fürsten, welche durch die Abtretung des linken Rheinufers Verluste erlitten hatten, als Entschädigungsobjekte überlassen.

Der Art. 62 des angeführten Hauptschlusses bestimmte: «Die Erz- und bischöflichen Diöcesen verbleiben in ihrem bisherigen Zustande, bis eine andere Diöcesaneinrichtung auf reichsgesetzliche Art getroffen sein wird.» Ueber die derselben zu gebende Ausstattung verfügte der Recess in Art. 35 und setzte zugleich fest, dass für das ganze nicht zu Oesterreich oder Preussen gehörige Deutschland künftighin Ein Erzbischof sein und (Art. 25) in Regensburg seinen Sitz haben soll. Nach den erwähnten Bestimmungen mussten also die Diöcesen eine neue Einrichtung und die Bisthümer eine neue Ausstattung erhalten. Gemäss dem Art. 15 der Wiener Congressakte und der Akte des deutschen Bundes vom 8. Juni 1815 sollten die kirchlichen Verhältnisse auf dem Wege der Unterhandlung mit dem Pabste regulirt und dem provisorischen Zu-

stande der katholischen Kirche in Deutschland ein Ende gemacht werden *).

Man durchgehe und prüfe nun die Konkordate und Circumskriptionsbullen für Bayern (5. Juni 1817 u. s. w.), Preussen (25. März resp. 16. Juli 1822), Hannover (26. März 1824) und für die oberrheinische Kirchenprovinz Württemberg **), Baden, Hessen-Darmstadt, Cassel, Oldenburg, Nassau und Frankfurt (vom 16. August 1821 und 11. April 1827) und man wird sich überzeugen, dass bei der Umschreibung der neuen Bisthümer das Territorialprinzip nicht nur in der Circumskription nach den Civilgrenzen eines Gesamt-Staatsgebiets, sondern soweit beobachtet und eingehalten worden ist, dass bei den einzelnen Bisthümern eines Gesamtstaates eine weitere Abgrenzung nach dem Umfange der einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke stattgefunden hat.

§. 2. Die Consequenzen der Anwendung des Territorialprinzips bei der Umschreibung der Diöcesen.

Wenn nach der im vorhergehenden Paragraphen enthaltenen Darstellung sowohl die schweizerischen, als die auswärtigen Regierungen ein so grosses Gewicht darauf legten, den Grundsatz des Territorialsystems bei den neuern und neuesten Diöcesanumschreibungen durchzuführen, so liegt die natürliche, selbstredende Ursache darin, dass jedem Staate nur bei der Durchführung dieses territorialen Prinzips die Möglichkeit ge-

*) M. s. Klüber, Akten des Wiener Kongresses I., IV. u. VI. Th. u. Dr. Müller's Lexikon des Kirchenrechts.

**) „Die bischöfliche Kirche zu Rottenburg wird zu ihrem Diöcesan-Sprengel haben das ganze Königreich Württemberg mit allen Pfarreien, welche schon im Jahre 1816 von der Augsburger, Speyerer, Wormser und Würzburger Diöcese getrennt worden sind, und jene Pfarreien, welche zur unterdrückten Probstei zum heil. Vitus in Ellwangen, die ohne Diöcesanverband war, gehörten.“ M. s. Bulle „provida solersque.“

geben ist, seine Hoheitsrechte gegenüber jeder von ihm rezipierten Kirche gehörig zu wahren und auszuüben. Es ist demnach die Ausübung der Staatshoheitsrechte circa Sacra wesentlich durch das Territorialprinzip bedingt.

a. Die Staatshoheitsrechte circa Sacra im Allgemeinen.

Dass der Staat Hoheitsrechte circa Sacra habe, wird trotz der neuen Lehre gewisser moderner Canonisten und dem so lauten, keineswegs unverdächtigen Ruf nach absoluter Kirchen- und Religionsfreiheit von Seiten Jener, welche Alles eber sind, als wahre Freunde der Freiheit, nicht in Abrede gestellt werden können. Wir theilen darüber fortwährend die Ansicht jener Rechtsgelehrten, welche behaupten: Die Kirche wohne im Haus des Staates, welches nicht ihr gehöre und das der Eigenthümer nach der ihm nothwendig zustehenden Machtvollkommenheit einrichte, allerdings mit steter Rücksicht auf die Kirche und ihre Satzungen und ihre, jedoch nothwendigerweise beschränkte Autonomie. Denn da die Staatsgewalt allein der Souverän des Rechtsbodens ist und aufhören würde es zu sein, wenn er eine juristische Allgewalt der Kirche über sich anerkennen würde, so kann das Kirchenrecht nicht ausschliesslich aus den von der Kirche allein ausgegangenen Normen bestehen, sondern auch aus den, von der staatlichen Rechtsgewalt gutgeheissenen oder von ihr selbst in kirchlichen Dingen sanktionirten Normen — Gesetzen und Verordnungen *).

*) Weder ein Aufgehenlassen der einen Gewalt in der andern, also schrieb der sel. Generalvikar von Wessenberg, noch gänzliche Trennung beider kann gebilligt werden. Im ersten Fall, sagt Wessenberg, übersehe man die Verschiedenheit der Gewalten; in dem andern, dass die Kirche in dem Staat sich befindet, in vielseitiger Berührung mit ihm steht und für ihren zeitlichen Bestand den Schutz und die Beihülfe des Staates bedarf

Die Hauptausflüsse des Hoheitsrechts circa Sacra aber bestehen und werden in civilisirten Staaten zu allen Zeiten unter diesen oder jenen Namen bestehen:

In dem Obergerichtsrecht (*jus supremæ inspectionis*) und dem Verhütungsrecht (*jus cavendi*), d. h. der Befugniß des Staates, eine schädliche und verkehrte Entwicklung des äussern Kirchenlebens zu verhindern; in dem Genehmigungsrecht (*jus placeti*) der Wahlen der Kirchenbeamten beziehungsweise der Elimination oder Präsentation von Candidaten, da, wo die Nomination derselben nicht ohnehin in den Händen der Regierung liegt; in dem Recht, die öffentlichen Erlasse und Verfügungen der Kirchenbehörden zu kontrolliren und deren **bürgerliche** Wirksamkeit von seiner Genehmigung abhängig zu machen (*jus exequatur*); endlich in dem Rekursrecht (*recursus ab abusu*, *appel comme d'abus*), wonach gegen den Missbrauch der geistlichen Amtsgewalt der Schutz der weltlichen Obrigkeit angerufen werden kann.

Der Kanton Tessin hat sich nun zwar diese jedem unabhängigen Staate zustehenden Hoheitsrechte circa Sacra in seinen neuern Gesetzen auf dem Papier revindiziert. Allein die wesentlichsten Bestimmungen werden eben immer nur auf dem Papier und unvollzogen bleiben, so lange das Kantonsgebiet nicht von auswärtiger geistlicher Jurisdiktion purifizirt ist.

Der Kanton Tessin, beziehungsweise Graubünden, hat also, als selbstständiger Staat, das Recht und die Pflicht zu verlangen, dass es nach dem Beispiele von Frankreich, Oesterreich, Sar-

und anspricht; ferner dass die Kirche einen viel zu bedeutenden Einfluss auf die Interessen des Staates ausübt, als dass dieser über die Art ihrer Wirksamkeit gleichgültig sein könnte, und eben desswegen darf der Staat auf die Ueberwachung der äussern Wirksamkeit der Kirche nie verzichten.

dinien u. s. w. mittelst Purifikation seiner Grenzen von fremder, kirchlicher Jurisdiktion in den Stand gesetzt werde, die jedem unabhängigen Staate circa Sacra zustehenden Hoheitsrechte auf seinem Gebiete ausüben zu können.

b. Spezielle Hoheitsrechte circa Sacra.

Unter den Rechten des Staates in kirchlichen Dingen ist der Einfluss von höchster Bedeutung, welchen die Regierung mittel- oder unmittelbar auf die Wahl der Bischöfe und Domkapitel ausübt. Wir berühren darum zunächst

aa. Die *Nominatio regia* und die Exklusive und zwar zunächst ausgeübt in den Staaten:

1. Ausserhalb der Schweiz.

Sogar im neuesten Konkordat von 1855 hat Oesterreich die *Nominatio regia* zum bischöflichen Amte (Art. 19), die Ernennung der Kapitelsdignitare — mit Ausnahme des ersten — und der Domherren (Art. 22) sowie aller Kanoniker (Art. 25) — welche einem auf dem Religions- oder Studienfonde beruhenden Patronatsrecht unterstellt sind, sich ausdrücklich vorbehalten. In Folge dieses Ernennungsrechts ist Herr Probst Marzorati in Mailand vor ein paar Jahren vom Kaiser zum Bischof von Como ernannt worden. Von einer Mitwirkung der Regierung des Kantons Tessin, beziehungsweise Graubündens zu dieser Wahl oder einer Placetirung derselben ist und war überall keine Rede. Das ganz katholische Tessin, welches den grössten Theil des bischöflichen Einkommens von Como liefert, ist eines Rechtes beraubt, welches nicht nur alle katholischen Monarchen, sondern auch alle protestantischen Regierungen unter verschiedenen Titeln in dieser oder jener Weise besitzen.

In Spanien ist die *nominatio regia* ein verfassungsmässiges, von dem Concilium zu Toledo (681) hergeleitetes Recht; in Neapel beruhte sie bisher auf der *monarchia sicula*; für

Frankreich ward sie durch das Konkordat von 1516 allgemein wieder hergestellt, und durch dasjenige von 1801 auch dem ersten Consul der französischen Republik, beziehungsweise den nachfolgenden Kaisern und Königen gesichert. In Sardinien wählt ebenfalls der König die Bischöfe und Erzbischöfe.

In Deutschland besteht die *nominatio regia* für einzelne Reichsstände seit dem 15. Jahrhundert. Sie wurde namentlich für Bayern und, wie wir oben schon angeführt haben, auch für Oesterreich (die Wahlkirchen von Olmütz und Salzburg ausgenommen) durch die neueren Konkordate bestätigt. Selbst in den Gebieten der päpstlichen Missionen, deren Besetzung im Allgemeinen von der römischen Curie ausgeht, fehlt es nicht ganz an landesfürstlichen Nominationen *).

In Preussen ist durch Uebereinkunft mit Pius VII zwar das Wahlrecht der Kapitel wieder hergestellt, aber die Wahlen müssen in Anwesenheit eines königlichen Wahlkommissärs, durch den der König das landesherrliche Ausschliessungs-, beziehungsweise Bestätigungsrecht ausübt, vorgenommen werden.

In den deutschen evangelischen Bundesstaaten sollen für die oberrheinische Kirchenprovinz nach einer sogenannten Kirchenpragmatik die bischöflichen Stühle auch durch Wahl der Kapitel in Gegenwart eines landesherrlichen Kommissärs, der das landesherrliche Veto einlegen kann, besetzt werden.

Im Königreich Hannover ist für die beiden Bisthümer Osnabrück und Hildesheim ebenfalls das Wahlrecht der Kapitel hergestellt, zugleich aber durch Uebereinkunft zwischen Pabst Leo XII und dem König Georg IV festgesetzt, dass das Kapitel bei erledigtem bischöflichen Stuhle innerhalb des ersten Monats

*) Mejer, Propaganda Th. II. S. 489. Note 2.

den königlichen Staatsministern ein Verzeichniss der wählbaren Candidaten vorlegen und diejenigen, welche der Regierung etwa nicht gefallen, von der Liste austreichen solle, worauf dann die kanonische Wahl vor sich gehen kann.

2. Innerhalb der Schweiz.

In ähnlicher Weise üben die schweizerischen Regierungen ausser derjenigen von Tessin einen Einfluss auf die Ernennung der Bischöfe, Kapitels-Dignitare und Domherren aus. In Wallis wählen die Abgeordneten der Zehnten mit dem Domkapitel den Bischof von Sitten.

Den Bischof von Freiburg (von Lausanne und Genf) erwählt zwar der Pabst, allein derselbe ist bei seiner Wahl auf einen von der Regierung von Freiburg ihm einzureichenden Dreivorschlag beschränkt.

Der Bischof von Chur wird, in Gemässheit der alten Rechte des Gottshausbundes, die im Jahre 1822 an den ganzen Kanton übergingen, durch die Kanoniker der Churer Diöcese unter Voranzeige an die graubündnerische Regierung gewählt; die Wahl kann nur auf einen bündnerischen Landsmann fallen und bedarf der Bestätigung der Landesregierung. Der zur Churer Diöcese gehörige Kanton Schwyz übt bei dieser Bischofswahl insofern einen Einfluss aus, als die Regierung zwei Wahl-Domherren theils direkte, theils durch Personal-Vorschläge ernennt.

Wird auch der Bischof von Basel-Solothurn ebenfalls von dem Kathedralkapitel ernannt, so üben doch die Regierungen der Kantone Bern, Luzern, Solothurn, Zug, Basel, Aargau und Thurgau, welche mit ihren katholischen Bevölkerungen die Diöcese bilden, dadurch einen Einfluss auf die Wahl, dass sie die wählenden Dignitare und Domherren theils selbst wählen, theils bei deren Ernennung die Exklusive besitzen und in Anwendung bringen.

Die Wahl des Bischofs von St. Gallen geschieht ebenfalls durch das Domkapitel. Allein der katholische Administrationsrath (eine Laienbehörde) wählt den Dekan, den einzigen Dignitar, zwei von vier Residentialkanonikern und übt bei den theils vom Bischofe, theils vom Kathedralkapitel vorzunehmenden Wahlen der nichtresidirenden Kanoniker die Exklusive aus. Vor der Nomination des Bischofs selbst durch die residirenden und nichtresidirenden Domherren übt das katholische Grossrathskollegium die Exklusive und der Regierung steht nach der Wahl das Recht der Placetirung zu, sowie dieselbe auch die Wahlen der Domherren und Domvikare zu placetiren befugt ist.

bb. Der bischöfliche Staatseid.

Ueberall, wo der Bestand der Diöcesen auf neueren Konkordaten beruht, haben die Bischöfe in die Hände der Regierungen den Eid der Treue auf die Gesetze, beziehungsweise Verfassung des Landes zu leisten. In der Schweiz ist Solches namentlich in den Konkordaten, betreffend die Errichtung der Bisthümer Basel-Solothurn und St. Gallen, ausdrücklich vorgeschrieben.

cc. Die Erledigung der Rechtsgeschäfte inner den Jurisdiktionsgrenzen des eigenen Staates.

Nach einer alten Rechtsregel «sollen die Geschäfte da, wo sie entstanden sind, beendet werden (*quaecunque negotia in suis locis, ubi orta fuerint, finienda*). Gratian (*Caus. 3. Q. b.*) führt zu Bekräftigung dieser Regel viele Canones an. In Frankreich mussten die kirchlichen Streitigkeiten im Jurisdiktionskreis desjenigen Parlaments behandelt und entschieden werden, in welchem sie ihren Ursprung genommen hatten *). In Belgien war

*) Ferret, de Abusu.

ein Bischof, der Pfarreien in zwei belgischen Civilprovinzen besass, verpflichtet, für die Erledigung der kirchlichen Streitigkeiten in der Provinz, in welcher er nicht residirte, einen Vikarius zu bestellen.

Ueberhaupt zeigten sich die Könige eifersüchtig in Aufrechterhaltung dieser Rechtsregel. In den Staaten Sr. kathol. Majestät durfte Keiner einen Richter ausserhalb Spanien wählen und wenn ein Spanier vor ein Gericht nach Rom zitirt wurde, so untersagten König und Regierung das Erscheinen vor dem auswärtigen Forum *). Im Concilium von Trient erklärten die französischen Bevollmächtigten den päpstlichen Legaten unumwunden, dass sie ein dem in Frage liegenden Grundsatz und den gallikanischen Freiheiten widersprechendes Dekret nicht anerkennen, jenen Freiheiten, durch welche verhindert wird, dass ein Staatsangehöriger selbst mit seiner Einwilligung von wem und aus welchem Grunde immer ausser die Grenzen des Reichs überhaupt nur ins Recht gerufen, geschweige verurtheilt werden kann **). Gleiche gesetzliche Grundsätze hatten in Belgien Geltung und Anwendung.

Wir beschränken uns hier auf die angeführten Hoheitsrechte circa Sacra.

Welch nachtheilige politische Folgen die Unmöglichkeit gehöriger Ausübung der Hoheitsrechte circa Sacra für den Kanton Tessin bisher gehabt hat und haben musste, liegt auf flacher Hand.

Wir schweigen von der übrigens selbstredenden, unwürdigen und länger unduldbaren Stellung, in welche die Regierung

*) Salgado, de supplicat. ad S. Sedem. Es ist die Pflicht des Königs, sagt Salgado, „ne subditi tali molestia opprimantur, maxime cum Clerici ecclesiasticæque personæ cives reputentur, sintque pars populi et membra reipublicæ temporalis, ad quorum protectionem tenetur princeps.“

**) „... quibus cavetur, ne quis etiam volens extra regnum a quoquam ex quacunque causa in jus vocari, nedum condemnari possit.“

eines schweizerischen Kantons gleich der Geistlichkeit desselben durch die eben angedeutete Privation so wesentlicher Rechte und Befugnisse sich befindet und fragen uns nur, welches waren und sind fortwährend, zumal für Tessin, die politischen Folgen eines fremden Kirchenregiments, dessen Träger von einem fremden Herrscher ausschliesslich im monarchischen Interesse gewählt, admittirt und investirt werden? Eines Regiments von Bischöfen, welche in ausschliesslich monarchisch organisirten und geleiteten Seminarien die Berufs-Erziehung von Klerikern, die, unter einem demokratischen Volke lebend, diesem Liebe, Achtung und Anhänglichkeit zu seinen vaterländischen Institutionen einflössen sollten, in ausschliesslich monarchischem Geiste leiten und bestallungsgemäss zu leiten verpflichtet sind? Von Bischöfen, welche bei der ganzen Leitung ihrer Diöcesen die gleiche Politik, die gleichen monarchischen Grundsätze und Maximen befolgen, ohne auf die eigenthümlichen, verfassungsmässigen, republikanischen Einrichtungen und Verhältnisse von Hunderttausenden ihren Sprengeln angehöriger Gläubigen immer die angemessene, gebührende Rücksicht zu nehmen?

Es wäre in der That auch nicht am Platze, diesen Bischöfen darum Vorwürfe zu machen. Von dem auswärtigen Monarchen gewählt, haben sie auch nur ihm und seinen Landesgesetzen den Eid der Treue geleistet und sie sind niemals auf die Achtung und Handhabung der tessinischen Verfassung und Gesetze beeidigt worden. Dass diese Bischöfe so und nicht anders regieren, liegt in der Natur, im Sinn und Geist des Systems. Weit entfernt, deshalb eine Klage gegen jene hochwürdigen Prälaten hier zu erheben, anerkennen wir vielmehr mit Tausenden unserer katholischen Miteidgenossen im Kanton Tessin die Tugenden, welche viele aus ihnen auszeichneten, den Eifer für die Religion und die Kirche, welcher sie be-seelte, das Gute, das sie den schweizerischen Sprengelsange-

hörigen gethan haben. Auch hier sind es nicht die Personen, die wir anklagen, es sind die Sachen, es ist das System!

Man hört diesseits des Gotthard noch da und dort nicht selten zweifelnde Bemerkungen über den schweizerischen Civismus der Tessiner äussern und meint, die Schweizer der italienischen Zunge hätten im Republikanismus noch wesentliche Fortschritte zu machen. Wir glauben, die Schweizer aller Zungen können im wahren Republikanismus noch Fortschritte machen; wenn Solches aber namentlich bei den Tessinern der Fall sein sollte, so wolle man niemals die ausnahmsweisen, abnormen, die unrepublikanischen und unschweizerischen Verhältnisse vergessen, unter welchen der tessinische Klerus und durch denselben das Volk von jeher kirchlich erzogen, administriert und regiert worden ist. Bei dem grossen Einflusse, welchen die beiden «Kirchenfürsten» durch ihre Seminarien, durch die kanonische Institution bei den Pfrundbesetzungen, durch ihre Disciplinargewalt u. s. w., auf die bei dem Volke viel geltende, amts- und kircheneifrige tessinische Geistlichkeit ausüben, muss man sich vielmehr verwundern, dass die überwiegende Mehrheit des tessinischen Volks bis jetzt noch so gut republikanisch und schweizerisch geblieben ist, — man muss sich verwundern, dass es in bekannten, schweren kritischen Zeitmomenten, wie wir es in dem letzten Jahrzehent erlebt haben, seinen schweizerischen Patriotismus so gut bewährt und seine Anhänglichkeit an die Eidgenossenschaft so aufrichtig an den Tag gelegt hat, wie es geschehen ist. Um wie viel mehr wird dieses der Fall sein, wenn Klerus und Volk des Kantons Tessin unter einem einheimischen, vaterländisch gesinnten Kirchenobern stehen, der ihnen neben der Liebe zu ihrer Religion und zu ihrer angestammten Kirche, auch Liebe zu den vaterländischen republikanischen Institutionen einflösst

und seine ganze bischöfliche Verwaltung von diesem religiös-vaterländischen Geiste tragen und durchdringen lässt.

Der gegenwärtige unnatürliche Zustand kann aber auch den hochw. Diöcesanvorständen in Mailand und Como, zumal seit dem Erscheinen des Gesetzes über die Rechte des Staates in kirchlichen Dingen vom 24. Mai 1855 und der Einführung der Civilehe im Kanton Tessin unmöglich mehr in die Länge politisch haltbar erscheinen. Was der sel. Bischof Carl Romanò zur Begründung der Nothwendigkeit der Trennung des lombardischen Cremenaga von dem tessinischen Parochialsprengel Sessa anführte, spricht Wort für Wort nur in unvergleichbar höherem Masse für die Unerlässlichkeit der Lostrennung des schweizerischen Tessins, Puschlavs und Brusios von den beiden lombardischen Bisthümern. «Die Verschiedenheit der Regierung, die verschiedenen, äusseren Zustände und Rechtsverhältnisse, besonders im Matrimonialwesen, die verschiedenen Verpflichtungen der Angehörigen des einen und des andern Staates, die Obliegenheit für die Einen, Vor- und Hauptfeste zu feiern, wozu die Andern nicht gehalten sind, — das Alles verursacht eine Verschiedenheit, welche anstatt das nothwendige Band der Liebe unter den gleichen Pfarrgenossen zu befestigen, dasselbe gänzlich zerstört.»

Diese Worte des sel. Bischofs Romanò sprechen lauter für die Trennung, als Alles, was von den Freunden und Vertheidigern derselben vorgebracht wird. Sie widerlegen und beschwichtigen aber auch die Bedenken, welche wackere und würdige, der Trennung aber abgeneigte, tessinische Geistliche gegen letztere vorbringen. Dass die Aufhebung des Status quo manche Gewohnheit stören, manches Interesse verletzen, manche bisherige Verbindungen in den lombardischen Diöcesen, zumal unter den tessinischen Klerikern, ändern und

lockern wird — wer möchte Solches leugnen. Alle Uebergänge der Art haben anfänglich ihre Unannehmlichkeiten; diese sind aber meist bald vorüber, und sind sie es, so sind gar oft diejenigen, welche sich der Reform entgegengesetzt haben, die Ersten, die sich mit den neuen Zuständen aussöhnen und dieselben lieb gewinnen.

Was hier von Msgr. Romanò behauptet worden ist, musste s. Z. auch der k. k. Reichsverweser in Mailand von seinem ausschliesslich politischen und internationalen Standpunkte aus wahr lassen. Oesterreich und Sardinien sprachen von jeher für sich an und übten unbedingt das Recht der Purifikation ihrer Grenzen von auswärtiger kirchlicher Jurisdiktion; sie duldeten und dulden auf ihrem Gebiete keine Zwitterzustände wie diejenigen sind, von welchen der Kanton Tessin und Graubünden sich befreien wollen; erleichtere Sardinien ihnen also die Erwerbung des gleichen Rechts, die Anwendung des gleichen Purifikationssystems und knüpfe es mit Rom die Trennung nicht an unannehmbare Bedingungen, welche dieselbe doch nur erschweren und verzögern, niemals aber verhindern können.

Dritte Abtheilung.

Die Abkurzung in Folge der Trennung oder die Temporalien.

Wir geben hier zuerst eine Uebersicht des im Kanton Tessin liegenden Vermögens des Bischofs und Kathedralkapitels von Como.

I. Die bischöflich-como'schen und mailändischen Temporalien in Tessin.

Nach den am Ende des Jahres 1855 amtlich gefertigten Tabellen besitzt die bischöfliche Mensa von Como, beziehungs-

weise das Kathedralkapitel, folgende Eigenthümlich- und Liegenschaftlichkeiten auf dem Gebiete des Kantons Tessin:

A. Liegenschaften.

	Perticato.			Mailänder Liren.		
Besitzungen der bischöfl. Mensa:						
in Balerna	972	13	8	243,538	16	1
in Castel San Pietro . .	349	1	2	35,407	—	—
in Stabio	35	13	11	10,287	6	1
in Ligornetto	29	9	5	16,165	16	—
	1386	14	2	305,398	18	2
Oder L. 147. 10 Ct. pr. 100 in Schweizerfranken reduzirt .	.	.	.	207,050	10	—

B. Kapitalguthaben an der tessinischen Staatskasse.

Einregistrierte konsolidirte Schuld zu Gunsten

der bischöflichen Mensa Fr. 60,612. 34

Ditto zu Gunsten des Kathedralkapitels . . » 24,430. 63

Emphyteutische Cession des bischöflichen

Palastes in Lugano an die Regierung zu

Gunsten der bischöflichen Mensa . . . » 63,097. 38

B. Summe der Kapitalguthaben . . Fr. 148,140. 35

A. Summe des Liegenschaftenwerthes » 207,050. 10

Gesamtvermögen . . Fr. 355,190. 45*).

Die jährlichen episkopalen Einkünfte von diesem Vermögen werden von der Regierung des Kantons Tessin auf Fr. 14,000 geschätzt.

*) M. s. Beilage L zum Memorial der tessinischen Regierung an den Bundesrath vom 19. Dez. 1855, wo aber S. 40, im Elenchus, in der Summation ein Additions- oder Druckfehler sich vorfindet, indem die Gesamtsumme des comasker Episkopalvermögens im Kanton Tessin nicht bloss Fr. 335,190. 45 Ct., sondern 20,000 Fr. mehr, d. h. Fr. 355,190. 45 Ct. beträgt.

Das Erzbisthum Mailand besitzt kein auf tessinischem Gebiet befindliches Vermögen; wohl aber liegen in der Gewahr und Verwaltung des Herrn Erzbischofs die Kapitalien und Titel für Freiplätze im Institut von Poggio, nämlich 22,068. 96 österr. Liren der Stiftung Roschini, 1000 ö. L. jährliche Rente der Stiftung Zoppi, und Fr. 10,000 herrührend von der Stiftung Soldati, — lauter Stiftungen, die von tessinischen Bürgern zu Unterrichtszwecken im Vaterlande gemacht worden sind.

II. Römische und österreichische Ansichten über die Abkurung.

Aus den bisherigen, zwischen dem heiligen Stuhl und den österreichischen hohen Stellen einer-, und den schweizerischen und tessinischen Behörden anderseits gewechselten Korrespondenzen geht hervor, dass man in Bezug auf die Abkurung, im Falle der Trennung, römischer und österreichischer Seits den Grundsatz geltend machen möchte, dass der die Dismembration verlangende Kanton Tessin die fundationsmässigen ständigen Bezüge, sowie die Rechnisse und Prästationen an Geld oder Naturalien, welche dem Bisthum Como gehören, nicht ansprechen könne.

In diesem Sinne sprach sich schon 1833 Msgr. Frezza, Erzbischof von Chalcedonia, gegen die zu Unterhandlungen wegen der Trennung nach Rom entsendeten geistlichen Abgeordneten des Kantons Tessin, welche verlangten, es möchte der heil. Stuhl für Abtretung der auf tessinischem Gebiet liegenden bischöflich-como'schen Vermögenstheile behufs leichterer Dotation eines tessinischen Bisthums bei der zuständigen lombardischen Regierung günstig interveniren, ziemlich klar und unverholen aus. Msgr. Frezza bemerkte unter Anderm, «eine solche Intervention wäre mit den in ähnlichen Fällen vom heil. Stuhl «eingehaltenen Maximen, welchen gemäss die in den abgetrennten

«und andern Kirchen zugetheilten Pfarreien liegenden Einkünfte
«zu Gunsten der bisherigen Besitzer erhalten werden sollen,
«im Widerspruch. Noch jetzt würden diese Maximen in den
«Diöcesen des Kirchenstaates beobachtet *).»

Der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich liess durch den schweizerischen Geschäftsträger in Wien dem Vorort hinsichtlich dieser Abkurung im Oktober 1820 erklären:
«... Was ... die Einkünfte des Bisthums Como, im Kanton Tessin gelegen, betreffe, so liege in den allgemein anerkannten
«staatsrechtlichen Grundsätzen, dass bei Abtretung von Diöcesanparzellen die betreffenden Bisthümer, Kapitel, geistlichen
«Korporationen und Stiftungen fortwährend im vollen Besitz
«und Eigenthumsrecht, sowie im Genuss der daher fliessenden
«Einkünfte, in dem abgetretenen Theile liegend, verbleiben.»

III. Kirchenrechtliche Abkurungsgrundsätze an sich und nachgewiesen in geschichtlichen Beispielen.

§. 1. Kirchenrechtliche Grundsätze über Abkurungen.

Zieht man das Kirchenrecht zu Rath **) und prüft man die einschlägigen Vorschriften des Conciliums von Trient, eine Rechtsquelle, welche die abkurungspflichtigen Diöcesankirchen sicherlich anerkennen werden, — so ist klar und ernstlich kaum zu bestreiten, dass bei Diöcesan-Sektionen oder Dismem-

*) „3°. Perchè l'atto sudetto sarebbe in contradizione colle massime adottate dalla S. Sede in simili casi, la quale sempre ha stabilito per condizione la conservazione delle Rendite in favore degli antichi possessori situate nelle Parrocchie separate ed aggregate ad altre Chiese e ciò ha osservato eziandio nelle Diocesi degli Stati Pontificj.“ M. s. Osservazioni . . sulla Memoria relativa all' erezione della Sede Vescovile nel Cantone Ticino collo Smembramento delle Diocesi di Milano e di Como, di Msgr. Frezza arcivescovo di Calcedonia Delegato da S. Sede per trattare coi Delegati Ticinesi Amadio e Bossi.

**) Vergl. C. 9. X. de his quæ fiunt etc. (3—10).

brationen, wie sie in Frage liegen, es wesentlich auf die Veranlassung und Motive derselben ankommt. Ist die Sektion oder Dismembration aus wichtigen, religiösen und kirchlichen Rücksichten durchaus nothwendig und unerlässlich, durch die geographische Lage, die Uebervölkerung der Diöcese und durch hundertjährige Erfahrungen gerechtfertigt, so darf nach dem kanonischen Rechte die Sektion oder Dismembration nicht dadurch erschwert oder unmöglich gemacht werden, dass die von dem bisherigen Kirchenamt abgelösten hirtenamtlichen Verrichtungen und Verpflichtungen ohne alle Aussteuer für denjenigen bleiben, welcher diese abgelösten Funktionen für den abgesonderten Diöcesantheil übernehmen soll. In solchen Fällen muss vielmehr auch ein Theil der Einkünfte des alten Amtes davon abgelöst und dem Uebernehmer der neuen Verrichtungen und Verpflichtungen beigelegt werden. Die kanonischen Vorschriften schreiben keineswegs vor, dass bei allen Abkurungen in Folge von Diöcesan-Dismembrationen die abgetrennten Sprengeltheile bei der Abrechnung leer ausgehen. Sie verlangen vielmehr, dass in solchen Fällen — gerade wie bei einfachen Auspfarungen — die jeweiligen vorkommenden, besondern Umstände und Verhältnisse ins Auge gefasst und berücksichtigt werden.

Diese Verhältnisse und Umstände können nun sehr verschieden sein. Eine Pfarrfiliale hat sich aus gerechten, kanonischen Gründen von einer reichen Mutterkirche getrennt. Arbeit, Mühe und Kostenaufwand der letztern sind durch diese Trennung vermindert worden. Es wurde daher die Mutterkirche verpflichtet, der ausscheidenden Tochter eine bedeutende Aussteuer zu verabreichen.

Von einer andern unvermöglichen Mutterkirche trennt sich eine Filiale mehr aus Convenienz-, als aus Urgenzgründen ab, und erstere kann in Folge dieser Ausscheidung die Kosten des Kultus nur schwer, fast gar nicht mehr bestreiten. In diesem

Falle ist es billig, dass die scheidende Filiale der Mutterkirche sogar eine Auslösungssumme zurücklasse.

Das sind die Grundsätze des Kirchenrechts, namentlich nach dem Concilium von Trient.

In der ein und zwanzigsten Session, Kap. IV, setzt das Tridentinum ausdrücklich fest, dass Pfarr- (Diöcesan-) Genossen denjenigen Kirchen, in welchen sie wegen Ortsentfernungen und Schwierigkeiten nicht ohne grosse Unbequemlichkeit den Gottesdienst zu besuchen im Stande sind, auch gegen den Willen der Pfarrrektoren nach der Vorschrift der Constitution Pabst Alexanders III «ad audientiam» neue Pfarreien einzurichten berechtigt seien. Den Pfarrern der neu errichteten Kirchen müsse in diesem Fall aus den Einkünften der Mutterkirche nach dem Ermessen des Bischofs ein hinreichendes Einkommen zugeschieden werden*). Dass unter den Mutterkirchen (*Ecclesiae matrices*) auch Kathedralkirchen verstanden sind, sagt die *Declaratio Cardinalium* ausdrücklich in den Worten: «Intelligentum est id habere locum, etiamsi Ecclesia illa foret Cathedralis, nam indefinite ponitur et universaliter intelligitur quaecunque matrix» —, zu deutsch: es versteht sich, dass das Gleiche auch von einer Kathedralkirche gilt, denn es wird hier überhaupt und im Allgemeinen von jeder Mutterkirche gesprochen. Die angeführte Bestimmung gilt also auch für die Diöcesangenossen in den Kantonen Tessin und Graubünden. Ihre

*) „... In iis vero, in quibus ob locorum distantiam, sive difficultatem parochiani sine magno incommodo ad percipienda Sacramenta et divina officia audienda accedere non possunt, novas parochias, etiam invitis Rectoribus, juxta formam constitutionis Alexandri III, quae incipit „ad audientiam“, constituere possint. Illis autem Sacerdotibus, qui de novo erunt Ecclesiis noviter erectis praeficiendi, competens assignetur portio arbitrio Episcopi ex fructibus ad Ecclesiam matricem quomodocunque pertinentibus...“ Vid. Concil. Trident. Sess. XXI. Cap. IV de Reform.

Trennung von den bischöflichen Kirchen zu Mailand und Como geschieht aus den oben näher entwickelten, gerechtesten, kanonischen Gründen. Die Erzdiöcese Mailand ist eine der reichsten und angesehensten Mutterkirchen Italiens. Auch die Kirche von Como gehört zu den hochansehnlichen und reichen Mutterkirchen. Nach Abtrennung von Tessin, Puschlav und Brüs bleiben der letztern immer noch eine Anzahl von 236,800 Seelen und 308 Pfarreien, so dass deren Fortbestand durch die Dismembration und die Cession eines Theils ihrer Einkünfte an die dismembrierten schweizerischen Pfarreien wenig beeinträchtigt und in gar keiner Weise gefährdet erscheint.

Dazu kommt nun noch, dass ein grosser Theil der bischöflichen Einkünfte von Como auf Gütern, Schuldtiteln und Kassa-anweisungen der zu dismembrirenden Sprengeltheile radiziert ist und von diesen entrichtet wird. Darin liegt ein Grund mehr, dass dieselben nicht ohne bedeutende Aussteuer aus dem bisherigen Diöcesanverbande entlassen werden können.

Wie hoch aber die Aussteuersumme zu fixiren sei, muss schlechterdings und um so mehr den Abkurungsunterhandlungen überlassen werden, als sich daran wohl noch andere als Temporalienfragen knüpfen werden.

§. 2. Einzelne geschichtliche Belege für die Anwendung dieser Grundsätze.

Dass bei kirchlichen Abkurungen manchen Orts nach den oben entwickelten, kirchenrechtlichen Grundsätzen verfahren worden ist, kann mit vielen geschichtlichen Beispielen belegt werden. Wir wollen uns indessen auf Aushebung einiger wenigen älteren und neueren Datums und zwar solcher beschränken, welche mit dem Gegenstande, den wir behandeln, in weniger entfernter Beziehung stehen.

a. Abkurung zwischen Oesterreich und der Republik Venedig bei Aufhebung des Patriarchats von Aquileja 1751.

Als im Juli 1751 das Patriarchat Aquileja, dessen Suffragan der Bischof von Como war, in Folge einer Convention zwischen Oesterreich und Venedig, welcher der heil. Stuhl seine unbedingte Genehmigung ertheilte, supprimirt und zum Theil daraus einerseits das österreichische Erzbisthum Görz, anderseits das Erzbisthum Udine gebildet wurde, fand die Abkurung in der Weise statt, dass jene Temporalien des supprimirten Patriarchats Aquileja, welche auf österreichischem Gebiete lagen, dem neuen österreichischen Erzbisthum Görz, jene aber, welche zum Gebiete der Republik Venedig gehörten, dem venetianischen zum Erzbisthum erhobenen Bisthum Udine zugeschieden und abgetreten wurden. Der Art. VII dieser Convention lautet wörtlich *): «Zu Vermeidung jedes Anlasses von «Zwistigkeiten, sollen die Einkünfte, welche bisher der Kirche «von Aquileja gehörten, so getheilt werden, dass diejenigen, «welche aus österreichischen Landestheilen herfliessen, zu Er- «richtung des neuen Bisthums oder Erzbisthums daselbst und «des diesem unterworfenen Kathedralkapitels, — jene Einkünfte «aber, welche von venetianischen Gebietstheilen herrühren, dem

*) Art. VII. „Pro tollendâ omni dissidiorum ansa, redditus, qui ad Aquilejensem Ecclesiam hactenus spectarunt, ita separentur, ut qui ex terris Austriacis proveniunt, constituendo ibidem novo Episcopo, aut Archiepiscopo, eique subjectis Canonicis; illi verò, qui ex Veneto territorio promanant, Utinensi Episcopo, aut Archiepiscopo et ibidem degentibus Canonicis ex asse cedant. Et si quæ adhuc supersunt alia rerum capita ad Aquilejensem Patriarchatum sese referentia, de iis ex æquo et bono inter Sacram Cæsaream Regiamque Majestatem, et Serenissimam Venetam Rempublicam, ad instar eorum, quæ quoad limites observata hucusque fuerunt, quo citius, eò melius amica pariter viâ terminentur.“ Ex Bull. Benedict. XIV. dd. 1751 pridie nonas Julii: „Injuncta nobis a Supremo.“ Vid. Bullar. T. III. p. 394. Romæ 1753. Typis Congregat. de prop. fid.

«Bischof oder Erzbischof von Udine und den dortigen Domherren des gänzlichen zufallen. Würden sich noch andere auf das Patriarchat von Aquileja bezügliche Anstände ergeben, so sollen dieselben zwischen der Kais. Königl. Majestät und der Erlauchten Republik Venedig nach Recht und Billigkeit gemäss den in beiden Gebieten geltenden Uebungen ebenfalls in Minne und zwar so beförderlich als möglich ausgetragen werden.»

Bei dieser wichtigen Abkurung wurde also von den betreffenden Staaten, welche dieselbe zu pflegen hatten, unter ausdrücklicher Gutheissung des heil. Stuhls, der rein territoriale Grundsatz dahin festgehalten und durchgeführt, dass von den bisherigen Einkünften des Patriarchats von Aquileja jeder Staat alle jene Theile zu eignen Diöcesanzwecken an Handen ziehe, welche auf seinem Territorium sich befinden.

b. Abkurung in Folge Lostrennung der Schweizerkantone vom Bisthum Konstanz.

Wir unterscheiden hier die Abkurung bezüglich des eigentlichen Diöcesanvermögens von derjenigen der Fonds der Ruralkapitel und sprechen zuerst von der Abkurung:

aa. In Bezug auf die bischöflichen und Domkapitels-Einkünfte.

Für die Kantone Uri, Schwyz, Unterwalden, Luzern, Zürich, Glarus, Zug, Solothurn, Appenzell I. Rh., St. Gallen, Aargau, Thurgau und Schaffhausen, beziehungsweise deren katholische Bevölkerungen, führte die Eidgenossenschaft im Jahre 1804 selbst durch eigene Bevollmächtigte die Abkurungsunterhandlungen mit dem Churfürstenthum Baden. Die Uebereinkunft wurde in Ausführung des Art. V des, zu einem Reichsschluss erhobenen Regensburger Deputationhauptschlusses vom 25. Fe-

bruar 1803 zu Schaffhausen am 6. Februar 1804 abgeschlossen *). Gegen den Regensburger Hauptschluss hatte zwar der römische Stuhl wegen der darin verfügten Säkularisation der geistlichen Stifter Verwahrung eingelegt, war aber nachher natürlich damit vollkommen einverstanden, dass den Katholiken in den eben erwähnten Schweizerkantonen von den konstanzi- schen Stiftungsgütern eine erkleckliche Summe zugeschieden werde, damit sie, wie es in der Absicht des heil. Stuhles lag, ihre bishümlichen Einrichtungen fortan um so leichter territorial und gesondert vom Bisthum Konstanz zu ordnen in den Stand gesetzt würden.

In Folge der Uebereinkunft vom 6. Febr. 1804 übernahmen dann die betreffenden schweizerischen Kantone alle Liegen- schaften, Rechte und Gefälle, welche das ehemalige Hochstift und das Domkapitel von Konstanz in der Schweiz besessen haben, nach den gefertigten Etats sammt den auf diesen Be- sitzungen und Gefällen haftenden Schuldforderungen, gegen Ausbezahlung einer Aversalsumme von fl. 440,000 an Churbaden. Für die Bedürfnisse und Ansprüche des unter dem konstanzi- schen Bisthum gestandenen Kirchensprengels der Schweiz wurde eine Summe von dreimalhunderttausend Gulden oder fünfzehntausend Gulden jährlicher Einkünfte aus- gesetzt. Für die auf den zugefallenen, ehemals konstanzi- schen Kollaturen haftenden Beschwerden, vorzüglich zu Wiederher- stellung der baufälligen Pfarrhäuser, welche von den Kollatoren unterhalten werden mussten, ward eine Summe von sechzig- tausend Gulden ausgeworfen, wovon der Kanton Thurgau vier- zigtausend, der Kanton Zürich zehntausend und der Kanton Schaffhausen zehntausend Gulden bezog. Die bei dieser Ab-

*) M. s. Urkunden zum Repertorium der Tagsatzungsabschiede von 1803 —1813. Bern 1843. S. 119.

kurung beteiligten katholischen und paritätischen Kantone regulirten durch Konferenzbeschlüsse vom 24. Juni 1809, 5. Juli 1810, 20. Juni 1811, 15. Juni 1812 und 24. Juni 1813 die Repartition der bishümlichen Auslösungs- und Aussteuersumme in der Weise, dass die Zahl der Kommunikanten in jedem betreffenden Kanton der Vertheilung zu Grunde gelegt wurde.

Die Vertheilung des auf Lichtmess 1821 verfallenen Diöcesanfonds von 300,000 Gulden in Louisd'or à 11 fand dann nach den, Anno 1820 gefertigten Kommunikantenverzeichnissen statt, wie folgt:

Namen der Kantone.	Kommu- nikanten- Angabe v. J. 1811.	Kommu- nikanten- Angabe v. J. 1820.	Betreffnisse.	
			fl.	kr.
Ury empfängt n. der 2. Zählung	7465	7916	9608	4
Schwyz » » »	23919	24346	29953	25
Unterwalden n. d. W. »	16383	7628	9258	7
» o. d. W. »		8539	10363	48
Luzern » » »	74212	77267	93779	18
Zürich » » »	644	840	1019	30
Glarus » » »	2119	2313	2402	42
Zug » » »	10016	10379	12597	2
Solothurn » » »	6311	6419	7790	45
Schaffhausen » » »	186	212	257	17
Appenzell I. R. » » »	7180	7180	8714	23
St. Gallen » » »	47426	49925	60594	12
Aargau » » »	28995	30664	37217	3
Thurgau » » »	14398	13549	16444	24
Total der Kommunikanten .	239254	247177		
Total-Summe fl. .	.	.	300000	—

Diese bedeutende Summe von fl. 300,000 oder 630,000 Schweizerfranken mussten Churbaden, Bischof und Kathedralkapitel als Abkurungsaussteuer an die von der konstanzer Diöcese losgetrennten schweizerischen Kantone bezahlen, obwohl letztere damals mit der Trennung nicht einverstanden waren, das Domkapitel sogar dagegen protestirte, die churfürstliche Regierung aber nach dem Regensburger Hauptschluss die Pflicht grosser Dotationen für neue Bisthumseinrichtungen (Erzbisthum Freiburg) zu übernehmen hatte.

bb. In Bezug auf die Ruralkapitelsfonde.

Als nach Einführung der Mediationsverfassung der Fürstbischof Carl Theodor im Einverständniss mit den Kantonsregierungen eine neue nach den Kantonsgebieten abgegrenzte Umschreibung der Landkapitel in den schweizerischen, bischöflich-konstanzer Gebietstheilen vornahm, weigerten sich anfänglich mehrere Kapitel, von denen einzelne Pfarreien abgetrennt und benachbarten Kapiteln, zumal in andern Kantonen zugetheilt wurden, die *ratæ portiones* vom Kapitelsfond an die losgetrennten Theile verabfolgen zu lassen. Die geistliche Gewalt setzte aber im Einverständniss mit den Kantonsobrigkeiten die von ihr beschlossene Abkurung durch und stellte in ihren diesfälligen Erlassen den Grundsatz auf, dass das sämmtliche Vermögen jener Rural-Kapitel, die einer Dismembrirung unterliegen, getheilt und an jedes inländische oder auswärtige Kapitel, wohin fortan die Pfarreien einverleibt werden, eine verhältnissmässige Zahl solcher Portionen verabfolgt werden müsse. Wir zitiren von mehreren solcher Erlasse den Art. V der Zirkularverordnung der konstanzer Curia vom 24. August 1807, welcher lautet: «Das sämmtliche Vermögen jedes der drei bisherigen Kapitel St. Gallen, Wyl und Rapperswyl wird in so viele Portionen, als jedes derselben Pfarren enthält, ab-

getheilt, und es ist an jedes inländische oder ausländische Kommissariat oder Kapitel, wohin jetzt die Pfarren einverleibt werden, eine verhältnissmässige Zahl solcher Portionen zu verabfolgen. Auf solche Art wird in jedem Kapitel im Kanton St. Gallen eine Kapitelskasse gebildet, welche zur Bestreitung der gemeinsamen Auslagen ihre Bestimmung hat.» Diese Verfügung wurde mit nachstehendem Reskript den bischöflichen Kommissarien angezeigt: «Wir haben die Entschliessung gefasst, diejenigen Pfarren, welche zu dem Kantonsbezirk Thurgau gehören, von dem Landkapitel Wyl zu trennen und dem Kapitel Frauenfeld einzuverleiben, weil wir solches den neuen Lokalverhältnissen und der schnellen Kundmachung der landesherrlichen und bischöflichen Verordnungen angemessen finden. Diese Trennung und Theilung der thurgauischen Pfarren an das Landkapitel Frauenfeld führt als nothwendige Folge mit sich, dass jeder der abzutrennenden Pfarreien ein gleicher Antheil an dem Vermögen des Kapitels Wyl herausgegeben werde. Dieses Vermögen besteht:

1) in Geldkapitalien à	fl. 2158. 30 kr.
2) an Grundzins, Kernen 2 Muth (der Muth à 7 fl. 34 kr. 3 hl. 20facher Loskauf)	» 303. 10 »
3) an Restanzen	» 507. 42 »
4) an Baarschaft	» 507. — »
zusammen .	fl. 3476. 22 kr.

Da nun das Kapitel Wyl bisher 28 Pfarren in sich begriffen hat, so haben wir die Vermögenssumme auf eben so viel Pfarren repartirt, wovon das Resultat darin besteht, dass auf jede Pfarre 126 fl. 39 kr. $24\frac{4}{7}$ hl. als Antheil fallen. Es wäre daher für jede der Pfarren, welche zum Kanton Thurgau gehören, und darum vom Landkapitel getrennt und dem Landkapitel Frauenfeld einverleibt werden, obige Summe à 126 fl.

39 kr. 24/7 hl. ex cassa capituli Wyl an die Frauenfelder Kapitelskasse baar zu verabfolgen.»

c. Abkurzung zwischen Oesterreich und Graubünden
in Folge Lostrennung von Tyrol und Vorarlberg
von dem Bisthum Chur.

Der Regensburger Reichsschluss sprach zwar der helvetischen Republik für die Verluste, welche einzelne in ihrem Gebiet gelegene Klöster im deutschen Reiche erlitten, das Hochstift Chur als Entschädigung zu, mit der Verbindlichkeit, den Bischof, das Domkapitel und deren Diener zu erhalten; allein da um dieselbe Zeit die helvetische Regierung aufgelöst wurde und an deren Stelle die Mediationsverfassung trat, so blieb auch jene Abtretung des Bisthums Chur ohne alle und jede Folgen. Nichtsdestoweniger nahm Oesterreich davon Anlass, die Güter und Einkünfte der auf seinem Gebiet gelegenen Theile durch Edikt vom 3. Dezember 1803 zu inkameriren. In seinen geistlichen Funktionen ward dem Oberhirten im österreichischen Distrikt seines Sprengels kein Hinderniss in den Weg gelegt; Bischof Karl Rudolph residirte sogar eine Zeit lang in Meran, wo sich das Priesterseminar befand. Als aber in Folge des Pressburger Friedens vom 26. Dezember 1805 Tyrol und Vorarlberg an Bayern kamen, musste Karl Rudolph Meran verlassen, das Priesterseminar wurde (1807) nach Chur verlegt, die Inkameration noch strenger gehandhabt, und dem Bischof selbst die Ausübung seiner Funktionen in jenen Theilen seines Sprengels sehr erschwert. Als (1813) nach dem Sturz Napoleons Tyrol und Vorarlberg an Oesterreich zurückfielen, blieben die bischöflich-churischen Güter und Einkünfte inkamerirt und die tyrolischen und vorarlbergischen Bestandtheile des Bisthums Chur wurden 1814 mit Genehmigung des heiligen Stuhls gänzlich von demselben

abgetrennt und im Jahre 1818 dem Bisthum Brixen einverleibt *).

Seit dem Jahre 1803 hat es die Eidgenossenschaft im Namen des Standes Graubünden und Graubünden selbst an Vorstellungen dieser Inkamation bei der k. k. Regierung nicht ermangeln lassen. Die theils in Liegenschaften (der Ertrag der Güter in Fürstenberg belief sich allein auf 6000 fl. R. W.), theils in Kapitalien bestehenden Vermögenstheile des Bisthums Chur blieben inkamerirt und sind, wie es heisst, dem unter Verwaltung des Staates stehenden österreichischen Kirchen- und Religionsfond inkorporirt worden. Als vor einigen Jahren der churische Bischof durch einen bevollmächtigten Domherrn die Entschädigungsforderungen neuerdings von sich aus in Wien betreiben liess, gelangte derselbe zu einem Modus vivendi, welchem gemäss Oesterreich seither den Rechten unbeschadet alljährlich bloss fl. 4000, wie man sagt, an die bischöfliche Kasse in Chur verabfolgen lässt.

Vierte Abtheilung.

Die Bundesintercession, das Verfahren und die Aufgabe bei den Trennungs- und Reorganisationsunterhandlungen.

Da die Kantone Graubünden und Tessin, um endlich zur Lostrennung ihrer Gebietstheile von den lombardischen Bisthümern Mailand und Como zu gelangen, die Intercession der eidgenössischen Bundesbehörden angerufen haben, so fragt es sich vor Allem, sind diese wirklich kompetent, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, oder muss die Behandlung von Grenzpurifikationsfragen, wie sie vorliegen, lediglich den zunächst betroffenen Kantonen anheimgestellt bleiben?

*) Vergl. oben S. 92 ff.

Wir bejahen die Frage der Kompetenz der Bundesbehörden unbedingt und begründen unsere Ansicht wesentlich mit Folgendem.

I. Kompetenz des Bundes, die Trennungsfrage zu behandeln.

Die Dismembrationen, so wie überhaupt die Innovationen der Benefizien, namentlich der Bisthümer werden jetzt überall als Gegenstände gemischter Natur (*res mixtæ*) behandelt *). Es hat auch der heil. Stuhl, wie wir oben gezeigt, über Bisthums-Circumskriptionen, Dismembrationen, Coadunationen u. s. w. in dem letzten halben Jahrhunderte mit katholischen, paritätischen und protestantischen Regierungen eine Menge Konkordate, Konventionen u. s. w. abgeschlossen. Zur Wesenheit der katholischen Kirche gehört, dass sie von Bischöfen regiert werde; allein das gehört nicht dazu, dass der Bischof eher an diesem, als an jenem Orte residire, noch dass seine Diocese unabänderlich diese und keine andern Grenzen habe. Alles dies gehört zur äussern und veränderlichen Disciplin; folglich hat die Staatsgewalt mit und neben der Kirchengewalt das Recht, es zu reguliren. Wer will leugnen, dass die Bisthumseinrichtungen den Verhältnissen und Bedürfnissen desjenigen Staates entsprechen müssen, für welchen sie vorhanden sind. Zu beurtheilen, welche Bisthumseinrichtungen den Verhältnissen und Bedürfnissen des Staates am zweck-

*) M. s. Bayer. Konkordat Art. XII. Litt. f. Beilage II zur Verf. Urk. für Bayern §. 76. litt. e. Conf. die Lehrbücher über Kirchenrecht von Pehem, Eybel, Gmeiner, Rechberger, Walter u. A. In ältester Zeit war die Errichtung und Abänderung etc. von Bisthümern Sache der Provinzialsynoden. Eine Menge Bisthümer errichteten die Regenten und Landesherren von sich aus, wie z. B. Constantin der Grosse, die fränkischen und deutschen Kaiser, die Könige von England und Schottland, von Schweden und Dänemark — all das mit und ohne ausdrückliche Bestätigung des päpstlichen Stuhls.

mässigsten sei, kann aber der Staat nicht ausschliesslich der Kirchengewalt überlassen, wenn er derselben nicht eine Oberherrlichkeit einräumen will, die je nach Umständen gewisse zufällige und veränderliche Kirchenanstalten auch wider die Staatswohlfahrt aufrecht erhalten, und dadurch die Selbstständigkeit und Freiheit des Staates gefährden oder gar zu Grunde richten könnte.

Allein — erwidert man von einer Seite — aus dem Gesagten geht nur hervor, dass die Staatsgewalten von Graubünden und Tessin kompetent seien, die Verhandlungen für Los-trennung der genannten Kantone von den lombardischen Bisthümern zu betreiben, nicht aber die Bundesgewalt, welcher kein Recht zustehe, die Kantonalsouveränität in der dem selbstständigen Leben und Wirken der Kantone unbedingt vorbehaltenen Verwaltung der kirchlichen Verhältnisse zu beschränken.

Wir sind diesfalls entschieden anderer Ansicht. Rufen wir uns hier, um diese Ansicht zu rechtfertigen, die Vorgänge der Unterhandlungen in Bisthumssachen während der Mediations- und Restaurationsperiode ins Gedächtniss *), und gehen wir dann von da über auf die Bundesverfassung von 1848, durch welche der schweizerische Staatenbund in einen Bundesstaat umgewandelt worden ist.

Gemäss dem Art. 21 der Mediationsakte lag der Abschluss von Kriegs- und Friedensbündnissen, sowie von Allianzverträgen ausschliesslich in der Befugniss der Tagsatzung und nach Art. 22 derselben war auch letztere nicht nur ausschliesslich befugt, Handelsverträge und Militärkapitulationen für auswärtigen Dienst abzuschliessen, sondern sie war es ebenfalls, bei welcher die Kantone Vollmacht einholen mussten, wenn sie

*) Vergl. oben S. 52 ff.

vorkommenden Falls Verträge mit einer auswärtigen Macht über andere Gegenstände unterhandeln wollten. Unter «Verträgen» waren auch Konkordate und Konventionen in politisch-kirchlichen Dingen und unter «auswärtiger Macht» auch der römische Pabst und seine Regierung verstanden *). Der Tagsatzungsbeschluss vom 22. August 1803 regulirte die Unterhandlungen einzelner Kantone mit auswärtigen Staaten dahin, dass jene bei minder wichtigen Gegenständen präliminäre Besprechungen vornehmen und, nach Voranzeige an die Bundesbehörde über die Natur derselben, unter Ratifikationsvorbehalt unterhandeln konnten, bei wichtigen Gegenständen aber die Vollmacht zu Unterhandlungen bei der Tagsatzung, im Fall von Urgenz bei dem Landammann der Schweiz, einzuholen und das Ergebniss derselben der Tagsatzung vorzulegen verpflichtet waren.

In Handhabung dieser verfassungsmässigen Bestimmungen wurden 1804 und in den folgenden Jahren die Verträge mit Churbaden über die bischöflich-konstanzischen Abkurungsverhältnisse durch eidgenössische Bevollmächtigte im Namen des Bundes unterhandelt und im Weiteren festgesetzt, dass die Frage über Reorganisation der bishümlichen Verhältnisse in der Eidgenossenschaft mit dem römischen Stuhl von einer durch Abgeordnete der dabei zunächst betheiligten Kantone beschickten Konferenz unter dem Vorsitz des Landammanns der Schweiz oder eines von ihm Beauftragten verhandelt werden soll. Dass damals die Regulirung der schweizerischen Bisthumsverhältnisse nicht unter der Aegide

*) „Art. 21. Les déclarations de guerre et les traités de paix ou d'alliance émanent de la Diète; mais l'aveu de trois quarts de Cantons est nécessaire.“

„Art. 22. Elle seule conclut des traités de commerce et des capitulations pour service étranger. Elle autorise les Cantons, s'il y a lieu, à traiter particulièrement sur d'autres objets avec une puissance étrangère.“ V. Acte de médiation de 1803.

des Bundes durch eine, einerseits von dem päpstlichen Bevollmächtigten, anderseits vom Landammann der Schweiz Namens der Eidgenossenschaft und der betreffenden Kantone unterzeichneten Konvention zu Stande gekommen ist, — daran trug die Ungunst der Zeit und die ausserordentliche Lage, in der sich zu jener Zeit das Oberhaupt der katholischen Kirche befand, die hauptsächliche, wenn nicht ausschliessliche Schuld.

Obwohl die Bundesakte vom 7. August 1815 die in der Mediationsakte den eidgenössischen Behörden eingeräumte Centralgewalt beschränkte und der Beschluss der Tagsatzung vom 22. August 1803 durch die «organische Vorschrift betreffend die Unterhandlungen einzelner Stände mit auswärtigen Mächten» vom 22. Juli 1819 und 19. Juli 1820 ersetzt wurde, so glaubte sich der Vorort doch, angerufen von der tessinischen Regierung, in den Jahren 1819 und 1820 verpflichtet, in der Frage der Trennung Tessins von den lombardischen Bisthümern bei der k. k. österreichischen Regierung seine Intervention eintreten zu lassen.

Die Unterhandlungen mit Rom für Errichtung des Doppelbisthums St. Gallen, des Bisthums Basel-Solothurn u. s. w. wurden allerdings von den Abgeordneten der betreffenden Kantone in verderblicher Zersplitterung und unter Aufopferung mannigfacher Staatsinteressen und alter Kirchenfreiheiten, ohne Mitwirkung der Bundesgewalt allein geführt, weil man annahm, Unterhandlungen und Verträge der Art gehören nicht zur Kategorie der «Bündnisse mit auswärtigen Staaten», deren «Errichtung» der Art. 8 der Bundesakte von 1815 der Tagsatzung vorbehalten wissen wollte.

Mit der Annahme der Bundesverfassung von 1848 ist dieses anders geworden. Aus dem frühern Staatenbund wurde die Schweiz ein Bundesstaat. Der neue Bund beruht nicht mehr auf einem Vertrag der einzelnen Gliederstaaten, sondern auf

einem Beschluss der Mehrheit aller Schweizerbürger, also auf einer wirklichen Verfassung, welche die einzelnen Staaten zu einer Nation mit einem wirklichen Staatsgebiet und einer Territorialhoheit konstituiert hat. Nach Art. 2 der Bundesverfassung hat der Bund die Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Aussen zum Zweck und nach Art. 74. 6 fallen «Massregeln für die Behauptung der Unabhängigkeit der Schweiz» in den Geschäftskreis der Bundesversammlung. Der Bundesstaat erweiterte den bisherigen mehr äussern Staatszweck (Sicherung der Unabhängigkeit im äussern, völkerrechtlichen Verhältniss) nach der Idee eines Staates durch wichtige Elemente des innern Staatszwecks (Entwicklung und Förderung des Rechts und der Kultur), woraus sich folgerichtig auch ein erweiterter Umfang der Befugnisse der Centralgewalt ergab.

Eine Folge dieser Erweiterung war unter Anderm auch die Gewinnung der völkerrechtlichen Einheit in unsern Beziehungen zum Ausland und folglich die Uebergabe der Leitung aller internationalen Verhältnisse des Bundesstaates und der einzelnen Gliederstaaten, so wie des ganzen diplomatischen Verkehrs an die Zentralgewalt. Es ist das Recht der Kantone, mit andern auswärtigen Mächten Verträge wess Namens immer abzuschliessen, auf eine dem Bundesstaatszweck entsprechende Weise beschränkt worden. Die einschlägigen Art. 8, 9 und 74, Ziffer 5 und 6 der Bundesverfassung lauten:

«Art. 8. Dem Bund allein steht das Recht zu, Krieg zu erklären und Frieden zu schliessen, Bündnisse und Staatsverträge, namentlich Zoll- und Handelsverträge mit dem Auslande einzugehen.»

«Art. 9. Ausnahmsweise bleibt den Kantonen die Befugniss, Verträge über Gegenstände der Staatswirthschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit dem Auslande abzuschliessen; jedoch dürfen dieselben nichts dem

Bunde oder den Rechten anderer Kantone Zuwiderlaufendes enthalten.»

Unter die Gegenstände, welche in den Geschäftskreis beider Räthe fallen, gehören:

«Art. 74, Ziff. 5. Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, sowie die Guttheissung von Verträgen der Kantone unter sich oder mit dem Auslande. Solche Verträge der Kantone gelangen jedoch nur dann an die Bundesversammlung, wenn vom Bundesrath oder einem andern Kanton Einsprache erhoben wird.»

Nach dem Sinn und Wortlaut des Art. 9 der Bundesverfassung gehören daher alle internationalen Verhandlungen, welche nicht bloss staatswirthschaftliche, nachbarliche Verkehrs- und Polizeisachen der Kantone mit dem Auslande beschlagen, folglich auch Fragen über Purifikation des Bundesgebiets von auswärtigen kirchlichen Jurisdiktionen, durch welche die nationale Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz in Folge des nachtheiligsten Einflusses auf die bezüglichen schweizerischen Gebietstheile gefährdet erscheint, in den Bereich der Bundeshoheit. Behauptungen, als gehörten Konkordate und Konventionen mit dem päpstlichen Stuhle über politisch-kirchliche Angelegenheiten, wie z. B. über Grenzpurifikationen nicht in die Kategorie von Staatsverträgen und als sei in solchen Fällen die päpstliche Regierung nicht als der Repräsentant einer auswärtigen Macht — eines Staates zu betrachten, verdienen keine ernste Widerlegung.

Diese Auslegung und Anwendung hat die Bundesversammlung bereits durch zwei Beschlüsse den Art. 8 und 9 der Bundesverfassung gegeben. Kraft des ersten vom 25. Juli 1856 datirten Beschlusses, den wir schon oben *) wörtlich angeführt

*) M. s. oben S. 70 u. 71.

haben, ladet sie den Bundesrath ein, die Trennung von Graubünden und Tessin von den lombardischen Bisthümern mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln zu betreiben; durch den zweiten vom 30. Juli 1857, kraft welches sie die Verfassung des Kantons Freiburg gewährleistete, behielt sie dem Bunde ausdrücklich die Einsicht und Prüfung des Konkordates vor, welches Freiburg gemäss Art. 2 seiner Verfassung mit dem päpstlichen Stuhl über kirchliche Angelegenheiten abzuschliessen beabsichtigt.

Zu alledem kommt endlich, dass eben die beiden in Sachen zunächst betheiligten Kantone die Kompetenz der Bundesbehörden in der vorliegenden Purifikationsfrage nicht nur anerkannt, sondern deren bundesverfassungsmässige Verfügungen wiederholt und beharrlich angerufen haben.

II. Gründe für den Bund, die Trennungsangelegenheit an die Hand zu nehmen.

Alle die von uns in der zweiten Abtheilung gegenwärtiger Schrift ausgehobenen Gründe, welche die Gliederstaaten Tessin und Graubünden veranlassen und zwingen, die Grenzpurifikationsfrage endlich an ein Ziel zu führen, legen mittelbar auch der Zentralgewalt des Bundesstaates die Pflicht auf, dieselbe unmittelbar zu betreiben. Der schweizerische paritätische Bundesstaat hat für sich nur in anderer Richtung dasselbe, wenn nicht noch grössere politische Interesse, sein Bundesgebiet von der Herrschaft einer auswärtigen kirchlichen Gerichtsbarkeit zu purifiziren, als Sardinien oder der österreichische Kaiserstaat. Das Interesse des Bundes, bei Abschlüssen von Konkordaten in politisch-kirchlichen Angelegenheiten auch seinerseits ein jus inspiciendi und cavendi auszuüben, ist, seitdem wir auch im neuen Schweizerbürger- und Niederlassungsrecht die nationale Einheit gefunden haben, noch weit grösser und dringen-

der geworden. Die neue Eidgenossenschaft anerkennt in dem Grundgesetze des Bundes die katholische und evangelische Religion als gleichberechtigt, sie gewährt das Recht freier Niederlassung im ganzen Umfang des schweizerischen Gebiets. Sie gewährleistet in Art. 44 die freie Ausübung des Gottesdienstes der anerkannten christlichen Konfessionen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft und behält nicht nur den Kantonen, sondern auch dem Bunde vor, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen die geeigneten Massnahmen zu treffen.

Tessin, ein ganz katholischer Kanton, kann ferner in politisch-kirchlichen Dingen nicht mehr nach alter Weise handeln und behandelt werden. Die Zeiten der Locarno-Ausweisungen evangelischer Christen sind vorüber. Evangelische Schweizer haben im Tessin von nun und fortan gleichen Staats- und Bundesschutz wie die katholischen. Was Graubünden betrifft, so ist Puschlav längst eine paritätische Gemeinde, in welcher die Evangelischen, gleich den Katholiken, ihren konfessionellen Rechtsstand besitzen. In einer Zeit, wo österreichische Konkordate, abgeschlossen mit dem heil. Stuhl, das Signal gegeben für Abschluss ähnlicher Konkordate, in welchen die bisher in allen katholischen und paritätischen Staaten in Geltung und Uebung gewesenen Hoheitsrechte des Staates circa Sacra grossen Theils über Bord geworfen sind, thut es doppelt Noth auf der Hut zu sein. Nachdem in Folge der neuen Grundsätze das alte kanonische Verbot der *Communicatio in Sacris* in schroffester Weise bei der Eingehung der gemischten Ehen, der Aufstellung von paritätischen Schulen, der Beerdigung evangelischer Christen auf katholischen Gottesäckern u. s. w. wieder durchgeführt wird —, in einer solchen Zeit ist es unerlässlich, dass der Bund von der ihm, in Bezug auf die Unterhandlung, Prüfung und Genehmigung von Konkordaten mit

dem heil. Stuhl in politisch-kirchlichen Angelegenheiten zustehenden Kompetenz unmittelbaren Gebrauch mache.

III. Das Verfahren und die Aufgabe bei den Trennungs- und Reorganisationsunterhandlungen.

Hier kommt zunächst in Frage, ob Tessin die Zumuthung gemacht werden soll, seine Gesetzgebung über die Rechte des Staates in kirchlichen Dingen, wie es der römische Stuhl, als *Conditio sine qua non* des seinerseitigen Handbietens zu Unterhandlungen in der Trennungsfrage verlangt, ganz aufzuheben oder wenigstens zu suspendiren?

§. 1. Ueber die Aufhebung oder Suspension des tessinischen Gesetzes vom 24. Mai 1855, betreffend die Rechte des Staates in kirchlichen Dingen, als Bedingung der Unterhandlungs-Eröffnung.

Wir sind der entschiedenen Ansicht, dass von Bundeswegen keine solche Zumuthung an Tessin gemacht werden soll. Im Jahre 1819 hatte die tessinische Regierung den Entwurf eines Gesetzes über die Rechte des Staates in kirchlichen Dingen dem Grossen Rathe vorgelegt. Der Grosse Rath trat damals in diesen Gesetzesentwurf nicht ein, weil man unter Anderm behauptete, ein solches Gesetz, wenn man es erlasse, werde den heiligen Vater dermassen indisponiren, dass er keine Hand zur Trennung biete. Die Erlassung des Gesetzes unterblieb, dennoch aber ist dem dringenden Gesuch Tessins um Trennung von den lombardischen Bisthümern bis zum Jahre 1855 in keiner Weise entsprochen worden.

Im Jahre 1855 erliess nun der Grosse Rath des Kantons Tessin, durch bekannte Vorgänge und Erwägungen veranlasst, das 1819 entworfene Gesetz *de juribus circa Sacra* mit einigen Zusätzen und Veränderungen, und nun verlangt man von Seite

der römischen Curia die Aufhebung, beziehungsweise Suspension dieses Gesetzes, weil dieselbe sonst in keine Trennungsunterhandlungen mit Tessin sich einlassen werde.

Wer es mit dem Kanton Tessin und der angestrebten schweizerischen Grenzpurifikation gut und redlich meint, wird zu letzterem schwerlich rathen können. Wir thun es nicht, sind dagegen mit der von den tessinischen Behörden in Aussicht gestellten Bereitwilligkeit, im Laufe der Unterhandlungen selbst und wenn die Trennung durch den päpstlichen Stuhl zugesagt ist, die Abänderungen einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 24. Mai 1855 der Kirche zu konzediren, vollkommen einverstanden.

§. 2. Erste und nächste Aufgabe der Unterhandlungen.

Es ist nun zunächst die Frage zu erörtern: Was soll Aufgabe und Ziel im ersten Stadium der Unterhandlungen sein?

Aufgabe der Unterhandlungen soll zunächst sein: Die Erzielung einer Konvention zwischen dem heil. Stuhl und der Eidgenossenschaft und daraufhin die Auswirkung eines päpstlichen Breve's, worin die Lostrennung des römischen Theils des Kantons Tessin, sowie der katholischen Kirchgemeinden Puschlav und Brüs des Kantons Graubünden von dem Bisthum Como einerseits, und des ambrosianischen Theils des Kantons Tessin von dem Erzbisthum Mailand anderseits gewährt und ausgesprochen, für Tessin einstweilen ein Vikariat aufgestellt, in Bezug auf Puschlav und Brüs aber die sofortige Vereinigung mit dem Bisthum Chur verfügt wird.

Ist eine solche Konvention abgeschlossen und allseits ratifiziert und ist auf ein darauf erfolgtes päpstliches Breve Puschlav und Brüs dem Bisthum Chur wieder, wie vor Altem, einverleibt, — der ganze Kanton Tessin aber von den beiden lombardischen Diöcesen getrennt und für denselben ein provisorisches Vikariat aufgestellt, so ist es die Aufgabe weiterer Unterhandlungen: Ueber die Temporalienfrage das Definitive mit den zuständigen lombardischen Behörden, beziehungsweise mit den Ordinariaten in Como und Mailand oder in deren Namen mit dem päpstlichen Bevollmächtigten zu vereinbaren und überdies mit letzterem zum Zweck des Anschlusses von Tessin an das Bisthum Chur (Basel-Solothurn) mit Aufstellung eines Weihbischofs (Generalvikars) und eines eignen Seminars für den Kanton Tessin eine zweite Konvention abzuschliessen und darauf hin ein zweites päpstliches Breve auszuwirken.

Lassen wir diesen unmassgeblichen Vorschlägen Erläutern des folgen.

a. Präliminarien der Unterhandlungen.

Schon bei den Unterhandlungspräliminarien wird in Bezug auf Tessin die Temporalienfrage mit und neben der Trennungsfrage vorläufig zur Sprache kommen. Die Gründe dafür liegen nahe. Rom wird vor Allem darauf dringen, dass im Kanton Tessin ein neues eigenes, gleich den übrigen schweizerischen Bisthümern, ihm immediat unterworfenen Bisthum gegründet werde. Ohne Zusicherung von Seite des Kantons Tessin, dass er ein solches Bisthum errichten wolle, wird Rom nur ungerne Hand zur Trennung bieten. Zu einem eignen tessinischen Bisthum gehört aber nach den früheren positiven Erklärungen des heiligen Stuhls: 1. Eine Dotation der bischöf-

lichen Mensa für ein Einkommen von 2000 röm. Thalern oder beiläufig Fr. 10,000. 2. Eine angemessene Wohnung für den Bischof, die bischöfliche Kanzlei und den bischöflichen Hof nebst Besoldungen für die Hofbediensteten. 3. Eine Dotation des Domkapitels mit einer genügenden Anzahl von Domherren. 4. Eine anständige Kathedralkirche, sammt Kirchengeräth, Paramenten etc. für die Funktionen des Bischofs und des Kapitels, nebst einer zureichenden jährlichen Rente für die Kirchenfabrik. 5. Ein Priesterseminargebäude mit Rente für den Unterhalt nebst Dotation des Seminars für den Unterricht, für den Rektor und die Professoren desselben.

Ein Kapital von anderthalb Millionen Franken würde zu Erfüllung aller dieser Forderungen kaum hinreichen. So viel kann Tessin unmöglich leisten. Wir berühren vorläufig diese unüberwindlichen finanziellen Bedenken gegen ein tessinisches Bisthum und übergehen geflissentlich die unausbleiblichen Jalousieen zwischen Lugano, Lokarno und Bellinzona für Erhaltung des Bischofssitzes und andere bei Weitem wichtigere und entscheidendere Gründe, welche gegen die Errichtung eines tessinischen Bisthums sprechen. Ein eigenes Bisthum mit solchen Requisiten und Zuthaten muss Tessin unbedingt ablehnen. Tessin, ein ziemlich verschuldeter Kanton (er hat ausser der jüngst übernommenen Eisenbahnschuld von 4 Millionen, bereits eine Staatsschuld von Fr. 6,161,835. 12 Rp.), ist zur Zeit nicht mehr im Stande, aus seinen Mitteln ein Bisthum zu bestreiten. Selbst wenn die bisherigen, aus seinem Territorium fliessenden Einkünfte des Bischofs und Kapitels von Como von jährlich circa Fr. 14,000 bei der Abkurung dem Kanton zur Bestreitung seiner neuen Bisthumseinrichtungen ausschliesslich und ungeschmälert überlassen würden, müsste die Errichtung und Erhaltung eines eigenen Bisthums für Tessin schwer fallen. Da nun aber nicht anzunehmen ist, Sardinien werde für das Bis-

thum Como auf dessen sämmtliche auf tessinischem Gebiete liegende Tafelgüter und Renten Verzicht leisten, Tessin vielmehr mit einem aliquoten Theil derselben abzufertigen suchen, so muss schweizerischer Seits die päbstliche Zumuthung der Errichtung eines tessinischen Bisthums — als *Conditio sine qua non* oder *vel quasi* der Trennung, gleich anfangs unbedingt und mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Tessin dachte zwar im Anfang an die Errichtung eines eignen Bisthums, freilich unter andern Verhältnissen und in der Hoffnung, dass der weitaus grössere Theil der comasker Tafelgüter bei der Abkurung ihm zufallen werde. Ferner ist nicht zu leugnen, dass noch manche Tessiner, vorab aus dem Klerus, für welch letztern Infel und Stab, Domwürden und Dompräbenden, Rochetten und Domherrenkreuze keine gleichgültigen Dinge sind, ein tessinisches Bisthum wünschen. Allein nach dem fest erklärten Willen des tessinischen Grossen Rathes, der hier das entscheidende und letzte Wort gesprochen hat, kann und darf kein eigenes tessinisches Bisthum errichtet werden.

b. Kirchlich-administrative und die Temporalienfrage beschlagende Unterhandlungspunkte.

Wir berühren nun im Speziellen einige wesentliche Punkte der Unterhandlung selbst und zwar zunächst:

1. In Bezug auf den Kanton Graubünden, beziehungsweise Puschlav und Brüs.

Der Kanton Graubünden will nichts Anderes und kann füglich nichts Anderes wollen, als seine katholischen Kirchgemeinden Puschlav und Brüs von der fremden Jurisdiktion des Bischofs von Como trennen und dieselben seinem eigenen Bisthum Chur einverleiben.

Dem Bisthum Chur kann kirchlich der Zuwachs von Puschlav und Brüs nur vortheilhaft und willkommen sein. Chur

kommt wieder in den Besitz von Pfarreien, die es zu einer Zeit, als es mit denselben noch über unwegsame Berge verkehren musste und der Verkehr nicht wie jetzt durch bequeme Kunststrassen und Telegraphen vermittelt wurde, schon besessen hat.

In administrativer Beziehung wird diese Wiedervereinigung weder dem Bischof in Chur, noch den italienisch sprechenden Kirchengenossen von Puschlav und Brüs Verlegenheiten oder Unbequemlichkeiten bereiten. Denn jetzt schon führt der Churer Bischof das Oberhirtenamt über italienische, romanische und deutsche Völkerschaften, hat gegenwärtig schon eine bischöfliche Kanzlei mit italienischer Geschäftsführung, und des Italienischen kundige Personen im geistlichen Rathe, im Domkapitel und im bischöflichen Seminar.

Das Ritual des Bisthums gibt seinen Inhalt in den drei genannten Sprachen; die bischöflichen Mandate, Verordnungen, Rundschreiben an die Pfarrherren werden gegenwärtig schon deutsch, romanisch und italienisch erlassen. Schwierigkeiten der Trennung von Como und der Wiedervereinigung mit Chur liegen hier also in der That keine vor. An eine Resistenz der betreffenden Bischöfe ist auch nicht zu denken. Beide werden sich in das Neue fügen, wenn es heisst: Roma locuta est!

Die Temporalien betreffend — so bezogen die Bischöfe von Como in der letzten Zeit aus dem Puschlaver Thale nur noch die Accidenzien der von den dortigen Benefiziaten, Ordinanden und Gläubigen an die bischöfliche Kanzlei bezahlten Taxen und Gebühren. Was die Ordination eines Priesteramts-Kandidaten anbelangt, so sollen hier beiläufig folgende Taxen gelten:

Für den Habit mit Zeugniß (abito colla cartella)	Liren 5. 60.
Für die Tonsur	» 5. 60.
Für erste und zweite ordines minores	» 5. 60.
Für dritte und vierte » »	» 5. 60.
Für das Subdiaconat	» 23. —
Für die Admission des Patrimonialtitels	» 15. —
Für das Diakonat	» 8. —
Für das Presbyterat	» 20. —

Zusammen Liren 88. 40.

Schlagen wir diese Ausgabe für jeden Priester	
nur an zu	Lir. 75.
und rechnen wir dazu	
für die Investitur einer einfachen Pfründe	» 25.
für » » » Pfarrpfründe	» 30.

zusammen demnach Lir. 130;

nehmen wir ferner an, dass in den letzten fünfundzwanzig Jahren zwölf Bürger von Puschlav und Brüs in Como zu Priestern geweiht wurden, dass zwei Pfarr- und zwölf einfache Benefizialinvestituren im Thale stattgefunden haben, so hat aus demselben die bischöfliche Kanzlei von Como während dieser Zeit im Ganzen beiläufig 1260 Lir. oder im Jahr durchschnittlich 50 Lir. bezogen. Wie viel die Kirchgenossen an Dispens-
taxen und dergleichen während dem gleichen Zeitraum entrichtet haben, konnten wir nicht einmal annähernd ermitteln.

Nach der Vorschrift des Tridentinums Sessio XXI. Kapitel I, kann der Bischof von Como die von Ordinationstaxen herrührenden Accidenzien nicht kapitalisiren und dafür eine Auslösungssumme fordern *).

*) „Quoniam ab ecclesiastico ordine omnis avaritiæ suspicio abesse debet, nihil pro collatione quorumque Ordinum etiam clericalis tonsuræ, nec pro literis dimissoriis, aut testimonialibus nec pro sigillo, nec alia quacunque de causa,

Was die von den Gläubigen für geistliche Akte, Dispensen und dergleichen an die bischöfliche Kassa entrichteten Taxen und Gebühren betrifft, so ist dafür ebenfalls keine Auslösung zu leisten; diese Accidentalien fliessen eben nach der Trennung einfach in die Kasse des neuen Ordinarius, der fortan die Mühwalt hat und solche Akte besorgt.

Uebrigens mag die spezielle Durchführung des einmal von Rom und vom Bunde beschlossenen Anschlusses hinsichtlich dieser materiellen Punkte, sowie über die Ansprüche, welche Puschlav und Brüs an die von Kardinal Gallio im achtzehnten Jahrhundert zu Gunsten von Studirenden im Gymnasium und Collegium zu Como gestifteten Stipendien zu machen berechtigt sind, füglich dem Kanton Graubünden, beziehungsweise seinem Corpus catholicum anheimgestellt werden.

2. In Bezug auf den Kanton Tessin.

Hier sind ganz besonders und mit Nachdruck die Trennungsgründe geltend zu machen, welche in der zweiten Abtheilung gegenwärtiger Schrift für die Trennungbegehrenden, wie für die Trennunggewährenden aufgeführt sind. Dazu kommt noch der weitere Uebelstand für Tessin, dass in demselben Kanton, auf einem Gebiete von nicht grösserem Umfange sogar kirchlich eine Doppeltheilung herrscht, welche unter denselben, neben- und untereinander wohnenden, katholischen Einwohnern dualistische Inkonvenienzen herbeiführt, die kirchlich und politisch wenig zur Einigung und zum Frieden beitragen.

Ist die Separation gewährt, so fragt es sich, an welches schweizerische Bisthum kann und soll sich Tessin anschliessen. Es können hier vorzugsweise die Bisthümer Chur und Basel-Solothurn in Frage kommen. Bis ein solcher Anschluss aber

etiam sponte oblatum, Episcopi et alii ordinum Collatores, aut eorum ministri quovis prætextu accipiant.“ Concil. Trident. Sessio XXI. Caput I. de Reform.

ausgeführt ist, erscheint für Tessin ein Vikariat nothwendig. Wir besprechen daher zuerst:

a. Die Aufstellung eines Vikariats für den Kanton Tessin während des geistlichen Interregnum.

Weil die Frage der Errichtung eines tessinischen Bisthums bei der von einem Theil des tessinischen Klerus offen und geheim unterstützten Vorliebe und bei der Beharrlichkeit des päpstlichen Stuhls für ein solches nicht so bald, wie man es gerechtermassen erwartet, beseitigt sein wird; da ferner auch die Anschlussfrage, nach Beseitigung der ersten — lange Erörterungen darbieten wird, die Trennung selbst aber nicht bis zu völliger Beendigung der diesfalls nöthigen, ohne Zweifel langwierigen Verhandlungen verschoben werden soll, so muss die Schweiz, insofern der Anschluss nicht sofort im Grundsatz gewährt werden will, von dem päpstlichen Stuhl die Aufstellung eines provisorischen Vikariats für den dismembrierten Kanton Tessin verlangen.

Die Erzielung einer Convention mit dem päpstlichen Stuhl über ein interimistisches tessinisches Vikariat, welches nicht mehr vom Auslande abhängt, freilich mit der Zusicherung an Rom, dass der definitive Anschluss Tessins später reglirt werden soll, — ist schlechterdings unerlässlich. Man würde sich gewiss täuschen, wenn man annähme, man könnte sich vermöge Ertheilung grösserer geistlicher Vollmachten an die Vicarii foranei durch ein möglicherweise länger andauerndes Interregnum hindurchhelfen.

aa. Form der Vikariatsverwaltung.

In Bezug auf das Vikariat bemerken wir Folgendes: Dasselbe kann ein apostolisches Generalvikariat sein und unter die schweizerische Nuntiatur des römischen Stuhls, von welchem

dem Vikar die Vollmachten unmittelbar zugingen, gestellt werden, oder es kann als ein bischöfliches Vikariat konstituiert, d. h. es kann einem schweizerischen Bischofe — am schicklichsten wohl demjenigen von Chur untergeordnet werden, von dem es dann auch die nöthigen Vollmachten erhielte.

Beide Vikariatsformen sind nach der heutigen Kirchendisziplin zulässig. Die erstere basirt zudem auf schweizerische Antecedentien der neueren Zeit. Probst Göldlin von Tiefenau war nach der Trennung der betreffenden Schweizerkantone vom Bisthum Konstanz, bevor die neuen Bisthumsverhältnisse geordnet waren, mehrere Jahre lang Generalvikar mit Vollmachten von der Nuntiatur. Pfarrrektor Nepomuk Zürcher war nach Auflösung des St. Gallischen Domkapitels vom Doppelbisthum Chur-St. Gallen, mit kanonischen Vollmachten von der Nuntiatur ausgerüstet, St. Gallischer Bisthumsvikar, bis Dr. Peter Mirer vor Errichtung eines Bisthums St. Gallen zum apostolischen Vikar ernannt worden ist.

Einem solchen tessinischen Vikar, der von der zuständigen Behörde — Pabst oder Bischof — auf einen Dreivorschlag der tessinischen Regierung zu wählen wäre, jedenfalls der letztern keine ingrata Persona sein dürfte, müsste ein Sekretär gegeben und zwei geistliche Räthe mit zwei Ersatzmännern untergeordnet werden. Je ein geistlicher Rath und ein Suppleant wäre aus dem römischen und aus dem ambrosianischen Kirchendistrikt des Kantons zu nehmen.

Auch für den Unterricht der Priesteramtskandidaten müsste während des Interim gesorgt werden, sei es, dass das Seminar in Poleggio dazu eingerichtet oder einstweilen für die Tessiner Theologen das Seminar in Chur gegen wechselseitig einverständene Bedingungen und Entschädigungen zur Benützung eröffnet würde.

bb. Bestreitung der Vikariatskosten.

Die Kosten der provisorischen Vikariatsverwaltung betreffend — so sind nach unserm Dafürhalten zunächst hiefür zu bestimmen: 1) Die Gebühren, Sporteln, Kanzleitaxen, Dispens- und Bewilligungsgelder an Personen, Congregationen, Korporationen, Kirchen etc., welche bis zur Trennung von tessinischen Geistlichen und Laien in die bischöflichen Kassen von Mailand und Como geflossen sind. Darunter rechnen wir auch die Taxen für die Pfrundinvestituren (*istituzione canonica*). Diese waren bisher nach einem von der lombardischen Regierung theils festgesetzten, theils genehmigten Tarife sowohl in der Erzdiöcese Mailand, als in der Diöcese Como bezogen. Diesen Tarif konnten wir nicht erhalten. Wir haben uns auch Mühe gegeben, die durchschnittliche Summe dieser Emolumente, welche bisher während einer Reihe von Jahren alljährlich aus dem Kanton Tessin nach Como und Mailand geflossen sind, auszumitteln. Es ist uns aber nicht gelungen. Beiläufig mag sich dieselbe alljährlich auf 4 bis 5000 Fr. im Ganzen belaufen. Nähere Ausweise darüber sollte der tessinische Bevollmächtigte für die Konferenz-Verhandlungen in Bereitschaft halten. 2) Ein Theil der bisherigen Tafelgelder des Bischofs oder der Einkünfte des Kapitels von Como — vorbehalten die definitive Abkurung bezüglich der Temporalien. Wir können nicht annehmen, dass die vorläufige Allocirung der Zinse der, bei der tessinischen Staatskasse deponirten, Kapitalschuld im Betrag von Fr. 3401. 73 Rp. *) oder ein ähnlicher Zinsenbetrag von den Einkünften der Tafelgelder zu Deckung der Kosten des interimistischen Vikariats auf ernstliche Schwierigkeiten stossen werde. Die Gründe für unser Dafürhalten liegen im Allgemeinen in der dritten Abtheilung gegenwärtiger Denkschrift angedeutet.

*) M. s. oben S. 111.

b. Die Anschlussfrage.

**aa. Schwierigkeiten eines Anschlusses an das
Bisthum Basel-Solothurn.**

Der Anschluss Tessins an das Bisthum Basel-Solothurn wird nach unserer Ansicht nicht zu erzielen sein. Man wird dagegen einwenden: Der Bischofssitz sei zu weit entfernt, das Bisthum bereits schon von einem grossen Umfange, Personal, Kanzlei, Seminar, Professoren etc. dieses Bisthums seien für italienischen Verkehr, Korrespondenz- und Seminarunterricht nicht vorhanden. Neue Einrichtungen aber für italienisch sprechende Diöcesanangehörige würden einen solchen Kostenaufwand veranlassen, dass daraus fast eben so leicht das Personal eines eignen tessinischen Bisthums bestritten werden könnte. Endlich wird man vorbringen, dass zu diesem Anschluss der Consens sämmtlicher Bisthum-Solothurn'schen Kantone erforderlich sei, was bei der Vielköpfigkeit der Behörden, mit denen man hier zu thun habe, die Sache ebenfalls erschwere, zumal dann, wenn der Bischof selbst dem Anschluss nicht gewogen wäre.

**bb. Zweckmässigkeit eines Anschlusses an das
Bisthum Chur.**

Unter solchen Umständen scheint uns in der That nur der Anschluss an das Bisthum Chur mit Erfolg angestrebt und betrieben werden zu können. Dass der Bischof von Chur und der Kanton Graubünden, beziehungsweise das dortige Corpus catholicum gegen diesen Anschluss keinen Einwand erheben werden, lässt sich doch wohl erwarten. Chur erhält durch diesen Anschluss eine annehmbare Entschädigung für die Verluste, die das Bisthum in Tyrol, Vorarlberg und im Kanton St. Gallen erlitten hat. Ist der heil. Vater, welcher seiner Zeit in

der St. Galler Bisthums-Bulle vom 2. Juli 1823 über diese Verluste bittere Klage erhoben, damit einverstanden, so ist es gewiss der hochw. Bischof von Chur auch. Uebrigens weiss man, dass in solchen Fällen, wenn und wo nicht gesagt werden kann «habito consensu Episcopi», der heil. Vater in den Bullen und Breven mit der Formel «quatenus opus sit consensu Episcopi supplente» die Zustimmung des betreffenden Bischofs ergänzt und zwar so, dass dann damit die Sache in allweg erledigt erscheint. So wurde es bei der Lostrennung der Schweizerkantone von dem Bisthum Konstanz gehalten und das dortige Kathedralkapitel, welches sich erlaubte, gegen die Trennung zu protestiren, von dem heil. Stuhle, man weiss wie strenge, zur Ordnung gewiesen.

Was wir oben mit Bezug auf das Puschlaver Thal und dessen Anschluss an Chur hinsichtlich der italienischen Sprache, mit welcher man in der Churer Bisthumsverwaltung korrespondirt und verkehrt, — kirchliche Rituale, Mandate und Circulare erlassen werden, bereits erwähnt haben, gilt in allen Beziehungen und in höherem Masse auch für den Kanton Tessin. Die italienisch sprechenden Bewohner des benachbarten Misocco-Thales stehen längst unter Chur und Jedermann weiss, dass die italienische Sprache weder für den dortigen Oberhirten, seine geistlichen Räthe und Kanzler, noch für die Misoxer und ihre Seelsorger je bedeutende Hindernisse oder Schwierigkeiten veranlasst hat.

Die Modalitäten des Anschlusses an das Bisthum Chur betreffend, so fragt sich vor Allem, soll die Aufstellung eines besondern Generalvikars, beziehungsweise eines Weihbischofs für den Kanton Tessin angestrebt werden.

α. Aufstellung eines Generalvikars oder Weihbischofs, dessen geistlicher Rath; tessinische Domherren.

Die Regierung des Kantons Tessin wird, wir vermuthen es, schon um grössere Kosten zu vermeiden, auf einen Generalvikar oder Weihbischof mit einem Sekretär und geistlichen Rathe verzichten und in erster Linie gegen die Aufstellung eines solchen sich aussprechen. Bedenken wir aber, dass die Aufstellung eines Weihbischofs mit geistlichen Räten für Tessin den päpstlichen Stuhl um so eher veranlassen kann, von dem Begehren der Errichtung eines tessinischen Bisthums abzugehen, beziehungsweise die Trennung zu gewähren; erwägen wir ferner, dass dadurch auch jene Fraktion der tessinischen Geistlichkeit, die für ein eigenes Bisthum leidenschaftlich eingenommen ist, einigermaßen beschwichtigt und befriedigt werden dürfte, — so lässt es sich gewiss zweimal überlegen, ob man nicht darauf eingehen soll. Die Bestellung eines Generalvikariats für den Kanton Tessin erschiene, abgesehen von andern politisch-kirchlichen Gründen, durch die geographische Lage und die starke Bevölkerung desselben gerechtfertigt.

Was bei der Bildung des Bisthums Brixen und der Vereinigung des von Chur abgetrennten Vorarlbergs für die Aufstellung eines Weihbischofs in Feldkirch sprach, spricht in der That auch bei der Abtrennung Tessins von Como und Mailand und dessen Vereinigung mit Chur für Aufstellung eines Weihbischofs in Lugano, Bellinzona oder Lokarno.

Die Entfernung von dem Sitze des Ordinariats, die Beschwerlichkeit einer Reise in diesem Gebirgsland zu Ertheilung der heil. Firmung, die Oberaufsicht über die zerstreute Geistlichkeit führten im benachbarten Oesterreich den Entschluss

Sr. Majestät des Kaisers vom 25. März 1819 herbei, in Vorarlberg ein bischöfliches Generalvikariat mit dem Wohnsitze in Feldkirch zu errichten, wozu Pabst Pius VII am 17. Dezember des gleichen Jahres die Bestätigung gab. Ein Weibbischof mit zwei geistlichen Räthen und einem Sekretär besorgen seit dem 16. April 1820 die laufenden Geschäfte; für die Ausfertigungen ist ein Beamter weltlichen Standes aufgestellt *).

Dass in der über den definitiven Anschluss Tessins an das Bisthum Chur und über ein tessinisches Generalvikariat abzuschliessenden Konvention die nöthigen Vorbehalte und Bestimmungen betreffend die Wahl des Generalvikars, seiner geistlichen Räthe, der aus dem Kanton Tessin zu ernennenden und dem Kathedralkapitel in Chur zu aggregirenden Domherren aufzunehmen sind und dabei der tessinischen Regierung ein entsprechender Einfluss auf alle die genannten Wahlen gesichert werden muss, versteht sich so von selbst, dass die einfache Erwähnung dessen hier schon genügen wird.

β. Beibehaltung des ambrosianischen Ritus in den von Mailand getrennten tessinischen Kirchgemeinden.

Es trägt gewiss viel zur Beruhigung bei, wenn, ohne dass vielleicht die Aufnahme einer Gewährleistung in der Konvention nöthig ist, nachher in der Ausführung vorgesorgt wird, dass durch den Anschluss des mailändischen Sprengeltheils vom Kanton Tessin an Chur die ambrosianische Liturgie keinen Abbruch erleide **).

*) M. s. Weizeneggers Geschichte von Vorarlberg.

**) Die ambrosianische Liturgie hat von der römischen abweichende Vorbereitungsgedete, Segnungen und Danksagungen. Sie zeichnet sich auch in den Ceremonien, besonders zur Fastenzeit aus. Am auffallend-

Wer weiss, mit welcher Zähheit und Vorliebe die ambrosianischen Gemeinden an ihrem alten ehrwürdigen Ritus hängen, der wird uns recht geben, wenn wir behaupten, dass eine rücksichtslose plötzliche Aufhebung desselben grosse Perturbation und viel Beunruhigung in die Gemüther der betreffenden tessinischen Bevölkerung bringen würde.

c. Die Erledigung der Temporalienfrage und des Konflikts wegen der Seminarien von Askona und Poleggio.

In Bezug auf diese wichtige Materie wird man sich bei den Unterhandlungen wesentlich auf die Abkurungsbeispiele berufen, welche wir oben (dritte Abtheilung) angeführt haben. Diese Beispiele beweisen schlagend, dass die von dem hl. Stuhl behauptete, früher von Oesterreich geltend gemachte, und wahrscheinlich von dessen Nachfolger in der Lombardei reproduziert werdende, angebliche «Regel», wornach bei solchen Bene-

sten ist der Oblations-Ritus. Die Fastenzeit beginnt nach dem ambrosianischen Ritus erst mit dem ersten Fastensonntag, nicht mit Aschermittwoch. Während der ganzen Fastenzeit lesen die ambrosianischen Priester an den Freitagen keine Messe, die römischen hingegen suspendiren das hl. Messopfer nur am Freitag in der Charwoche. Die Taufe der Kinder geschieht durch Eintauchung in das Wasser u. s. f. Diese Liturgie hat sich trotz alter Verbote und Verfolgungen bis heute in der Erzdiöcese Mailand erhalten. Candulfus Senior, ein Chronikschreiber von Mailand aus dem elften Jahrhundert, erzählt, dass Karl der Grosse im Einverständniss mit dem Pabst Hadrian I in einer grossen Synode zu Rom den Beschluss gefasst habe, alle ambrosianischen Ritualbücher zu verdrängen. Als er bald darauf nach Mailand gekommen, habe er dort alle Bücher in Beschlag genommen, verbrannt oder wegbringen lassen. Diejenigen Geistlichen, die sich widersetzen wollten, wurden mit dem Tode bestraft. „Omnes libros ambrosiano titulo sigillatos, quos vel pretio vel dono vel vi habere potuit, alios comburens, alios trans montes quasi in exilium secum tulit.“ *Rerum italicarum Muratorii* T IV. Cap. 10. Ferner: „Trucidatis multis clericis minorum et majorum ordinum omnes ambrosianos libros tam in Sententiis novi quam veteris testamenti, quam in musica arte secundum Ambrosianum descriptos abrasit.“ Eugenius in planctu *ibid.*

fizialdismembrationen und Sektionen der Mutterkirche in allen Fällen die bisherigen Einkünfte ganz und ungeschmälert zu verbleiben haben, einen festen Halt weder in einer ausschliesslichen Praxis, noch im kanonischen Rechte findet. Man wird die wichtigen kirchlichen und politischen, seit Langem urgirenden Trennungsmotive, die eigenthümlichen Verhältnisse des Trennungsfalles und namentlich den Umstand, dass Tessin seit Jahrhunderten mit dem auf seinem Gebiet liegenden Diöcesanvermögen fast ausschliesslich die Mensa des Bischofs von Como bestritten hat, — in die Waagschale der Unterhandlungen legen, um für die neuen bishümlichen Einrichtungen des mit Staatsschulden belasteten Kantons aus den bisherigen Einkünften der Mutterkirche einen erklecklichen und befriedigenden Theil als Aussteuer zu erhalten. Zu ermitteln, ob der Repartition der Einkünfte lediglich die Seelenzahl oder die Zahl der Kommunikanten in den zu dismembrirenden Distrikten der beiden Sprengel — oder andere Faktoren, sei es allein, sei es mit den eben genannten, zu Grunde gelegt werden soll, muss dem Gang der Unterhandlungen überlassen bleiben.

Ueber das Ergebniss der Unterhandlungen in der Temporalienfrage ist zwischen der schweizerischen Abordnung und den k. sardinischen Bevollmächtigten unter Ratifikationsvorbehalt eine Konvention abzuschliessen.

Dabei versteht es sich von selbst, dass die Regierung von Tessin angegangen werden muss, über die Substanzial- wie über die Accidental-Einkünfte des Bischofs und des Domkapitels von Como, über die bisherigen Seminar- und Stipendienverhältnisse, an welchen tessinische Theologie Studirende und Priesteramtskandidaten in Como und Mailand als Mitgeniesende und Mitberechtigte partizipirten und dergleichen, — möglichst genaue Nachweise, Rechnungen und Berechnungen, Akten

und Urkunden für die diesfälligen Konferenzverhandlungen beizubringen.

Es ist nämlich nicht zu übersehen, dass auch die Entschädigung für die aufhörenden Ansprüche der Tessiner an die lombardischen Seminarien und Studienstipendien der Diöcesanen und je nach Umständen sogar eine Kompensation für die Kanonikate und Dompräbenden, auf welche im Verhältniss zur Seelenzahl der lombardischen Bisthümer die Tessiner Anspruch und Berechtigung gehabt haben, bei den Abkurungsunterhandlungen in Berücksichtigung fallen müssen.

Endlich soll bei diesem Anlass der unausgetragene Span wegen der Fonde und Titel der Seminar- und Lehranstalten von Askona und Poleggio erledigt und die Verfügung erwirkt werden, dass die in Mailand etc. depoirten Legats- und Stiftungstitel — unbeschadet zuzusichernder gewissenhaftester, stiftungsgemässer Verwendung des gestifteten Kapitals — in die Hände der schweizerischen zuständigen weltlichen oder geistlichen Behörden ausgeliefert werden.

Ueber alle diese Gegenstände muss die oben berührte Konvention betreffend die Temporalien die erforderlichen vereinbarten Bestimmungen enthalten, damit darüber später nicht neue Anstände und Streitigkeiten sich ergeben.

Möge die hochwichtige, vaterländische Angelegenheit, unter der Aegide des neuen Bundes, recht bald ihre Erledigung so glücklich und befriedigend finden, wie sie andere eidgenössische Pendenzen in den letzten Jahren gefunden haben!

Die geistlichen und weltlichen Rechte sprechen für das gute Recht der betreffenden Kantone und der Eidgenossenschaft in der obschwebenden Frage.

Konnte man das ursprünglich im Metropolitanverband mit Mailand stehende Bisthum Chur in Folge der verodunischen

Reichstheilung von der ambrosianischen Erzdiöcese abtrennen und mit dem Erzbisthum Mainz vereinigen; konnte man vom Bisthum Como die Archidiakonate Locarno und Maynthal trennen und auf Jahre lang dem Bisthum Novara einverleiben; konnte das Puschlaver Thal in ältester Zeit dem Bisthum Chur angehören, dann dem comasker Episcopat einverleibt, hierauf wieder von diesem abgetrennt, von 1408 bis 1629 wieder Chur zugeschieden, hernach von letzterm nochmals getrennt und abermals dem Bisthum Como inkorporirt werden; konnte das Bisthum Como selbst Jahrhunderte lang unter dem Patriarchat von Aquileja stehen, dann unter das Erzbisthum Görz gelangen und endlich durch die Verfügung Kaiser Josephs II unter den Metropolitanverband von Mailand gestellt werden: so kann die Eidgenossenschaft vom hl. Stuhl auch die Lostrennung von Tessin und Puschlav mit Brüs und deren Vereinigung mit einem benachbarten schweizerischen Bisthum verlangen!

Wir haben gesehen, wie und aus welchen Gründen schon die Tessin regierenden, katholischen Orte in den Jahren 1630 bis 1635 von dem Bischof von Como, beziehungsweise von dem päpstlichen Stuhl für den römischen Diöcesantheil im Tessin ein selbstständiges Generalvikariat verlangten und wie sie erst dann von der Forderung abgestanden sind, als der Bischof ihnen das feierliche Versprechen gab, er wolle fortan alle Jahre seinen Generalvikar zu Erledigung der daselbst hängenden Jurisdiktions- und anderer geistlicher Geschäfte in die tessinischen Landschaften absenden — ein Versprechen, das bald einmal gehalten, noch bald aber wieder vergessen und ausser Uebung gebracht worden ist.

Wir haben vernommen, dass während der helvetischen Periode die Frage der Trennung der Kantone Bellinzona und Lugano von den lombardischen Bisthümern wegen der damaligen schwankenden, politischen Verhältnisse und wohl auch

darum, weil man die Hoffnung hegte, es werde der Bischofssitz von Como nach Lugano verlegt werden, nicht angeregt wurde.

Wir haben endlich die Schritte aufgezählt, die während der Mediationsperiode in den Jahren 1803 und 1805, in den Restaurationsjahren von 1815 und 1819, in den Jahren 1832, 1841, 1855 und seither ununterbrochen, aber bis zur Stunde erfolglos gethan worden sind, um den Kanton Tessin und später auch den Kanton Graubünden von den lombardischen Bisthümern loszutrennen und so die eidgenössische Grenze von der auswärtigen kirchlichen Jurisdiktion zu purifiziren.

Gewiss, man kann es mit aller Ruhe und ohne Uebertreibung sagen, es bedurfte der Gutmüthigkeit und Langmuth des Tessiner Volks, des häufigen, heillosen Wechsels im Personal einer, die Hoheitsrechte des Staats in kirchlichen Dingen der ausländischen Staatshoheit preisgebenden Kantonsregierung, es bedurfte der unbegreiflichen Gleichgültigkeit seines Klerus für die Wiedererlangung seiner verlorenen kanonischen Rechte, es bedurfte endlich der Zerfahrenheit und Lauheit, der Rath- und Machtlosigkeit der früheren eidgenössischen Behörden in Behandlung politisch-kirchlicher Angelegenheiten, um eine Frage von der Wichtigkeit und Tragweite, wie die vorliegende, einer erblichen Krankheit gleich hangend und unerledigt durch Jahrhunderte hindurch zu schleppen.

Möge es endlich dem h. Bundesrathe gelingen, die Purifikation der Bundesgrenze gegenüber den lombardischen Bisthümern recht bald in Ausführung zu bringen! Nicht als ob wir im Geringsten fürchten, dass die gegenwärtigen unitarischen Bestrebungen im benachbarten Italien eine «unwiderstehliche Anziehungskraft» auf das schweizerische Tessin ausüben und dass deshalb die Trennung beschleunigt werden müsse! O nein! Wir wünschen dieses vorzugsweise Angesichts der Weltereignisse, die sich vorbereiten, — Angesichts des dynastischen Knotens, der sich schürzt und der, wenn er mit dem Schwert zerhauen werden soll, die dringende Erledigung der langjährigen Pendenz neuerdings in die griechischen Calenden verweisen wird.

Inhaltsverzeichniss.

	Seite
Einleitung	3
Erste Abtheilung.	
Das Geschichtliche	6
I. Periode von 374—1798	6
§. 1. Die ältere Zeit bis zum Jahre 1516, in welchem der ganze heutige Kanton Tessin schweizerisch war	7
Die politische Eintheilung des römischen Reichs war Grundlage der kirchlichen	7
Como im Metropolitanverband mit Aquileja	11
Die Bischöfe von Chur, Augsburg, Regensburg etc. im Metropolitanverband mit Mailand	11
Lostrennung der Bisthümer Chur, Augsburg, Regensburg etc. von Mailand und Einverleibung derselben in den Metropolitanverband von Mainz (Anno 843)	12
Circumskription der Diöcese Como und deren tessinische Gebietsheile	15
Puschlav und Brüs ursprünglich unter Chur, dann unter Como, fallen 1408 unter das Bisthum Chur zurück	16
Die tessinischen Gebietsheile der Erzdiöcese Mailand	18
Wahl der Bischöfe durch Klerus und Volk	19
§. 2. Die Herrschaft der regierenden Kantone in den ennnetbirgischen Landestheilen von 1516—1798	20
a. Diöcesan-Ereignisse	22
Dismembrirung der Diöcese Como und Einverleibung von 61 Pfarren in die Diöcese Novara	22
Wiedervereinigung der abgetrennten Pfarren mit Como	23
Schweizerisches Begehren um Errichtung eines selbstständigen Generalvikariats für Tessin	24

	Seite
Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts der Tessiner Geistlichkeit zu kirchlichen Dignitäten in den lombardischen Bisthümern	27
Como's Lostrennung von Aquileja, dessen Unterstellung unter die Erzdiöcese von Görz und dann von Mailand	28
Puschlav und Brüs fallen um 1622 wieder an die Diöcese Como zurück	29
Stiftung der Seminarien von Askona und Poleggio	30
b. Ausübung der Hoheitsrechte des Staates in kirchlichen Dingen und staatliche Beaufsichtigung der Schulen während der Herrschaft der Eidgenossen	31
Die regierenden Orte widersetzten sich beharrlich den Eingriffen der geistlichen Jurisdiktion in die weltliche Gerichtsbarkeit	32
Gleichwie in den Kantonen, so duldeten die regierenden Orte auch keine Gerichte der hl. Inquisition in den ennetbirgischen Landvogteien	33
Die regierenden Orte erkannten die Immunität des Klerus nicht an, sie entfernten fehlbare Geistliche von ihren Pfründen	34
Die regierenden Orte hinderten den Missbrauch des Uebergangs von Liegenschaften in die todte Hand kirch- und klösterlicher Stiftungen	36
Die regierenden Orte wahrten sich die Oberaufsicht über die Klöster, die Spitäler und frommen Stiftungen und reservirten der Staatshoheit die Prüfung der diesfälligen Rechnungen	36
Die regierenden Orte trafen Verfügungen in Bezug auf die kirchlichen Zufluchtsstätten, damit nicht die privilegia asyli für Verbrecher zum Nachtheil der Staatsjustizpflege missbraucht werden	37
Die regierenden Orte schützten die Kirchgemeinden in den ennetbirgischen Landvogteien bei ihrem alten Collaturrecht und da wo es Uebung war, bei dem Recht der Entlassung ihrer Pfrundgeistlichen	38
Die regierenden Orte übten das Recht der Placetertheilung bei Pfarr- und anderen Pfrundwahlen aus und erhoben bei diesem Anlass eine Placet- oder Recognitionsgebühr	39
Die regierenden Orte schützten die Priester des Landes gegen Pensionen, gratiæ expectativæ, Wartbriefe und dergleichen auf geistliche Benefizien	40
Die regierenden Orte übten dem Bischof von Como gegenüber das Jus regale Placeti aus	41
Die regierenden Orte übten das Hoheitsrecht des Exequatur für Bullen, Breve's etc.	44
Die regierenden Orte hatten auch die Leitung und Oberaufsicht über das Unterrichts- und Erziehungswesen	44

	Seite
II. Periode von der helvetischen Revolution bis zur Gegenwart von 1798 bis 1858	46
§. 1. Unter der helvetischen Verfassung	46
a. Diöcesan-Ereignisse	47
Versuch, die bischöfliche Residenz von Como nach Lugano zu verlegen	47
Anregung in Puschlav, das Puschlaver Thal von der comasker Diöcese loszutrennen	49
b. Ausübung der Hoheitsrechte in kirchlichen Dingen	49
Aufhebung der Immunität der Geistlichen	50
Ausübung des Collaturrechts durch die Verwaltungskammern, das Placet, sowie andere Jura circa Sacra	50
Ausübung des obrigkeitlichen Exequatur für kirchliche Erlasse	50
Ueber Führung der Ehe-, Geburts- und Sterberegister	51
Obrigkeitliche Erlasse in Matrimonialsachen	52
§. 2. Unter der Mediationsverfassung	52
Antrag der tessinischen Gesandtschaft an der Tagsatzung von 1803 auf Trennung Tessins von den lombardischen Bisthümern; Anhandnahme der Bisthumsangelegenheiten von Seite der Tagsatzung	52
Beschluss des Grossen Rathes von Tessin dd. 20. Mai 1805, die Trennung Tessins von den lombardischen Bisthümern und Errichtung eines eignen Bisthums betreffend	53
Ungünstige Constellation zu diesfälligen Unterhandlungen	56
Tessinisches Gesetz von 1810 über Placetirung der Pfarrwahlen	57
§. 3. Unter der Bundesakte von 1815	57
Kantonale Behandlung der Bisthumsangelegenheiten	57
Trennungsgesuch der Regierung von Tessin an Pius VII vom 24. November und Antwort des Cardinals Mattei vom 5. Dezember 1815	58
Nichteintreten in den Entwurf eines tessinischen Gesetzes über die Hoheitsrechte in kirchlichen Dingen	59
Tessins provisorische Verwaltung der bischöflich-como'schen Einkünfte während der Sedisvakanz 1819 und deren Aufhebung	59
Antworten des Vororts in der Trennungsfrage von 1819, des Cardinals Consalvi vom 1. Dezember 1819 und Oesterreichs vom 8. Juni 1820	60
Correspondenz des schweizerischen Geschäftsträgers in Wien und des Vororts vom Oktober 1820	61
Abordnung einer Deputation von Geistlichen nach Rom zu Betreibung der Trennungsfrage 1832. Cardinal Bernettis Erklärung an den Vorort vom 21. Sept. 1832	63

	Seite
Ausschluss der tessinischen Geistlichkeit von der Theilnahme an den hohen kirchlichen Würden der Diöcesen	64
Beschluss des Grossen Rathes von 1841. Auftrag zur Betreibung der Trennungsangelegenheit. Adresse des tessinischen Klerus an den Pabst vom 16. September 1853, durch eine Deputation desselben in Rom überreicht.	64
§. 4. Unter der Bundesverfassung von 1848	65
1855. März-Beschluss des tessinischen Grossen Rathes, betreffend ernste Betreibung der Trennung, allein nicht behufs Bildung eines tessinischen Bisthums, sondern des Anschlusses an ein schweizerisches Bisthum, — und Gesuch der Regierung um die Verwendung des Bundesraths	66
Tessinisches Gesetz über die Rechte des Staates in kirchlichen Dingen vom 24. Mai 1855	66
Petitionen der Geistlichkeit gegen das Gesetz vom 24. Mai 1855 und Beschluss des Grossen Rathes vom 27. Mai 1856, durch welchen er deren Erledigung vertagt, bis die Trennung eine Thatsache sei	67
Graubünden ersucht am 11. Januar 1856 den Bundesrath um Verwendung behufs Trennung von Puschlav und Brüs vom Bisthum Como	67
Note des Bundesraths vom 19. März 1856 an den päpstlichen Geschäftsträger und Antwort des römischen Stuhls vom 11. Juli 1856	67
Beschluss der Bundesversammlung vom 25. Juli 1856 über die Trennungsfrage, und Verwahrung der tessinischen Geistlichkeit gegen eine Trennung ohne Consens des päpstlichen Stuhls vom September gleichen Jahres	70
Nationalrätthlicher Commissionalbericht und die Noten des Bundesraths an den päpstlichen Geschäftsträger vom 9. Juli und 30. Oktober 1857	71
Dekret der Bundesversammlung vom 15/22. Juli 1859 über die Purifikation des schweizerischen Gebiets von auswärtiger geistlicher Jurisdiktion	73
Zusage der Nuntiatur zu Eröffnung der Unterhandlungen	74
Zweite Abtheilung.	
Die Gründe der Trennung	75
I. Allgemeine kirchenrechtliche Trennungsgründe	75
§. 1. Geographische Lage und Ausdehnung der beiden Diöcesen	75
§. 2. Bevölkerung und Anzahl der Pfarreien	76

	Seite
II. Besondere Trennungsgründe vom kirchenrechtlichen Standpunkte	79
§. 1. Bischöfliche Kirchenvisitation	79
§. 2. Wahlrecht und Wahlfähigkeit der Geistlichen	80
§. 3. Unterricht und Instruktion des Klerus und dessen Wirksamkeit in der Volksschule	81
§. 4. Verwaltung der geistlichen Aemter und Gottesdienst	83
§. 5. Geistliche Gerichtsbarkeit in ihrem Verhältniss zum Staate	84
III. Trennungsgründe vom politischen und staatsrechtlichen Standpunkte	84
§. 1. Errichtung und Abänderung von Bisthümern nach dem Territorialprinzip, nachgewiesen an Beispielen	85
a. In der Schweiz	86
1. Bei der Lostrennung der schweizerischen Landestheile vom Bisthum Konstanz 1815	86
2. Bei der Lostrennung der mit Genf vereinigten savoyisch-französischen Pfarreien vom Erzbisthum Chambéry	88
3. Bei der Lostrennung der mit dem Kanton St. Gallen vereinigten Särgansischen und Gaster'schen Pfarreien vom Bisthum Chur	88
4. In der Bildung und Circumskription des Bisthums Basel-Solothurn	89
5. In der Lostrennung der lombardischen Ortschaft Cremena von der tessinischen Pfarrei Sessa	90
b. Ausserhalb der Schweiz	92
1. In Oesterreich	92
2. In Sardinien, Modena, Parma etc.	94
3. In Frankreich	96
4. In Belgien	96
5. In den deutschen Staaten	97
§. 2. Die Consequenzen der Anwendung des Territorialprinzips in der Umschreibung der Diöcesen	99
a. Die Hoheitsrechte circa Sacra im Allgemeinen	100
b. Spezielle Hoheitsrechte circa Sacra	102
aa. Die nominatio regia und die Exklusive insbesondere, und zwar:	102
1. Ausserhalb der Schweiz	102
2. Innerhalb der Schweiz	102

	Seite
bb. Der bischöfliche Staatseid	105
cc. Die Erledigung der Rechtsgeschäfte inner den Jurisdiktionsgrenzen des eigenen Staa- tes	105

Dritte Abtheilung.

Die Abkurung in Folge der Trennung oder die Temporalien 110

I. Vermögen und Einkünfte des Bischofs von Como und Mailand im Kanton Tessin	110
II. Römische und österreichische Ansichten über die Ab- kurung	112
III. Kirchenrechtliche Abkurungsgrundsätze an sich und nachgewiesen in geschichtlichen Beispielen	112
§. 1. Kirchenrechtliche Abkurungsgrundsätze über Abku- rungen	112
§. 2. Einzelne geschichtliche Belege für die Anwendung dieser Grundsätze	116
a. Abkurung zwischen Oesterreich und der Republik Venedig bei Aufhebung des Patriarchats von Aquileja 1751	117
b. Abkurung in Folge Lostrennung der Schweizer Kantone vom Bisthum Constanx, und zwar	118
aa. In Bezug auf die bischöflichen und Kapitelseinkünfte	118
bb. In Bezug auf die Rural-Kapitelfonde	121
c. Abkurung zwischen Graubünden und Oesterreich in Folge Lostrennung von Tyrol-Vorarlberg vom Bisthum Chur	123

Vierte Abtheilung.

Die Bundesintercession, das Verfahren und die Aufgabe bei den Trennungs- und Reorganisations- unterhandlungen 124

I. Kompetenz des Bundes, die Trennungsfrage zu be- handeln	125
II. Gründe für den Bund, die Trennungsfrage an die Hand zu nehmen	131

	Seite
III. Das Verfahren und die Aufgabe bei den Trennungs- und Reorganisations-Unterhandlungen	133
§. 1. Ueber die Aufhebung oder Suspension des tessinischen Gesetzes vom 24. Mai 1855, betreffend die Rechte des Staates in kirchlichen Dingen, als Bedingung der Unterhandlungs-Eröffnung	133
§. 2. Erste und nächste Aufgabe der Unterhandlungen	134
a. Präliminarien der Unterhandlungen	135
b. Kirchlich-administrative und die Temporalienfrage beschlagende Unterhandlungspunkte	137
1. In Bezug auf den Kanton Graubünden, beziehungsweise Puschlav und Brüs	137
2. In Bezug auf den Kanton Tessin	140
a. Die Aufstellung eines Vikariats für den Kanton Tessin während des geistlichen Interregnum	141
aa. Form der Vikariatsverwaltung	141
bb. Bestreitung der Vikariatskosten	143
b. Die Anschlussfrage	144
aa. Schwierigkeiten eines Anschlusses an das Bisthum Basel-Solothurn	144
bb. Zweckmässigkeit eines Anschlusses an das Bisthum Chur	144
α. Aufstellung eines Generalvikars oder Weihbischofs, dessen geistlicher Rath; tessinische Domherren	146
β. Beibehaltung des ambrosianischen Ritus in den von Mailand getrennten tessinischen Kirchgemeinden	147
c. Die Erledigung der Temporalienfrage und des Konflikts wegen der Seminarien von Askona und Poleggio	148
Schlusswort	150



Tessin, Puschlav und Brüs im Verband mit den lombardischen Diöcesen
Mailand und Como, die Bestrebungen um Lostrennung von denselben und deren
Anschluss an ein schweizerisches Bisthum ein Beitrag zur Beleuchtung der
Trennungsfrage

St. Gallen 1861

H.eccl. 1136 r

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10136981-9